

Politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz

**Definition des Begriffs „Partizipation“ und Bedürfnis-
analyse über die politische Partizipation von Kindern
und Jugendlichen in der Schweiz**

Stefan Wittwer, Februar 2015

**Eine Studie
der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV)
in Zusammenarbeit mit dem
Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ)**



Impressum

Herausgeberin

SAJV/CSAJ

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände

Conseil Suisse des Activités de Jeunesse

Federazione Svizzera delle Associazioni Giovanili

Autor

Stefan Wittwer

Redaktion

Andreas Tschöpe

Annina Grob

Emilie Graff

Maurus Blumenthal

Vertrieb

SAJV/CSAJ

Gerberngasse 39

3000 Bern 13

+41 31 326 29 29

info@sajv.ch

www.sajv.ch / www.csaj.ch

Überarbeitete Version Februar 2015

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV):

Die SAJV ist die Dachorganisation von rund 60 Jugendorganisationen. Sie ist ein Kompetenzzentrum für Jugendpartizipation und -förderung, sie führt eigene nationale Partizipationsprojekte durch und sie setzt sich auf politischer Ebene für die Anliegen der Jugendlichen in der Schweiz ein. Die SAJV wurde am 28. Januar 1933 gegründet und ist europaweit der älteste Jugenddachverband.

Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ):

Der DSJ unterstützt und fördert Jugendparlamente der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein. Zudem fördert er die politische Partizipation von Jugendlichen durch Angebote wie easyvote. Dabei gilt das Motto „von der Jugend für die Jugend“.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
1 Einleitung	2
2 Eingrenzung des Begriffs „Partizipation“	5
2.1 Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendpartizipation	5
2.2 Definition	6
2.3 Erläuterung der wichtigen Punkte der Definition	9
2.4 Herausforderungen der Kinder- und Jugendpartizipation	22
2.5 Politische Partizipation in der Schweiz	25
3 Ist-Analyse	30
3.1 Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz – Eine Analyse der bestehenden AkteurInnen, Projekte und Partizipationsformen	30
3.1.1 Die untersuchten AkteurInnen, Projekte und Partizipationsformen	30
3.1.2 Jugendpartizipation aus Sicht der AkteurInnen und ihrer Projekte	37
3.1.2.1 Politische Bildung	37
3.1.2.2 Politische Partizipation	39
3.1.3 Politische Partizipation aus Sicht der Projekte und AkteurInnen.....	39
3.1.4 Analyse der Partizipationsprojekte anhand der Definitionskriterien.....	43
3.1.5 Schlussfolgerung	47
3.2 Lücken und Bedürfnisse	48
4 Soll-Analyse: Handlungsfelder	54
4.1 Partizipation und/oder Stellvertretung stärken	54
4.1.1 Partizipation: Grundlagen für ein nationales Partizipationsprojekt.....	55
4.1.2 Stellvertretung (Advocacy).....	61
4.1.3 Mischform	62
4.1.4 Förderung der lokalen Kinder- und Jugendpartizipation	65
4.2 Koordination	66
4.3 Sensibilisierung	67
4.4 Weitere Forschung	69
5 Die Rolle der SAJV	70

5.1	Partizipation und/oder Stellvertretung stärken.....	71
5.2	Koordination.....	73
5.3	Sensibilisierung.....	73
5.4	Aktivitäten mit den SAJV-Mitgliedsorganisationen	73
6	Schluss.....	76
7	Literaturverzeichnis	80
8	Anhang.....	83

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Formen der Partizipation, individuell und kollektiv, eigene Darstellung.</i>	<i>8</i>
<i>Abbildung 2: Phasen der Partizipation, eigene Darstellung.....</i>	<i>16</i>
<i>Abbildung 3: Formen der Partizipation, institutionell und nicht-institutionell, eigene Darstellung.....</i>	<i>19</i>
<i>Abbildung 4: Feld der Partizipation, eigene Darstellung.....</i>	<i>22</i>
<i>Abbildung 5: Veränderung der Kinder- und Jugendpartizipation in verschiedenen Bereichen (Rieker 2014).</i>	<i>26</i>
<i>Abbildung 6: Wahlbeteiligung an den National- und Ständeratswahl 2011 in der Stadt Zürich (Statistik Stadt Zürich 2012).</i>	<i>27</i>
<i>Abbildung 7: Stimmbeteiligung nach Alter (VOX-Befragungen gfs.bern 2010).</i>	<i>28</i>

Vorwort

Auf dem Feld der Kinder- und Jugendpartizipation agieren viele verschiedene AkteurInnen und Organisationen, welche das Ziel haben, den Bereich vorwärts zu bringen, zu überblicken oder zu hinterfragen. Dabei ist jedoch nicht immer klar, von welcher Art von Kinder- und Jugendpartizipation genau gesprochen wird, nach welchen Kriterien genau von Partizipation gesprochen werden kann und welche Projekte Partizipation in welcher Form ausleben. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, eine Studie zum Thema Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz durchzuführen und dabei den Begriff der Kinder- und Jugendpartizipation möglichst präzise, umfassend und mit Bezug auf eine breite wissenschaftliche Literatur zu definieren. Nachdem die Definition dargelegt wurde, wird der Bereich auf die politische Partizipation beschränkt und eine Bedürfnisanalyse über die politische Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz durchgeführt.

Das Konzept für die Studie wurde von der Geschäftsleitung und der Bereichsleitung Politik der SAJV ausgearbeitet. Für die Realisation wurde die Stelle eines Hochschulpraktikums geschaffen, welcher in Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung und der Bereichsleitung Politik hauptsächlich für die Durchführung des Projekts verantwortlich war. Als Experte für institutionelle politische Jugendpartizipation wurde zudem der Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) für die Kapitel 2 bis 4 verstärkt miteinbezogen. Die Arbeit an der Studie erstreckte sich von August 2013 bis Ende Juni 2014. Neben dem Kontakt mit dem DSJ und der SAJV intern wurde auch mit anderen zentralen AkteurInnen der Kinder- und Jugendpartizipation zusammengearbeitet und es wurden diverse Interviews und ein Austauschtreffen durchgeführt. Finanziell ermöglicht wurde die Studie vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) und der Stiftung Mercator Schweiz.

An dieser Stelle möchten wir uns für die finanzielle Unterstützung herzlich beim BSV und der Stiftung Mercator Schweiz, für die konstruktive Zusammenarbeit bei den verschiedenen AkteurInnen und insbesondere auch bei Maurus Blumenthal vom DSJ für die stets hilfreichen und kritischen Inputs zur Studie bedanken. Mein persönlicher Dank geht an Andreas Tschöpe, Annina Grob und Emilie Graff für die stete, tatkräftige Unterstützung während meiner Arbeit.

Stefan Wittwer, 25. Juni 2014

1 Einleitung

Kindern und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr ist es in der Schweiz nicht erlaubt, in Form von Wahlen und Abstimmungen an politischen Prozessen teilzunehmen.¹ Trotzdem – oder vielleicht gerade deshalb – bestehen verschiedene andere Möglichkeiten, in welchen Kinder und Jugendliche sich an der Behandlung gesellschaftlicher Fragen beteiligen können. Diese Beteiligung ist aus verschiedenen Gründen wichtig für die Qualität einer Demokratie und ein fundamentales Recht, auf welches jedes Kind und jede und jeder Jugendliche zurückgreifen kann. Das Recht auf Beteiligung wird durch die Kinderrechtskonvention der UNO erteilt. Diese hält fest, dass Kinder nicht einfach geschützt werden müssen und mit einigen wenigen Rechten ausgestattet sind. Sie sind vielmehr handlungsfähige Bürgerinnen und Bürger, welche ihre eigene Meinung entwickeln und ausdrücken möchten, mitentscheiden wollen und Verantwortung übernehmen können. Zudem ist Partizipation eines von drei zentralen Bereichen der Strategie des Bundesrats auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendpolitik (Bericht: „Pour une politique de l'enfance et de la jeunesse“, BSV 2008) und somit auch in der Schweiz ein sehr wichtiges Thema.

Auf der politischen Ebene werden Kinder und Jugendliche vor allem auf nationaler Ebene nicht direkt vertreten. Nur drei Nationalräte sind unter 30 Jahre alt (der jüngste ist 26), die jüngste Ständerätin ist bereits 34.² Kinder und Jugendliche als Teil der Gesellschaft können bei wichtigen Entscheidungen also nicht direkt mitbestimmen, sondern werden höchstens indirekt berücksichtigt.³ Das kann sogar dazu führen, dass sie überdurchschnittlich negativ betroffen werden. In der Vergangenheit hat sich dies beispielsweise in einigen politischen Beschlüssen gezeigt. So wurden kürzlich ausschliesslich Jugendlichen im Arbeitslosigkeitsgesetz Ersatzleistungen gekürzt oder wird aktuell (Stand September 2013) versucht, die Jahre zwischen dem 10. und 20. Lebensjahr bei Einbürgerungsgesuchen nicht mehr doppelt zu zählen.⁴ Diese Beispiele zeigen, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen von den ParlamentarierInnen ignoriert werden. Wären mehr Jugendliche in diesen parlamentari-

¹ Abgesehen von ein paar Ausnahmen auf kantonaler und kommunaler Ebene (z.B. Stimm- & Wahlrechtsalter ab 16 oder Möglichkeit, Jugendmotionen einzureichen, etc.).

² Zahlen Stand Oktober 2013.

³ Hier stellt sich allerdings die Frage, ob Kinder und Jugendliche direkt teilnehmen müssen, damit ihre Interessen vertreten werden oder ob auch andere, ältere ParlamentarierInnen diese Interessen vertreten können. ~~Wurde, u.a. nach intensivem Lobbying der SAJV, vom Ständerat noch verworfen.~~

⁴ Wurde, u.a. nach intensivem Lobbying der SAJV, vom Ständerat noch verworfen.

schen Debatten miteinbezogen worden, hätten die Auswirkungen auf die Jugendlichen möglicherweise besser sichtbar gemacht werden können. Damit nicht weiter Politik auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen gemacht wird, ist es deshalb wichtig, Möglichkeiten zu schaffen, in denen sie sich an politischen Prozessen beteiligen können. Dadurch können sie zudem wichtige demokratische und soziale Kompetenzen wie das Diskutieren und das Eingehen auf andere Meinungen gewinnen. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass sich junge Erwachsene (18–25 Jahre) im Vergleich mit älteren Erwachsenen nur viel seltener an Wahlen und Abstimmungen beteiligen. Das heisst jedoch nicht zwingend, dass sich Jugendliche nicht für politische Fragen interessieren. Erstens sind die Abstimmungsvorlagen nicht jugendgerecht verfasst und der Abstimmungsprozess ist kompliziert. Zweitens bedeutet Politik mehr als nur abstimmen und wählen zu gehen. Auch das Mitwirken bei Fragen, von welchen Kinder und Jugendliche als Teil der Gesellschaft – sei es im Wohnquartier oder auf nationaler Ebene – betroffen sind, ist eine Art von Partizipation. Die niedrige Beteiligung kann deshalb ebenso ein Zeichen dafür sein, dass Jugendliche einfach andere Partizipationsformen als Wahlen und Abstimmungen bevorzugen.

In der Schweiz führen mehrere AkteurInnen Projekte durch, welche die Partizipation von Kindern und Jugendlichen fördern wollen. Weil aber jederR AkteurIn ihre eigenen Partizipationsprojekte hat, ist der Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation sehr heterogen, schwach und somit unfähig. Eine Absprache und Koordination zwischen den AkteurInnen findet selten statt.

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) hat sich deshalb dafür entschieden, eine Studie zur Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz durchzuführen. Die SAJV ist der Dachverband von rund 60 Jugendorganisationen. In diesen wird Partizipation in verschiedensten Formen alltäglich gelebt. Zudem führt die SAJV auch eigene Partizipationsprojekte auf nationaler und internationaler Ebene durch⁵ und ist deshalb nicht nur Dachverband von verschiedenen AkteurInnen, sondern auch selber Akteurin. Mit der Jugendsession ist sie verantwortlich für die Durchführung des auf nationaler Ebene grössten und bekanntesten Anlasses der Partizipation in der Schweiz. Ausserdem profitiert sie vom Wissen der verschiedenen Mitgliedsorganisationen in diesem Bereich. Diese leben Partizipation auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene und sind auch im internationalen Austausch mit ihren PartnerInnen tätig. Die SAJV kann also auf sehr breit abgestütztes Wissen und auf viel Erfahrung im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation zurückgreifen.

⁵ Speak Out!, Youth Rep und die Jugendsession. Mehr zu den Projekten später.

Mit der Durchführung dieser Bedürfnisanalyse nimmt die SAJV ihre Koordinationsrolle wahr und verstärkt ihre Funktion als Kompetenzzentrum zum Thema Kinder- und Jugendpartizipation.

Ein Ziel dieser Studie ist es, die Bedürfnisse der AkteurInnen und Projekte der Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz zu eruieren und mögliche Lösungen vorzuschlagen. Dafür wird zunächst eine Definition (Kapitel 2) herausgearbeitet. Dabei wird der Begriff der Kinder- und Jugendpartizipation mit Bezug auf die wissenschaftliche Literatur definiert und eingegrenzt, um klar zu machen, welche Punkte relevant sind und welche Formen von Partizipation die SAJV bewusst nicht behandelt. Basierend auf dieser Definition wird im Weiteren in einer Ist-Analyse (Kapitel 3) der Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation weiter eingegrenzt auf die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen, da der Fokus der Studie auf politischen Projekten liegt. Eine Analyse von *allen* kollektiven Partizipationsprojekten in der Schweiz würde den Rahmen sprengen. In diesem Kapitel werden die bestehenden auf nationaler Ebene relevanten AkteurInnen und Projekte und einige Musterbeispiele analysiert und es wird eine Übersicht erstellt, um danach im Austausch mit den AkteurInnen Lücken und Bedürfnisse identifizieren zu können.

Dabei wird eng mit dem Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) zusammengearbeitet, welcher seine Kernkompetenz im Bereich der politischen Partizipation, insbesondere auf lokaler und kantonaler Ebene, hat und deshalb massgeblich zu dieser Studie beitragen kann. Im zweiten Teil folgt eine Soll-Analyse (Kapitel 4). Aufgrund der erhobenen AkteurInnen, Projekte und Lücken sowie der eruierten Bedürfnisse im Bereich der Partizipation von Kindern und Jugendliche werden – wiederum im Austausch mit den anderen AkteurInnen – die verschiedenen Handlungsfelder skizziert. In diesen werden Modelle zukünftiger Koordination/Zusammenarbeit und Ideen für das weitere Vorgehen aufgezeigt. Zum Schluss (Kapitel 5) wird nochmals die Rolle der SAJV thematisiert und herausgearbeitet, in welchen Bereichen sie tätig sein kann, um die politische Kinder- und Jugendpartizipation weiter vorwärts zu bringen.

2 Eingrenzung des Begriffs „Partizipation“

2.1 Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendpartizipation

Mit der Forderung nach mehr Möglichkeiten für Kinder- und Jugendpartizipation betritt die SAJV kein politisches Neuland.

Auf internationaler Ebene wurde in der 1989 von den Vereinten Nationen verabschiedete und mittlerweile von fast allen Staaten der Welt ratifizierte Kinderrechtskonvention (KRK)⁶ festgelegt, dass das Kind, welches fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht besitzt, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äussern, und dass die Meinung des Kindes entsprechend seinem Alter und seiner Reife angemessen berücksichtigt wird. Die Schweiz hat die Konvention 1997 ratifiziert und sich damit einer Neuausrichtung verschrieben, in der die Partizipationsrechte für Kinder und Jugendliche gefördert werden soll. Partizipation ist deshalb nicht einfach „nice to have“, sondern ein Recht, auf welches jedes Kind und alle Jugendlichen zurückgreifen können und sollen.

Auf nationaler Ebene betrifft dieses Recht die ganze Jugend, nicht nur die unter 18-Jährigen. Drei parlamentarische Aktionen von ParlamentarierInnen, welche sich auf die Ratifizierung der KRK und auf die Bundesverfassung bezogen, haben den Bundesrat veranlasst einen Bericht zur Schweizerischen Kinder- und Jugendpolitik zu verfassen (BSV 2008). In diesem Bericht wird die Kinder- und Jugendpolitik in die Förderung der drei Bereiche Schutz, Förderung und Partizipation gegliedert.

Zudem ist Anfangs 2013 das Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG) in Kraft getreten. Dieses hat unter anderem zum Ziel, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Eine wichtige Erneuerung ist dabei die Einrichtung eines Finanzpools zur Finanzierung von Partizipationsprojekten und im speziellen von ausserschulischen politischen Partizipationsprojekten auf nationaler Ebene. Es steht somit ein Geldgeber zur Verfügung, welcher sich explizit für verbandliche oder offene Partizipationsarbeit mit Kindern und Jugendlichen interessiert. Ebenfalls ein sehr wichtiger politischer Vorstoss auf politischer Ebene ist die parlamentarische Initiative von Nationalrätin Viola Amherd, welche zum Ziel hat, auf Bundes-

⁶ <http://www.ohchr.org/Documents/ProfessionalInterest/crc.pdf> Unterzeichnet von allen Staaten mit Ausnahme der USA, Somalia und Südsudan (vgl. auch UNO 2009).

ebene eine verbesserte Verfassungsgrundlage für die Kinder- und Jugendförderung zu schaffen. Bisher sind die Kompetenzen in diesen Bereichen auf alle staatlichen Ebenen verteilt und nicht immer klar geregelt. Eine Verfassungsgrundlage würde es ermöglichen, die Kompetenzen klarer zu regeln und Massnahmen zu harmonisieren. Auch auf europäischer Ebene ist die Jugendpartizipation ein wichtiges Thema und es existieren beispielsweise in Form des *Structured Dialogue*⁷ interessante Partizipationsformen.

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen wird also sowohl global durch die KRK als auch national durch den Bericht des Bundesrats als ein Bereich anerkannt, welcher weiter ausgebaut und gefördert werden soll. Partizipation ist eines der Grundpfeiler der SAJV seit ihrer Gründung 1933. Sie setzt sich zusammen mit anderen AkteurInnen dafür ein, dass die Ziele und Forderungen der KRK und des Berichts des Bundesrats auch wirklich durchgesetzt werden.

2.2 Definition

Um eine klare Definition der Kinder- und Jugendpartizipation darlegen zu können, wird in diesem Abschnitt das breite Feld der Partizipation aufgezeigt und zunächst abgegrenzt, auf welche Arten von Partizipation der Fokus dieser Arbeit liegt und welche Arten nicht oder nur beispielhaft berücksichtigt werden. Mit Bezug auf eine breite Basis wissenschaftlicher Literatur wird eine Definition formuliert, welche danach in ihren einzelnen Punkten genauer erläutert wird. Damit soll ein möglichst umfassendes und informatives Bild davon entstehen, unter welchen Aspekten die Kinder- und Jugendpartizipation betrachtet werden kann.

Der Begriff der Partizipation umfasst ein sehr breites Spektrum von Handlungen und wird in der wissenschaftlichen Literatur dementsprechend auch sehr breit definiert. In der KRK wird dabei zwischen Partizipation auf individueller und auf kollektiver Ebene unterschieden (Zermatten und Stoecklin 2009 und UNO 2009, siehe Abbildung 1). Individuelle Partizipation bezeichnet Prozesse, in denen Kinder und Jugendliche sich an Fragen beteiligen können, welche sie persönlich und individuell betreffen. Ein Beispiel dafür ist das Anhörungsrecht von Kindern im Scheidungsverfahren. Es geht dabei um die Interessen einzelner Kinder in sie betreffenden Fragen. Bei Partizipation auf kollektiver Ebene hingegen werden Kinder und

⁷ Ein Instrument der Europäischen Kommission, "aimed at ensuring a timely and effective contribution by young people and other relevant actors in the youth field towards the formulation of policies relevant to young people's lives" (European Commission 2008).

Jugendliche als eine gemeinsame Gruppe und gleichzeitig als einen Teil der Gesellschaft betrachtet. Sie beteiligen sich gemeinsam an Fragen, welche sie als Gruppe betreffen (Graff et al. 2013: 6 und Zermatten und Stoecklin 2009). Kollektive Partizipation kann wiederum weiter aufgeteilt werden in soziale und politische Partizipation. Wie Rossteutscher (2009: 163f.) darlegt, geht es bei *sozialer* Partizipation um Beteiligungsformen, welche sich an Kollektive/Gruppen richten (bspw. Ehrenamtliche in einer Suppenküche) oder kollektiv ausgeübt werden (Mitglied der Organisation, welche die Suppenküche betreut). Ziel ist dabei eher das soziale Engagement. Bei der *politischen* Partizipation hingegen geht es darum, kollektive Entscheide zu beeinflussen, die meistens, aber nicht zwingend, in einem politischen oder zumindest formalisierten System gefasst werden und dadurch Veränderungen herbeizuführen, welche dann die Gesellschaft (oder Teilsysteme der Gesellschaft, wie bspw. die Schule, die Gemeinde oder das Quartier) betreffen. Das Spektrum ist dabei sehr breit und geht von der Teilnahme an nationalen Wahlen oder Abstimmungen bis zum Engagement in SchülerInnenorganisationen mit dem Ziel, die Rechte der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Anders formuliert ist soziale Partizipation demnach also kollektive Partizipation ohne die politische Motivation, etwas an einem System zu verändern, sondern eher mit der Motivation, über die private Sphäre hinaus helfen und sich engagieren zu können. Ein Fest zu veranstalten, mit der Motivation, eine gute Party zu haben ist beispielsweise nicht politisch. Wenn das Fest jedoch auch Ziele wie Austausch, Integration oder Kulturförderung hat und auch längerfristige Folgen haben soll besteht auch eine politische Motivation. Die Unterscheidung zwischen sozialer und politischer Partizipation ist jedoch nicht immer eindeutig. Einerseits gibt es Überschneidungsbereiche, andererseits kann eine soziale Partizipationsform zu einer politischen Partizipationsform führen oder auch umgekehrt. Zudem kann festgehalten werden, dass, sobald politische Institutionen mit im Spiel sind, die Partizipation politisch wird.

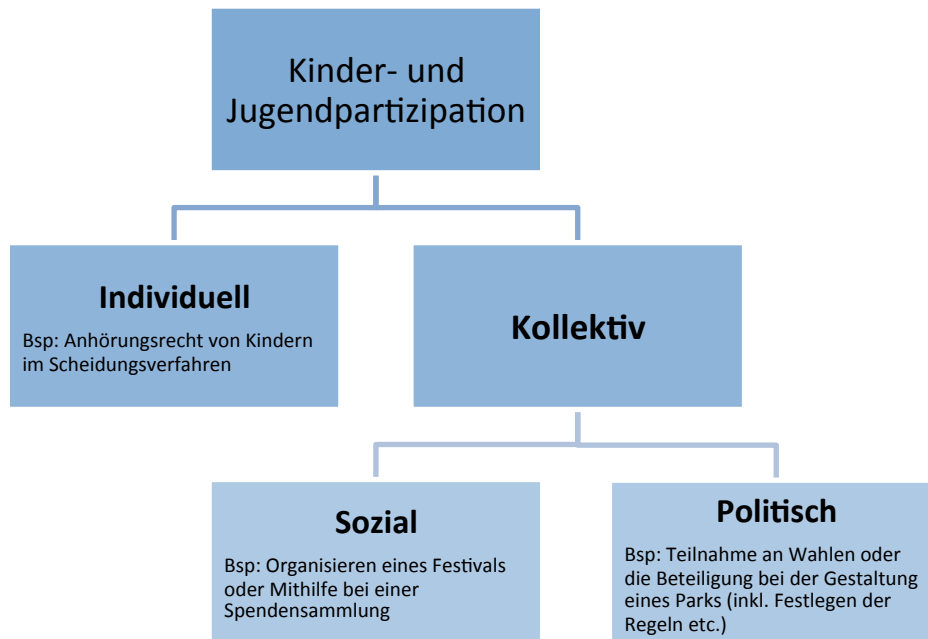


Abbildung 1: Formen der Partizipation, individuell und kollektiv, eigene Darstellung.

Im Rahmen der in der Einleitung formulierten Fragestellung wird der Fokus in dieser Arbeit auf die Partizipation auf kollektivem Niveau gelegt. Die SAJV, der DSJ, weitere Mitgliedsorganisationen der SAJV und weitere AkteurInnen wie der DOJ engagieren sich in diesem Bereich. Der ebenfalls wichtige Bereich der individuellen Partizipation wird nicht von diesen, sondern von anderen Organisationen (wie z.B. der Kinderanwaltschaft Schweiz) behandelt.

Nachdem nun also geklärt wurde, dass sich diese Arbeit auf kollektive Partizipation fokussiert, wird im nächsten Absatz eine Definition von kollektiver Partizipation dargelegt.

Definition kollektive Partizipation von Kindern und Jugendlichen

„Unter kollektiver Partizipation von Kindern und Jugendlichen verstehen wir die *freie, altersgerechte* Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht nur an Entscheidungsprozessen, sondern auch in der gemeinsamen Diskussion und Planung vor der Entscheidungsfindung und der folgenden Umsetzungs- und Evaluationsphase an in allen *sie betreffenden Fragen*. Dies geschieht sowohl über *institutionelle Kanäle* wie Wahlen & Abstimmungen als auch über *nicht-institutionelle Kanäle* wie online-Debatten, Vereine, Jugendverbände, Jugendparlamente, Demonstrationen, Aktionen etc. Dabei ist aus normativer Sicht nicht nur die erhöhte *demokratische Legitimität* durch die Erweiterung der demokratischen Basis ein Ziel, sondern auch die damit einhergehende *Deliberations- und Integrationsfunktion* für Kinder und Jugendliche in der Gesellschaft in Form von demokratischer und politischer Bildung

und einem stärkeren Gemeinschaftsgefühl durch den Einbezug von neuen Bevölkerungsgruppen.“

2.3 Erläuterung der wichtigen Punkte der Definition

Um die Definition verständlicher zu machen, werden im Folgenden die wichtigsten Punkte für eine Definition von Kinder- und Jugendpartizipation detailliert und in Bezug zur wissenschaftlichen Literatur aufgezeigt und erläutert.

1. *Alterslimite*
2. *Partizipation als Ziel und Instrument*
3. *Machtteilung, Abgabe von Verantwortung*
4. *Schulische und ausserschulische Partizipation*
5. *Fähigkeiten*
6. *Phasen der Partizipation*
7. *Beteiligung an welchen Fragen?*
8. *Formen der Partizipation*
9. *Normative Sicht – Ziele der Kinder und Jugendpartizipation*

1. Alterslimite

In der Definition werden bewusst die Begriffe Kinder und Jugendliche verwendet, ohne genau eine obere oder untere Alterslimite der Zielgruppe festzusetzen. Auf eine Limite gegen unten wird verzichtet, weil, wie in der Kinderrechtskonvention (Art. 12) festgehalten wird, ein Kind sich dann beteiligen können soll, wenn es fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden. Gegen oben wird die Grenze für Jugendliche üblicherweise bei 25 Jahren festgesetzt. Auch über 18-Jährige – also Stimm- und Wahlberechtigte – werden als Jugendliche bezeichnet. Die Teilnehmer der Jugendsession bspw. sind zwischen 14 und 21 Jahren alt, die Mitglieder des Organisationskomitees sind höchstens 24-jährig. Jugendliche ab 18 Jahren können an den institutionellen Formen wie Wahlen und Abstimmungen teilnehmen. Wie verschiedene Studien zeigen, werden diese Formen aber immer weniger genutzt (EACEA 2013, Rothenbühler et al. 2012) und die Jugendlichen werden auf institutioneller Ebene (in den Parlamenten) auch nur schwach repräsentiert. Die Grenze kann also nicht einfach bei 18 Jahren gezogen werden, weil sich viele über 18-Jährige auch stark für nicht-institutionelle Partizipationsformen wie online-Debatten, Demonstrationen, Jugendparlamente, Aktionstage etc. interessieren (vergleichsweise viel stärker als ältere Erwachsene, siehe Rothenbühler et al.

2012)⁸ und sich ihr Partizipationsverhalten deshalb weniger von unter 18-jährigen Jugendlichen unterscheidet als von älteren Erwachsenen.⁹ Zudem sind viele junge Erwachsene bis 25 auch immer noch in Ausbildung und ihre berufliche Eingliederung somit noch nicht abgeschlossen. Die Zielgruppe von Kinder- und Jugendpartizipation soll also von Kindern, welche fähig sind, sich eine eigene Meinung zu bilden, bis zu Jugendlichen im Alter von 25 Jahren reichen. Auch der Bundesrat richtet sich in seiner Botschaft zum neuen KJFG an eine Zeitspanne von Kindern im Kindergartenalter¹⁰ bis zu Jugendlichen von 25 Jahren (Botschaft des Bundesrates zum KJFG 2010: 6822). Eine genaue Grenze, wo Kinder zu Jugendlichen werden, existiert nicht und kann je nach Projekt auch variieren. Eine wichtige Rolle spielt vor allem, dass sowohl das Thema als auch die Form der Partizipation immer altersgerecht gestaltet werden. 8-jährige Kinder haben beispielsweise wenig Erfahrung in der Ausarbeitung von komplexen finanzpolitischen Fragen, können sich jedoch bei raumplanerischen Fragen (wie der Gestaltung eines Spielplatzes) sehr gut auch eine eigene Meinung bilden und diese darlegen.

2. Partizipation als Ziel und Instrument

Wie in der Definition bereits ersichtlich ist, geht es nicht nur darum, Partizipation als Ziel zu betrachten, sondern auch als Instrument oder als Mittel. Kinder und Jugendliche sollen nicht einfach von oben („top-down“) mehr Beteiligungsmöglichkeiten erhalten, sondern diese auch selbst einfordern („bottom-up“) und sich in Partizipationsprojekten engagieren („*Nothing should be done about young people without young people*“ EACEA 2013: 33). Dies ist bereits ein wichtiger Grundsatz in vielen Kinder- und Jugendpartizipationsprojekten (wie der Jugendsession, easyvote, den 60 Schweizer Jugendparlamenten oder den Kinderparlamenten der Stadt Luzern, Bern und dem Kanton Schwyz), wie diese Arbeit später aufzeigen wird. Die Kinder und Jugendlichen übernehmen bereits bei der Gestaltung, Organisation und Durchführung von Partizipationsprojekten Verantwortung. Die Projekte haben nicht nur mehr Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Ziel, sondern wenden die Partizipation auch als Instrument an. Dadurch erlernen die beteiligten Kinder und Jugendlichen grundlegende Kompetenzen für die Teilnahme an demokratischen Prozessen (Hart 1992: 36, Landsown 2001 und Stoecklin 2009: 51). Knauer und Sturzenhecker (2005: 66f.) unterscheiden hierfür zwischen der Auffassung von Jugendlichen als Objekte und als Subjekte. Demnach sind Jugendliche dann Objekte demokratischer Entscheidungen, wenn sie lediglich ihre Be-

⁸ Mehr zu institutionellen und nicht-institutionellen Partizipationsformen später.

⁹ Natürlich gibt es auch hier Ausnahmen.

¹⁰ 4–6 Jahre, weil sie ab da eine gewisse Selbständigkeit erworben haben

dürfnisse und Interessen vortragen und dann andere die Entscheide fällen. Sie schreiben dazu: „Jugendliche sind Objekte eines wohlmeinenden Staates, der gerne besser auf ihre Bedürfnisse und Interessen eingehen, aber auf keinen Fall die Macht teilen will“ (Knauer und Sturzenhecker 2005: 64). Als Subjekte praktizieren die Jugendlichen Demokratie hingegen aktiv und werden nicht nur einfach beauftragt, ihre Meinung kundzutun (vgl. dazu auch den Bericht des BSV von Vollmer 2008: 125 und Gozdick-Ormel 2008: 12). Der Einfluss der Kinder und Jugendlichen ist dabei aber immer gleichwertig mit dem Einfluss anderer BürgerInnen. Das heisst, es geht nicht darum, Kinder und Jugendliche als besonders zu berücksichtigenden Teil der Gesellschaft zu betrachten – ihre Meinung ist nicht wichtiger als die von anderen, aber sie muss genauso mitberücksichtigt werden.

3. Macht und Verantwortung

Wie die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen (EKJ)¹¹ 2001 in ihrem Bericht aufzeigt, hat Partizipation viel mit der Abgabe von Macht und Verantwortung zu tun. Denn werden Partizipationsrechte an Kinder und Jugendliche übertragen, geht damit auch ein neues Mass an Verantwortung einher. Die Kinder und Jugendlichen lernen, dass sie für Entscheide, welche sie treffen, auch die Verantwortung übernehmen müssen (und gleichzeitig aber auch, dass wer Verantwortung trägt auch Entscheide fällen darf) (Gozdick-Ormel 2008: 17). Von dieser Verantwortungsübernahme können Kinder und Jugendliche viel profitieren, weil sie lernen, auch Fehler, mangelnde Kompetenzen und Rückschritte zu akzeptieren (Knauer und Sturzenhecker 2005: 67 und Vollmer 2008: 126). Wie eine Studie des EACEA (2013: 64 und 66) aufzeigt, ist diese Übertragung von Verantwortung für viele junge Erwachsene motivierend.¹² Der Aspekt der Verantwortung muss zudem auch aus Sicht derjenigen betrachtet werden, welche die Verantwortung teilen müssen (EKJ 2001: 13). Gesellschaftliche und politische Institutionen müssen anerkennen, dass Kinder und Jugendliche vollwertige Mitglieder der Gesellschaft sind und in vielen Bereichen mindestens ebenso kreative Ideen und Lösungsansätze entwickeln können wie Erwachsene (Landown 2001: 2 und Vollmer 2008: 125f.). Nur so kann gewährleistet werden, dass sie nicht als Objekte, sondern als handelnde Subjekte mit eigenen Interessen und Vorstellungen angesehen werden.

¹¹ Heute: Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ.

¹² 22% (vierthöchster Wert) der jungen Erwachsenen haben angegeben, bei der Teilnahme an Wahlen die Verantwortung zu spüren.

Infobox 1: Projekt der Kinderpartizipation in England

Landown (2001: 26) zeigt dies in seiner Studie für die UNICEF an einem Beispiel auf: An einer Schule von 7-11jährigen Kindern in einer sozial benachteiligten Gegend in England (Highfield School, UK). Nachdem die Schule durch verbreitetes Mobbing, Schwänzen und Abwanderung von SchülerInnen aufgefallen war, wurde zusammen mit den Kindern eine Lösung gesucht und gefunden. Die SchülerInnen gründeten einen Schulrat, eine Gruppe, welche sich um benachteiligte und gemobbte Kinder kümmert („Guardian Angels“), bildeten Kinder als Konfliktschlichter aus und führten eine Kummerbox für gemobbte Kinder ein. Alle diese Prozesse laufen ohne Erwachsene ab, wobei diese aber jederzeit zur Hilfe gerufen werden konnten. Das Ergebnis war, dass die Schule viel beliebter wurde, die SchülerInnen besser und glücklicher wurden und sie wichtige demokratische Kompetenzen erworben haben.

4. Schulische / Auserschulische Partizipation

Mit dem neuen Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG), welches 2013 eingeführt wurde, hält der Bundesrat explizit fest, offene und innovative Formen der *ausserschulischen* Kinder- und Jugendarbeit stärker finanziell zu fördern (Botschaft des Bundesrates zum KJFG 2010).¹³

Unter ausserschulischer Arbeit werden Aktivitäten verstanden, welche sich örtlich und zeitlich ausserhalb der Schule abspielen und im Rahmen niederschwelliger verbandlicher oder offener Kinder- und Jugendarbeit stattfindet. Sie können als eine Ergänzung zur schulischen (und vorschulischen) Bildung betrachtet werden. Schulische Arbeit findet demnach innerhalb von Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen statt wie der Schule, dem Kindergarten oder der Berufsschule.

Bei dieser Unterscheidung wird die Unterstützung von non-formalen und informalen Lernerfahrungen von formalen Lernerfahrungen getrennt. Die Europäische Kommission definiert die Lernerfahrung wie folgt (Europäische Kommission 2001):

- Formales Lernen: Lernen in einem organisierten und strukturierten Kontext, welches auch als „lernen“ ausgelegt wird und mit einer formalen Anerkennung abgeschlossen wird (Schulbildung, welche mit einem Schulzeugnis bewertet wird).

¹³ Vgl. auch die [Antwort des Bundesrat auf eine Motion](#) 2014 (14.3766), welche die Finanzierung eines schulischen Projekts im Rahmen des KJFG forderte.

- Non-formales Lernen: Lernen in geplanten, strukturierten Aktivitäten ausserhalb schulischen Institutionen. Dabei stehen das Lernen und eine formale Anerkennung der Leistung (bspw. Zeugnis) an sich nicht im Zentrum. Trotzdem besteht ein grosser wahrgenommener und gewünschter Lerneffekt durch die Teilnahme an den Aktivitäten (Teilnahme an Projekten wie Speak Out!, Jugend mit Wirkung oder in Jugendparlamenten).
- Informales Lernen: Lernen aufgrund alltäglicher Aktivitäten. Der Lerneffekt ist dabei nicht explizit gewünscht, sondern passiert nebenbei (Aktivitäten mit Freunden, Erfahrungen und Gespräche mit Erwachsenen, der Familie oder im Beruf).

Ausserschulische Projekte können also einen Beitrag dazu leisten, dass nicht nur das in der Schule geförderte formale Lernen von Kindern und Jugendlichen gewährleistet ist. Durch Projekte, welche ausserhalb der Schule stattfinden, wird ergänzend das non-formale Lernen der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen gefördert. Die Unterscheidung in ausserschulische und schulische Projekte ist also nicht nur rechtlich relevant, sondern zeigt sich auch in der Form der Lernerfahrungen, welche gefördert werden. Zudem sind die Tätigkeiten auch selber durch Kinder oder Jugendliche angeleitet, also innerhalb der Peer-Gruppe und nicht wie im Schulsystem durch Erwachsene. Zudem kann die Partizipation durch ausserschulische Aktivitäten in der Praxis erlernt und erfahren werden.

Der Vorteil von schulischen Projekten hingegen ist, dass sie durch die Schulpflicht alle Kinder und Jugendlichen erreichen kann und somit nicht spezifisch diejenigen gefördert werden, welche die Ressourcen (wie Zeit, Bildung, Selbstvertrauen) oder das Interesse haben, um sich in ausserschulischen Projekten zu beteiligen. Gerade im Bereich der politischen Partizipation spielen beide Formen eine wichtige Rolle und ergänzen sich gegenseitig. In der Berufsschule setzten sich z. B. Jugendliche mit Abstimmungsthemen auseinander und in ihrer Freizeit gehen sie abstimmen. Ein weiteres Beispiel ist, dass Jugendliche in der Schule diskutieren und argumentieren lernen und diese Kompetenzen dann bei einem ausserschulischen Partizipationsprojekt einsetzen können.

5. Fähigkeiten

Hier ist aber zu ergänzen, dass die KRK Minderjährigen explizit nur Partizipationsrechte überträgt, wenn sie fähig sind, ihre eigenen Ansichten zu entwickeln (KRK Art. 12: „...dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden...“). Dies bedeutet jedoch nicht, dass Kinder und Jugendliche in gleichem Masse wie Erwachsene als soziale, rational urteilsfähige

AkteurInnen betrachtet werden. Die Frage der Urteilsfähigkeit wird in der Wissenschaft hinterfragt. Wie Zermatten (2009) festhält, sind Kinder und Jugendliche erst auf dem Weg, die nötigen Kompetenzen zu entwickeln (vgl. auch EKJ 2001: 14). Auf diesem Weg müssen sie unterstützt werden. Zermatten (2009: 21f.) schliesst aus Art. 12 der KRK, dass die Entscheidungsträger, also die Erwachsenen, feststellen sollen, wie stark die Kinder bereits durchschauen können, worum es geht und wieso sie davon betroffen sind – die Kinder müssen ihre Fähigkeit nicht selbst beweisen. Wichtig ist dafür, dass die Meinungsbildung und die Beteiligung ein freier Prozess ist. Wie Stoecklin (2009: 52) betont, sind AkteurInnen aber generell nie frei von externen Einflüssen. Kinder und Jugendliche werden zudem noch stärker von ihrem sozialen Umfeld (Familie, Schule) strukturiert. Trotzdem, oder gerade deshalb, müssen Kindern und Jugendlichen Freiräume zur Verfügung gestellt werden, in denen sie möglichst eigenständige Meinungen entwickeln und ausdrücken können und wo mitverantwortliche Selbstbestimmung als Recht verstanden wird und einforderbar ist (vgl. auch Vollmer 2008: 135). Stoecklin (2009: 53) präzisiert dies dadurch, dass Kinder und Jugendliche nie unabhängig von ihrem Umfeld sind, aber einen gewissen Grad an Autonomie haben sollen. Knauer und Sturzenhecker (2005: 65f.) verweisen auf verschiedene Studien, welche aufzeigen, dass Rahmenbedingungen, die verbale Auseinandersetzungen ermöglichen und mit demokratischen Verfahrensprinzipien zur Problemlösung und Konfliktbewältigung begünstigen, Kindern und Jugendlichen demokratische Kompetenzen vermitteln („Demokratie lernt man durch die Praxis demokratischen Handelns“, Knauer und Sturzenhecker 2005: 66). Dabei spielt das non-formale Lernen ausserhalb der schulischen Strukturen eine wichtige Rolle, weil Kinder und Jugendliche dort eigenständig und freiwillig in demokratischen Strukturen handeln und diese zusätzlich auch mitprägen können. Werden Kinder und Jugendliche als Rechtssubjekte betrachtet, ist zudem auch wichtig, dass sie darüber mitbestimmen können, welche Inhalte zum Gegenstand von Partizipation gemacht werden und ihnen nicht einfach vorgefertigte Themen präsentiert werden, worüber sie sich dann äussern können (EKJ 2001: 9).

6. Phasen der Partizipation

Wie sollen die Kinder und Jugendlichen nun ihre Meinungen einbringen können? Die hier vorgeschlagene Definition unterscheidet zwischen Diskussions-, Planungs-, Entscheidungs-, Umsetzungs- und Evaluationsprozessen. In der Literatur werden verschiedenste Prozesse aufgeführt, welche vor allem in Bezug auf das Niveau der Partizipation variieren (bspw. und

am prominentesten von Hart 1992)¹⁴. Es reicht von einer nur unverbindlichen und unregelmässigen Anhörung der Meinung und Ideen von Kindern und Jugendlichen bis zur vollständigen Planung, Entscheidung und Durchführung von Projekten durch Kinder und Jugendliche. Hier werden die Prozesse an denen Kinder und Jugendliche sich beteiligen sollen möglichst breit definiert, damit die kollektive Partizipation umfassend dargestellt werden kann.

Kinder und Jugendliche können demnach also involviert sein in Prozesse der Entscheidungsfindung, wo sie diskutieren und planen und somit Rechte zur Mitsprache und Mitwirkung in bestimmten Angelegenheiten besitzen. Hier können sich Kinder und Jugendliche zu spezifischen Themen äussern und ihre Meinung und Ideen in Ergänzung zu den Meinungen der Erwachsenen einbringen (bspw. Kinder beim Bau eines Spielplatzes in ihrem Quartier). Ob ihre Meinungsäusserung dann in der Entscheidung berücksichtigt wird, wird hier bewusst offen gelassen (Vollmer 2008: 124 und Stoecklin 2009: 48f.). Kollektive Partizipation geschieht also bereits dann, wenn Kinder und Jugendliche zu bestimmten Themen angehört werden – unabhängig davon, wie verbindlich ihre Meinung ist.

Die in der Literatur (v.a. in der politikwissenschaftlichen) geläufigste Definition von Partizipation von Kindern und Jugendlichen bezieht sich auf Prozesse, in denen sie konkreten Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können (Rothenbühler et al. 2012: 4, EACEA 2013: 3 und 98). Kinder und Jugendliche sind auch im Entscheidungsprozess involviert und können dort mitbestimmen und –entscheiden. Ihre Meinung wird berücksichtigt und sie müssen deshalb auch einen Teil der Verantwortung übernehmen (Vollmer 2008: 124, Stoecklin 2009: 48f.). Die Beteiligung am Entscheidungsprozess ist deshalb ein wichtiger und zentraler Bestandteil kollektiver Partizipation. Auch hier wird jedoch wieder offen gelassen, wie stark Kinder und Jugendliche mitentscheiden können. Wird ihre Meinung verhältnismässig und gleichberechtigt berücksichtigt, oder nur durch eine alle Kinder und Jugendliche repräsentierende Person vertreten?

Ebenso in der Definition berücksichtigt werden Umsetzungs- und Evaluationsprozesse. Kinder und Jugendliche können also helfen – oder verantwortlich dafür sein – dass die getroffenen Entscheide in die Tat umgesetzt werden. Beteiligung im Evaluationsprozess bedeutet, dass bei der Bewertung von Projekten auch Kinder und Jugendliche involviert werden. Dabei können sie sowohl Projekte selbst beurteilen als auch selbst für die Durchführung einer Be-

¹⁴ Hart (1992) hat die verschiedenen Stufen der Partizipation mit dem Bild einer Leiter illustriert. Darauf wird später noch eingegangen.

wertung mit anderen AkteurInnen verantwortlich sein (Schillemans und Bouverne-De Bie 2005: 96).

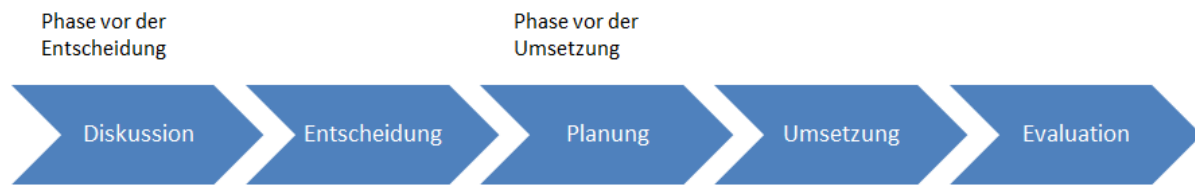


Abbildung 2: Phasen der Partizipation, eigene Darstellung.

Wie hier nun aufzuzeigen versucht wurde, ist es nicht nur relevant, ob die Beteiligung nur in direkten Entscheidungen stattfindet, sondern auch in vorangehenden Austausch- und Diskussionsprozessen und den der Entscheidung folgenden Umsetzungs- und Evaluationsphasen. Dabei variiert die Qualität der Partizipation stark. Nach der dargelegten Definition wird also nicht nur dann von gelungener Partizipation gesprochen, wenn sie allein für die Gestaltung, Umsetzung und Evaluation eines Projektes verantwortlich sind, sondern genauso, wenn Kinder und Jugendliche unverbindlich zu bestimmten Fragen angehört werden oder sie gleichwertig mit Erwachsenen Entscheidungen treffen können. Diese Qualitätsunterschiede sollten für Partizipationsprojekte jeweils berücksichtigt werden; für die Definition von kollektiver Partizipation von Kindern und Jugendlichen sind jedoch alle aufgeführten Prozesse unabhängig ihrer Qualität relevant – sofern auch die anderen Bedingungen der Definition erfüllt sind.

Am Beispiel des weiter oben erwähnten Baus eines Spielplatzes lassen sich die Qualitätsunterschiede anschaulich aufzeigen. Kollektive Partizipation von Kindern und Jugendlichen findet bereits statt, wenn die Kinder, welche den Spielplatz später benutzen werden unverbindlich ein paar Wünsche und Ideen einbringen können. Die Planung, Entscheidung und Umsetzung des Baus obliegt aber den zuständigen Erwachsenen. Die Qualität der Beteiligung von Kindern kann hier nun ständig erhöht werden, in dem sich die Kinder an mehr Prozessen beteiligen können und in diesen mehr Verantwortung übernehmen. Dies kann bis dahin führen, dass die Kinder bei der Planung Ideen einbringen, mitentscheiden können, welche Ideen umgesetzt werden und dann auch bei der Umsetzung des Baus aktiv mithelfen.

Wie Hart (1992) mit einer Leiter der Partizipation versucht hat zu illustrieren, variiert die Qualität der Beteiligung nicht nur mit der Häufigkeit des Miteinbezugs, sondern auch mit dem Grad an Macht, die tatsächlich geteilt wird. Damit wirklich von Partizipation gesprochen

werden kann, muss den Kindern und Jugendlichen klar dargelegt werden, welche Kompetenzen sie besitzen und sie dürfen nicht als Propagandazweck missbraucht werden. Mehr dazu folgt im Teil 2.4.

7. *Beteiligung an welchen Fragen?*

Woran, also an welchen Fragen, sollen sich Kinder und Jugendliche beteiligen? Art. 12 der KRK beschränkt das Recht auf Beteiligung ein auf alle das Kind berührende Angelegenheiten. Darin enthalten sind also nicht nur diejenigen Fragen, von welchen hauptsächlich Kinder und Jugendliche betroffen sind und die Erwachsene nur wenig tangieren, wie zum Beispiel die Gestaltung von Pausenplätzen (vgl. Vollmer 2008: 129 und Knauer und Sturzenhecker 2005: 67). Es zählen genauso diejenigen Fragen dazu, bei welchen die Kinder und Jugendlichen in gleichem Masse oder auch weniger betroffen sind – so lange sie von den zu treffenden Entscheiden tangiert werden. Je stärker Kinder und Jugendliche von einem Thema betroffen sind, desto grösser ist natürlich auch die Motivation, sich an der Gestaltung daran zu beteiligen.

8. *Formen der Partizipation*

Die nächste Frage richtet sich an die in der Definition aufgeführten Formen der Partizipation. Gestützt auf eine Studie der *Swiss Foundation for Research in Social Sciences* (Rothenbühler et al. 2012) und die politikwissenschaftliche Literatur (vgl. Kaase 2003¹⁵) wird hier unterschieden zwischen institutionellen und nicht-institutionellen Formen (siehe Abbildung 3). Institutionelle Partizipationsformen sind politische Aktivitäten, welche „für die Aufrechterhaltung der direkten Demokratie und die Parteienlandschaft der Schweiz notwendig sind“ (Rothenbühler et al. 2012: 5). Gemeint sind hier erstens die Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen, die Unterstützung von Referenden und Initiativen sowie Aktivitäten in einer politischen Partei. Zweitens aber auch die Beteiligung an Abstimmungs- und Wahlkämpfen in Form von Überzeugungsarbeit, durch Verbreitung von Wahlunterlagen (bspw. durch das Internet oder durch Broschüren) sowie die Ausübung eines politischen Amtes.

Die nicht-institutionellen Formen zielen ebenso darauf ab, politische Überzeugungen kundzutun, um die öffentliche Meinung und politische Entscheidungen zu beeinflussen (Rothenbühler et al. 2012: 5). Dies geschieht aber nicht im formellen, institutionellen Rahmen, sondern beispielsweise in Form von Protesten, öffentlichen (online-) Debatten, legalen oder

¹⁵ Der für die politische Partizipation bedeutende Politikwissenschaftler nennt diese Unterscheidung *verfasste* und *unverfasste* Formen. Dabei geht er aber ebenfalls explizit auf den institutionellen Rahmen der Formen ein.

illegalen Demonstrationen, in Vereinen, oder durch einen Boykott bestimmter Produkte. Die nicht-institutionellen Partizipationsformen unterscheiden sich also dahingehend von den institutionellen, dass ihr Ablauf nicht so stark von formellen Regeln gelenkt wird.

Bei den Jugendparlamenten ist zu erwähnen, dass diese sich bezogen auf ihre rechtlichen/politischen Kompetenzen sehr unterscheiden. Manche Jugendparlamente haben politische Rechte und funktionieren in einem sehr formellen Rahmen und sind deshalb eher der institutionellen Partizipation zuzuordnen. Andere wiederum sind als Vereine tätig und der nicht-institutionellen Partizipation zuzuordnen. An diesem Beispiel zeigt sich, dass die Grenze je nach Art der Partizipation nicht immer gleich ist, und dass sich diese Grenze auch verschieben kann. In den letzten Jahren hat der Anteil der Jugendparlamente, welche öffentlich-rechtlich sind zugenommen.

Was nützt uns eine solche Unterscheidung? Wie verschiedene Studien zum Thema Jugendpartizipation aufgezeigt haben, ist die Stimmbeteiligung junger Erwachsener im Vergleich mit anderen Altersgruppen sehr tief. Begründet wird dies aber nicht mit Politikverdrossenheit, sondern mit einer Veränderung der Präferenzen bezüglich der Partizipationsformen (vgl. Rothenbühler et al. 2012, EACEA 2013, Forbrig 2005: 162 und van Deth 2009).¹⁶ Jugendliche identifizieren sich demnach mehr mit Formen politischer Partizipation, welche informeller und weniger verbindlich sind. Ein weiterer Grund dieser Unterscheidung ist die Tatsache, dass ein grosser Teil der Kinder und Jugendlichen (d.h. alle unter 18 Jahren) in der Schweiz von der Nutzung der institutionellen Formen ausgeschlossen sind. Zudem ist die institutionelle Partizipation vielfach nicht auf die Partizipationsbedürfnisse der Jugendlichen ausgerichtet. So sind Abstimmungsprozesse und die Abstimmungsunterlagen vielfach zu kompliziert. Dies ist auch bei Vernehmlassungen der Fall. Allgemein sollte die Frage erörtert werden, auf welche spezifischen Personengruppen die institutionellen Partizipationsformen am besten zugeschnitten sind.

Für Kinder- und Jugendpartizipationsprojekte ist die Frage also sehr zentral, in welcher Form der Partizipation gefördert werden soll. Nach wie vor wird Partizipation oft sofort mit der Teilnahme an Wahlen oder Abstimmungen gleichgesetzt. Dies trägt dem grossen Poten-

¹⁶ Auch eine aktuelle Studie aus Frankreich (Stand Februar 2014) hat aufgezeigt, dass sich Jugendliche immer mehr von institutionalisierten Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften abwenden und weniger formale Formen (wie Jugendparlamente, Demonstrationen oder Aktionen in sozialen Netzwerken) bevorzugen (*Le Monde*: http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/02/15/pourquoi-les-jeunes-se-detournent-de-la-politique_4367430_823448.html#xtor=AL-32280270 (Zugriff am 17.02.2014)).

zial von weniger institutionalisierten Formen aber zu wenig Rechnung – gerade auch, weil, wie Rothenbühler et al. (2012) aufgezeigt haben, gerade junge Menschen diese Formen oftmals bevorzugen. Zudem können Nicht-Schweizer Bürger (mit Ausnahmen in gewissen Kantonen auf Gemeindeebene) und unter 18Jährigen (Kanton Glarus unter 16-Jährigen) von diesen formellen Partizipationsformen kein Gebrauch machen, da sie die dafür nötigen politischen Rechte nicht besitzen.

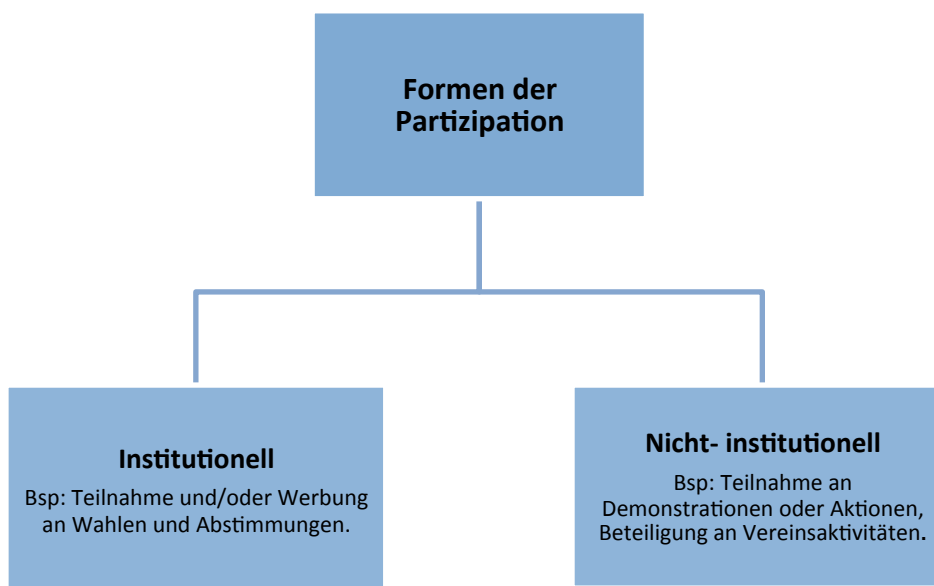


Abbildung 3: Formen der Partizipation, institutionell und nicht-institutionell, eigene Darstellung.

In der Literatur wird zudem auch unterschieden zwischen konventioneller und unkonventioneller Partizipation (vgl. Barnes und Kaase 1979). Als „konventionelle“ Formen werden diejenigen Aktivitäten bezeichnet, die mit Wahlkampagnen und politischen Parteien zu tun haben und, vor allem, allgemein akzeptiert sind. „Unkonventionelle“ Formen politischer Beteiligung sind Ausdrucksformen wie Protest und Ablehnung, welche nicht mit sozialen Normen übereinstimmen und nicht zwingend legal sind (van Deth 2009: 146). Ob eine Partizipationsform konventionell ist oder nicht ändert sich jedoch mit der Zeit und ist abhängig vom gesellschaftlichen Umfeld. So sind Demonstrationen oder Streiks heute weniger unkonventionell als früher. Da die Terminologie der institutionalisierten und nicht-institutionalisierten Partizipation klarer und nach einfachen Kriterien festgelegt ist, werden diese Begriffe bevorzugt (vgl. dazu auch Rothenbühler et al. 2012 und Kaase 2003).

9. Normative Sicht – Ziele der Kinder und Jugendpartizipation: Legitimation, Integration und politische Bildung

Der zweite Teil der Definition befasst sich aus normativer Sicht mit der kollektiven Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Die Grundlage dafür wurde bereits in der Einleitung dargelegt. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den kollektiven Prozessen hat demnach drei Funktionen, welche die Qualität einer Demokratie erhöhen und im Folgenden ausgeführt werden: eine Legitimations-, eine Deliberations- und eine Integrationsfunktion.

Legitimation: Eine Demokratie mit repräsentativem Charakter, wie die Schweiz eine ist¹⁷, legitimiert sich dadurch, dass die Interessen der Bevölkerung auf verschiedenen Ebenen verhältnismässig vertreten werden. Kinder und Jugendliche (bis 18 Jahren) werden dabei jedoch ausgeschlossen, weil sie weder wählen noch abstimmen dürfen.¹⁸ Durch den Einbezug von allen betroffenen AkteurInnen in kollektiven Prozessen könnten Entscheide breiter abgestützt werden. Zudem werden auch über 18-jährige Jugendliche in politischen Institutionen nur sehr schwach repräsentiert. Wie in der Einleitung bereits aufgezeigt wurde, ist der jüngste Parlamentarier auf nationaler Ebene bereits 26 Jahre alt, der Altersdurchschnitt im nationalen Parlament ist bei ca. 55 Jahren (2011) (Graff et al. 2013: 5). In kantonalen Parlamenten ist der Altersdurchschnitt ebenfalls sehr hoch, wenn auch etwas tiefer als auf nationaler Ebene (Ladner 2007). Der Einbezug von Minderjährigen und jungen Erwachsenen in Entscheidungsfindungsprozesse würde die Legitimität von getroffenen Entscheiden deshalb stark erhöhen und die demokratische Basis erweitern. Diejenigen, welche von Entscheidungen betroffen sind, sollen auch mitentscheiden dürfen. Dies gilt natürlich nicht nur für Entscheide in parlamentarischen Prozessen, sondern auch für alle anderen Phasen, wo Partizipation möglich ist.

Politische Bildung (Deliberation): Weiter würde die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen bei Kindern und Jugendlichen demokratische und soziale Kompetenzen fördern. In deliberativen¹⁹ Prozessen lernen Kinder und Jugendliche, ihre eigene Meinung zu entwickeln, auszudrücken, zu verteidigen und andere Meinungen zu akzeptieren. Dadurch wird ihre politische Kultur und Bildung gefördert (vgl. dazu Hart 1992: 34f., Fatke und Niklowitz 2003: 12ff., Vollmer 2008: 126 und Knauer und Sturzenhecker 2005: 65f.). Wie Hart (1992: 5) und auch Fatke und Niklowitz (2003: 9) argumentieren, ist es unrealistisch anzu-

¹⁷ Die Schweiz ist mit ihren direktdemokratischen Instrumenten der Initiative und dem Referendum aber ein Spezialfall.

¹⁸ Ebenfalls ausgeschlossen werden AusländerInnen (auf den meisten pol. Ebenen, nicht auf allen).

¹⁹ Deliberation = Prozess der Konsensfindung.

nehmen, dass Jugendliche, wenn sie volljährig werden, plötzlich Verantwortung übernehmen wollen und die nötigen Kompetenzen dafür von einem Tag auf dem anderen besitzen. Politische Bildung muss bereits früher an Kinder und Jugendliche gebracht werden. Dies kann zudem in verschiedenen Formen geschehen: durch formale Bildung innerhalb institutioneller Bildung oder durch non-formale Bildung von ausserschulischen Partizipationsprojekten. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Bildungsformen spielt eine grosse Rolle und beide Formen sollten im Idealfall aufeinander abgestimmt sein.

Integration: Das Integrationspotenzial von Partizipation zeigt sich dadurch, dass Teile der Gesellschaft in Prozesse integriert werden, von welchen sie bisher ausgeschlossen waren. Wie der Soziologe Kurt Imhof festhält, ist eine „Gesellschaft“ nur in der politischen Öffentlichkeit beobacht- und gestaltbar. Sie kann sich demnach nur in der Öffentlichkeit konstituieren. Für die nachhaltige Stärkung des Gemeinsamkeitsglaubens der BürgerInnen ist es deshalb nötig, dass möglichst alle Mitglieder einer Gesellschaft in der Öffentlichkeit präsent sind (Imhof 2006: 10f.). Das Bereitstellen von partizipativen Strukturen für diejenigen BürgerInnen, welche nicht über die formalen Prozesse partizipieren können, ist deshalb ein wichtiges Instrument für die Förderung von Integration. Im Fall von Kinder- und Jugendpartizipation werden dadurch unter anderem eine Verstärkung von Generationenbeziehungen und neue Möglichkeiten des intergenerationellen Austauschs und der Zusammenarbeit ermöglicht (Vollmer: 125f. und 139).

In der Schweiz zeigt sich, dass verschiedene Projekte von AkteurInnen der Jugendförderung existieren, welche diese drei Ziele erreichen wollen (siehe Abbildung nächste Seite). Dabei unterscheiden sie sich jedoch oftmals in der Gewichtung der Ziele. Am stärksten zeigt sich dies im Unterschied von Partizipationsprojekten und Projekten der politischen Bildung. Letztere haben hauptsächlich das Ziel, dass Kinder und Jugendliche soziale und demokratische Kompetenzen erwerben, welche ihnen später die politische Partizipation in allen möglichen Formen erleichtert werden soll und sie auch dazu motiviert, sich zu beteiligen. Diese Form existiert vor allem in schulischen Projekten. Es geht dabei also um das Erlernen von Kompetenzen, wie sie partizipieren könnten, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Die Legitimation, also die Übergabe von verbindlichen Rechten, ist dabei explizit kein Ziel. Partizipationsprojekte haben hingegen das Ziel, alle drei Ziele zu erreichen. Diese finden in der Regel in einem ausserschulischen Rahmen statt. Eine Ausnahme bildet die Partizipation innerhalb der Schule, wie es Schülerräte etc. sind. Hier werden im schulischen Rahmen alle drei Ziele abgedeckt. Der Themenbereich begrenzt sich aber auf die Schule.

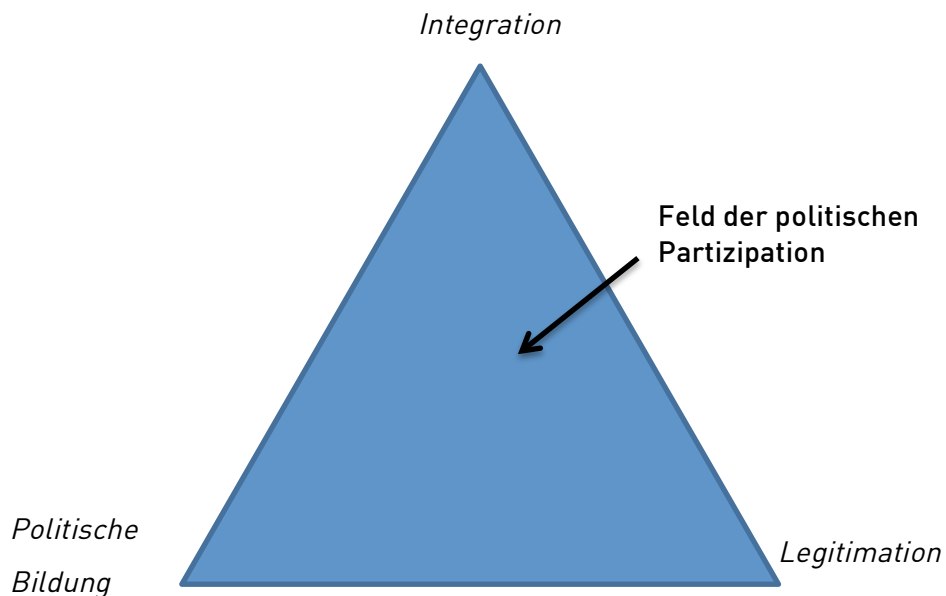


Abbildung 4: Feld der Partizipation, eigene Darstellung.

2.4 Herausforderungen der Kinder- und Jugendpartizipation

Nicht-Partizipation

Zum Schluss soll noch darauf hingewiesen werden, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen Probleme und Risiken mit sich bringen kann. Zunächst ist zu berücksichtigen, dass das Recht auf Beteiligung ebenso das Recht einschliesst, zu schweigen und seine Meinung nicht einzubringen. Partizipation sollte also immer freiwillig erfolgen. Wenn Kinder und Jugendliche sich beteiligen wollen, kann der Miteinbezug von Kindern und Jugendlichen aber auch nur Symbolcharakter haben und für die Interessen der erwachsenen Entscheidungsträger ausgenutzt werden. Hart (1992: 9f. und darauf aufbauend auch Stoecklin 2009: 48f.) unterscheidet in seinem Essay für UNICEF dabei zwischen drei Arten von Nicht-Partizipation: Manipulation, Dekoration und Alibi-Partizipation, wobei die Qualität der Partizipation bei Manipulation am tiefsten und bei Alibi-Partizipation am höchsten (aber trotzdem ungenügend) ist. Unter Manipulation versteht er, wenn Kinder für politische Zwecke eingesetzt werden und zum Beispiel bei Demonstrationen mitlaufen, obwohl sie sich mit dem Thema nicht auskennen: „If children have no understanding of the issues and hence do not understand their actions, then this is manipulation“ (Hart 1992: 9). Oder wenn sie zwar konsultiert werden, aber sie nicht erfahren, wie ihr Input verarbeitet wird.

Infobox 2: Nordirland

Ein konkretes Beispiel hat sich im Laufe des Nordirlandkonflikts 2001 in Belfast abgespielt. Katholische Kinder wurden von ihren Eltern auf dem Weg zur Schule durch ein protestantisches Quartier geschickt, wo sie unter britischem Polizeischutz mal von einem Pfeifkonzert, mal von einem Hagel aus Flaschen und Pflastersteinen, dann wieder von unheilvoller Stille begleitet werden. Den katholischen Eltern wurde vorgeworfen, ihre Kinder nicht einen alternativen Weg benützen zu lassen, um die Protestanten zu provozieren und diese als aggressive Leute darzustellen. Dieses Beispiel zeigt auch gleich auf, dass Kinder anfälliger sind für Manipulation als Jugendliche, weil sie abhängiger sind und sich weniger wehren können (Banik 2001, *Die Welt*).

Bei der Dekoration sind Kinder oder Jugendliche ebenso wie bei der Manipulation an Veranstaltungen präsent, interessieren sich aber nicht für die politische Aktion. Im Gegensatz zur Manipulation tun die Erwachsenen aber nicht so, als ob die Kinder oder Jugendliche etwas mit dem Thema zu tun hätten (Hart 1992: 9). Sie werden also einfach als Dekoration eingesetzt. Dies ist zum Beispiel bei Veranstaltungen der Fall, bei Kinder prominent in Szene gesetzt werden, beispielsweise bei Fotos von Demonstrationen. Werden Kinder und Jugendliche zwar in politische Prozesse involviert, haben aber keine Wahl über das Thema oder die Form der Beteiligung und wenig oder keine Möglichkeit, ihre eigene Meinung zu bilden, spricht Hart von Alibi-Partizipation („Tokenism“, Hart 1992: 9f.). Als Beispiel nennt Hart hier die Teilnahme von Kindern an Workshops, wo sie ohne substanzielle Vorbereitung und ohne Beratung unter Gleichaltrigen (welche sie repräsentieren sollen) für ein Diskussionsgremium ausgewählt wurden. Werden Kinder und Jugendliche oft konsultiert, ihre Entscheide dabei aber kaum berücksichtigt und sind somit keine vorteilhaften Resultate für die Jugend sichtbar, kann ein grosses Frustrationspotenzial entstehen und die Motivation für weitere Beteiligung einschränken. Diese Arten verdienen also nicht nur die Bezeichnung „Partizipation“ nicht, sie sind bezogen auf die dargelegten Ziele der Partizipation auch kontraproduktiv. Die Beispiele von Hart zeigen auch auf, dass die Gefahr von Nicht-Partizipation vor allem dann gross ist, wenn die beteiligten Kinder und Jugendlichen sich schlecht wehren können, sie also wenig Erfahrung, Kompetenzen oder Rechte haben. Dies ist bei Kindern noch stärker gegeben als bei Jugendlichen, weil sie aufgrund ihrer Erfahrung noch weniger beurteilen können, wenn sie manipuliert werden. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass Partizipationsformen mindestens teilweise innerhalb der Peer-Gruppe der Kinder oder Jugendlichen selber stattfinden, wie dies bei der Jugendsession und Jugendparlamenten der Fall ist.

Die ständige Konsultation von Kindern und Jugendlichen kann zudem ein enormes Frustrationspotenzial entfalten, wenn Kinder und Jugendliche sich ihrer Rechte bewusst sind und trotz ihrer Beteiligung keine vorteilhaften Resultate für sie erzielt werden. Dies hat sich beispielsweise schon beim SAJV-Projekt Speak Out! gezeigt, wo unbegleitete minderjährige Asylsuchende (MNA) in ihrem politischen und sozialen Engagement unterstützt werden. Die MNA erarbeiten eigene Projekte und nehmen an Veranstaltungen teil. Ihre Situation ändert sich dabei jedoch manchmal kaum, konkrete Resultate sind oft nicht sichtbar für die MNA²⁰. Dies kann sehr frustrierend sein und die Motivation für weitere Partizipation hemmen. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sollte also wirklich auch zu Resultaten führen, ansonsten können die Frustration zu längerfristiger Verdrossenheit führen.

Gefahren

Wird von Partizipation von Kindern und Jugendlichen besprochen, muss also immer genau hingeschaut werden. Wie weiter oben ausgeführt wurde, muss für eine echte Kinder- und Jugendpartizipation Verantwortung übertragen werden. In den Fällen von Manipulation und Dekoration ist relativ leicht feststellbar, dass dies nicht der Fall ist. Bei Alibi-Partizipation ist das aber schwieriger aufzuzeigen, weil die Kinder und Jugendlichen wohl in die Prozesse involviert werden, auch wenn sie so gut wie keine reale Entscheidungsmacht besitzen.

Ein weiterer Punkt, welcher berücksichtigt werden muss ist, dass Kinder und Jugendliche noch nicht in gleichem Masse wie Erwachsene soziale, rational urteilsfähige AkteurInnen sind und deshalb aus der Sicht von ExpertInnen auch fragwürdige und kontraproduktive Entschiede treffen können.

Infobox 3: USA

Dies kann an einem Beispiel aus den USA aufgezeigt werden: An verschiedenen Schulen haben sich im Jahr 2012 Schüler zusammengetan, um in verschiedenen Aktionen (bspw. durch YouTube-Videos) gegen die Einführung von gesünderem Essen in den Schulkantinen zu protestieren. Die Veränderung des Speiseplans wurde im Rahmen eines von Michelle Obama initiierten „Healthy, Hunger-Free Kids Act“ umgesetzt. Ungesunder Fastfood wurde mit gesunder Nahrung ausgewechselt, wobei die Kalorienzahl erhalten blieb. Dass Schüler Fastfood bevorzugen überrascht nicht. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Schüler die Möglichkeit haben sollen, darüber zu entscheiden welches Essen in den Kantinen angebo-

²⁰ Aktuell offen ist das Ergebnis der MNA-Charta, die medial immerhin aufgenommen wurde: <http://www.sajv.ch/mna-charta/>

ten wird oder ob das eine Frage für Ernährungsexperten ist. An diesem Beispiel zeigt sich ein fundamentales Problem der Kinder- und Jugendpartizipation (Zaugg 2012, *Le Temps*).

Dieses Problem ist ein typischer Konflikt zwischen einer partizipatorischen vs. einer anwaltschaftlicher (d.h. der Vertretung von Kinder- und Jugendinteressen durch Stellvertreter) Sicht auf die Jugendförderung.²¹ Gibt es Bereiche, in welchen Kinder und Jugendliche nicht genug Kompetenzen haben und eine Beteiligung an Fragen in diesem Bereich kontraproduktiv ist? In manchen Fragen wie beispielsweise Versicherungs- oder generell finanzpolitischen Themen ist es offensichtlich, dass Kinder und Jugendliche wenig bis keine Erfahrungen darin haben. Aber wer entscheidet, ab wann Kinder und Jugendliche genug Knowhow besitzen? Spricht man von Kindern und Jugendlichen als Subjekte, dann können sie das selbst entscheiden. Aus dieser Sicht wäre es dann konsequenterweise auch legitim, wenn sie sich gegen gesundes Essen wehren und lieber gesundheitsgefährdenden Fastfood konsumieren wollen. Die Frage ist also sehr heikel, generell lässt sich aber wie auch oben erwähnt sagen, dass Kinder und Jugendliche sich zu allen sie betreffenden Fragen äussern dürfen sollen. Wichtig dabei ist aber, dass nicht einfach Macht an die Jugend delegiert wird, sondern dass die Erwachsenen die Kinder und Jugendlichen auch unterstützen und begleiten und nicht das Gefühl haben, ihre Verantwortung mit der Delegation von Macht abgegeben zu haben.

2.5 Politische Partizipation in der Schweiz

Nachdem der Begriff der Kinder- und Jugendpartizipation nun detailliert beleuchtet wurde, wird der Fokus der Studie hier etwas eingegrenzt. Wie bereits in der Einleitung erwähnt werden im folgenden Projekte und AkteurInnen untersucht, welche sich mit politischer Partizipation von Kindern und Jugendlichen befassen. Dazu wird nun zunächst aufgezeigt, wie es mit der politischen Partizipation aussieht. Wie sind Kinder und Jugendliche in politische Entscheidungsprozesse involviert?

Wie Fatke und Niklowitz (2003)²² in ihrer Studie über Partizipation in Schweizer Gemeinden aufzeigen, ist die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde nur schwach ausgeprägt. Während in der Familie 50% und in der Schule 40% der in der repräsentativen Studie Befragten (9–16 Jahre alt) angaben, mitreden und mitentscheiden zu kön-

²¹ Diese beiden Arten der Partizipationsförderung werden in Kapitel 4 genauer aufgezeigt.

nen, engagieren sich nur 7% in der Gemeinde. Politische Partizipation ist also viel weniger verbreitet als soziale Beteiligungsformen in der Schule oder individuelle in der Familie (Rossteutscher 2009). Gleichzeitig gaben aber 72%²³ an, dass sie, wenn sie selbst GemeindepräsidentIn wären, Kindern und Jugendlichen mehr Mitsprachemöglichkeiten bieten würden (Fatke und Niklowitz 2003: 69). Diese enorme Diskrepanz zeigt auf, dass das Interesse von Kindern und Jugendlichen durchaus da wäre, aber die geeigneten Partizipationsmöglichkeiten fehlen. Die Studie wurde 2013 unter der Leitung von Rieker (2014) erneut durchgeführt. Erste Ergebnisse haben aufgezeigt, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen fast überall zugenommen hat, jedoch mit Abstand am meisten in der Familie (siehe Abb. 5).²⁴ Die Beteiligung in der Gemeinde ist im Vergleich dazu jedoch nur schwach angestiegen und liegt immer noch auf einem tiefen Wert von 20% bei den Kindern und 16% bei Jugendlichen. Das Durchschnittsalter der befragten Kinder lag dabei bei 9.3 Jahren. Bei den Jugendlichen bei 13.5.

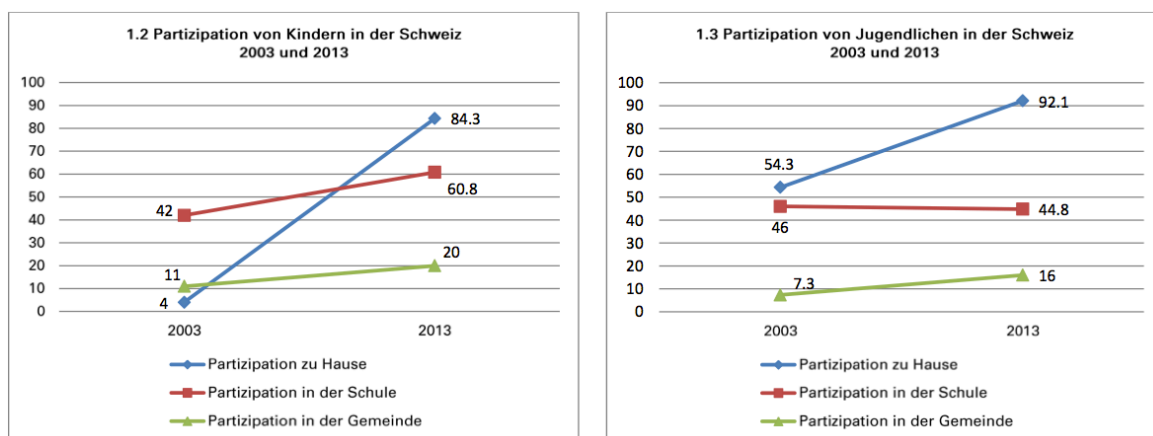


Abbildung 5: Veränderung der Kinder- und Jugendpartizipation in verschiedenen Bereichen (Rieker 2014).

Die klassischste Form von politischer Partizipation ist die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen. Dabei zeigt sich, dass sich Erwachsene unter 30 Jahren deutlich weniger beteiligen als über 30-Jährige. Die Datenlage zum Stimm- und Wahlverhalten ist leider nicht ideal, da das Alter der Wählenden und Abstimmenden in den allermeisten Gemeinden nicht registriert wird.²⁵ Eine Ausnahme bildet die Stadt Zürich, wie auch die Stadt St. Gallen oder

²³ Durchschnitt aller Altersjahrgänge.

²⁴ Wobei hierfür auch methodische Änderungen in der Datenerhebung als Ursache vermutet werden.

²⁵ Der Mangel an statistischen Daten zu Kinder und Jugendliche betreffenden Fragen in der Schweiz wird von vielen NGOs und dem „Comité des droits de l'enfant“ kritisiert. Der Grund für den Mangel liegt am Stimm- und Wahlgeheimnis.

der Kanton Genf. In Zürich zeigt sich, dass die Wahlbeteiligung bei 18–26-Jährigen um 20–40% geringer ist als bei 30–40 oder 60–70-Jährigen (siehe Abbildung 6). Hier ist bei der Interpretation natürlich Vorsicht geboten, weil die Zahlen nur die Stadt Zürich betreffen.

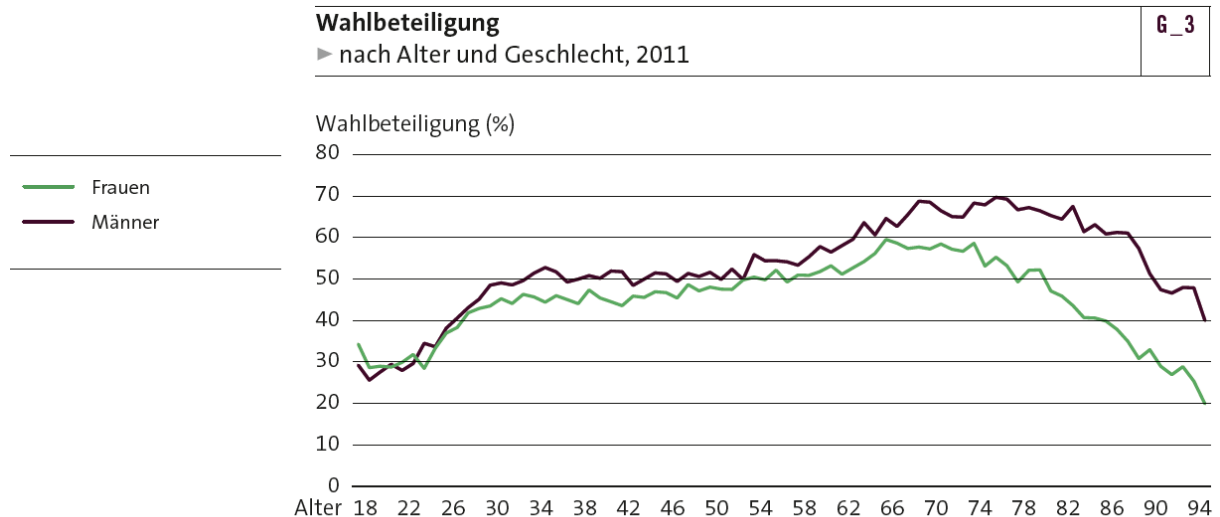
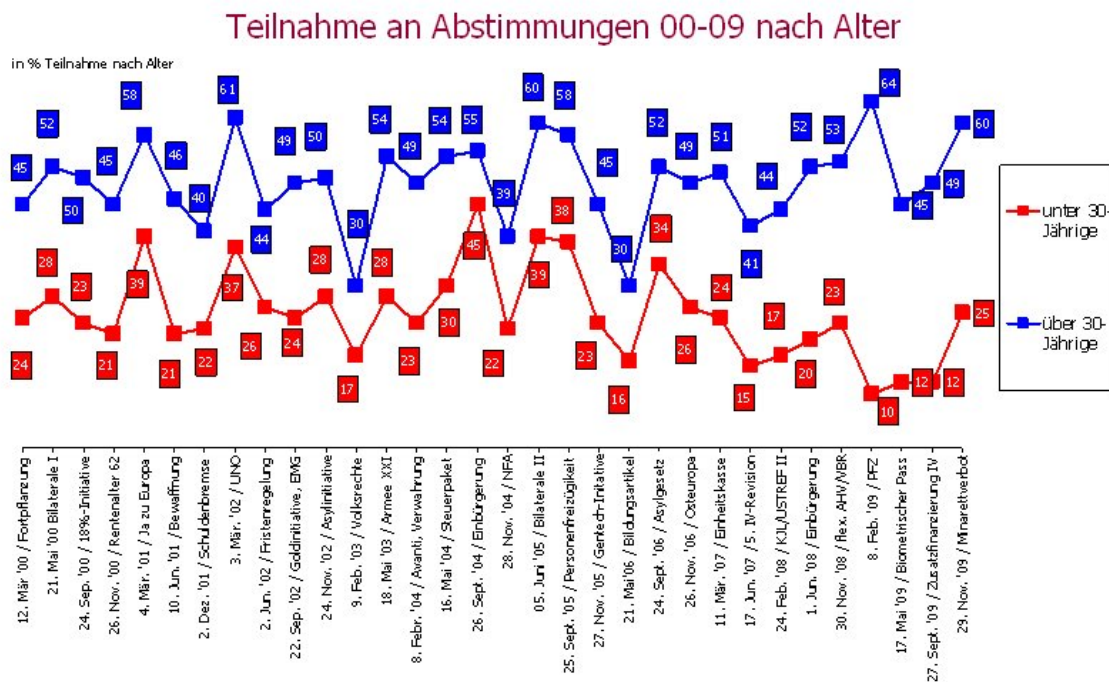


Abbildung 6: Wahlbeteiligung an den National- und Ständeratswahl 2011 in der Stadt Zürich (Statistik Stadt Zürich 2012).

Dass Jugendliche sich weniger beteiligen zeigt sich zudem auch in einer systematischen Analyse von VOX-Befragungen des gfs.bern zur Stimmbeteiligung in nationalen Volksabstimmungen (Abbildung 7). Unter 30-Jährige haben bei allen Abstimmungen signifikant weniger teilgenommen als über 30-Jährige. Die Unterschiede reichen bis zu 54% (bei der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit im Februar 2009, siehe Abbildung 7)! Die Jugendlichen und junge Erwachsene in der Schweiz beteiligen sich nicht nur weniger stark, sondern vor allem auch weniger häufig an Wahlen und Abstimmungen als ihre älteren MitbürgerInnen. Dies zeigt eine Auswertung der Stimmregisterdaten der Stadt St. Gallen (Dermont 2014).

Die politische Partizipation über die klassischen Kanäle ist bei jungen Erwachsenen also sehr tief. Wieso das so ist, kann zwei Ursachen haben: Erstens sind junge einfach weniger an Politik interessiert und beteiligen deshalb nur so schwach. Eine Erhebung des Swiss Household-Panels bestätigt diese Annahme dahingehend, dass das Interesse an der Politik tatsächlich mit dem Alter zunimmt (Ladner 2008). Die Unterschiede sind dabei aber bei weitem nicht so hoch wie in den Abstimmungen und Wahlen. Dies führt uns zur zweiten Erklärung:

Junge Erwachsene bevorzugen andere, informellere Formen und Mittel zur politischen Partizipation als die institutionalisierten Wahlen und Abstimmungen (vgl. dazu bspw. Harris et al. 2010). Ein wichtiger Grund für die tiefe Stimmbeteiligung ist zudem, dass der Wahl- und Abstimmungsprozess sowie die Wahl- und Abstimmungsunterlagen nicht jugendgerecht sind (vgl. dazu Rothenbühler et al. 2012).



© gfs.bern, VOX-Trendauswertungen, Stand Februar 2010 (unter 30-Jährige n = jeweils ca. 140-200, über 30-Jährige n = jeweils ca. 800-910)
 Unterschiede alle signifikant

Abbildung 7: Stimmbeteiligung nach Alter (VOX-Befragungen gfs.bern 2010).

Diese Studie hat deshalb zum Ziel, eine Übersicht über Projekte und AkteurInnen zu erstellen, welche neben der institutionellen Formen vor allen bei den nicht-institutionellen Formen der politischen Kinder- und Jugendpartizipation tätig sind zu zeigen, dass Wahlen und Abstimmungen nicht die einzigen Möglichkeiten sind, seine Stimme zu erheben und Entscheide zu beeinflussen. Zudem haben auch Minderjährige das Recht auf Partizipation, auch wenn sie von Wahlen und Abstimmungen ausgeschlossen sind. Sie benötigen deshalb andere partizipative Strukturen, um sich beteiligen zu können.

Im nächsten Teil dieser Studie werden die verschiedenen Projekte und AkteurInnen in der Schweiz aufgezeigt, welche zum Ziel haben, die politische Partizipation nicht nur in instituti-

onalisierten Kanälen, sondern auch in nicht-institutionalisierten Formen für Kinder und Jugendliche zu fördern.

3 Ist-Analyse

In diesem Kapitel wird die Situation im Bereich der politischen Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz aufgezeigt. Dazu werden die auf nationaler Ebene relevanten AkteurInnen und Projekte und einige Musterbeispiele auf lokaler Ebene vorgestellt. Aufgrund von Interviews, welche mit allen AkteurInnen geführt wurden, wird kurz die Funktionsweise der Projekte aufgezeigt, um dann die jeweilige Sichtweise auf die Kinder- und Jugendpartizipation innerhalb der Projekte anhand der in Kapitel 2 ausgearbeiteten Definition zu untersuchen. Danach wird auf bestehende Lücken und daraus sich ergebene Bedürfnisse aufmerksam gemacht, welche in einem Austauschtreffen zusammen mit den AkteurInnen eruiert wurden und welche die Basis für die skizzierten Handlungsfelder in der folgenden Soll-Analyse (Kapitel 4) legen.

3.1 Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz – Eine Analyse der bestehenden AkteurInnen, Projekte und Partizipationsformen

3.1.1 Die untersuchten AkteurInnen, Projekte und Partizipationsformen

Wie bereits argumentiert wurde, ist der Bereich der politischen Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz nicht koordiniert. Es bestehen verschiedene AkteurInnen, welche ihre eigenen Partizipationsprojekte durchführen. In diesem Abschnitt werden die verschiedenen AkteurInnen und Projekte kurz vorgestellt und auf ihr Verständnis von politischer Partizipation beleuchtet. Welche AkteurInnen sind aktiv und auf welche Art? Der Fokus wurde dabei auf die Förderung *politischer* Kinder- und Jugendpartizipation gelegt. Zunächst wurde unterschieden, ob es sich um schulische oder ausserschulische Projekte handelt, danach wurden die nationalen und einige lokale Projekte ausgesucht.

Ausserschulische Projekte

Die Auswahl der untersuchten AkteurInnen und Projekte erfolgte anhand unterschiedlicher Fragen. Zunächst wurden die drei grossen, auf der nationalen Ebene tätigen Dachverbände der ausserschulischen Jugendarbeit betrachtet: Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), der Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) und der

Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit (*DOJ*). Diese drei Organisationen vereinen als Dachverbände mit der offenen Jugendarbeit, der Verbandsjugendarbeit und den Jugendparlamenten wesentliche Angebote der Jugendförderung und Jugendpartizipation und sind deshalb zentrale AkteurInnen im Bereich der politischen Jugendpartizipation. Die SAJV und der DSJ haben zudem auch eigene Projekte, mit denen sie die politische Jugendpartizipation fördern. Die SAJV tut dies mit der Jugendsession, Speak Out! und Youth Rep und der DSJ mit easyvote und der Förderung von Jugendparlamenten. Diese zentralen Projekte wurden für die Analyse genauer angeschaut, während beim DOJ die tagtäglich gelebte Partizipation in der offenen Kinder- und Jugendarbeit generell beleuchtet wurde.

Auf nationaler Ebene sind noch weitere Organisationen im Bereich der Jugendpartizipation tätig. So betreibt *Infoklick* beispielsweise schweizweit verschiedene Projekte der Kinder- und Jugendförderung, und befasst sich insbesondere mit dem Projekt „Jugend (oder Kinder) Mit Wirkung“ auch mit Partizipation.

Auch auf kantonaler und kommunaler Ebene existieren Dachverbände und Institutionen, welche sich der Förderung der politischen Kinder- und Jugendpartizipation widmen. Die kantonalen Dachverbände der offenen Jugendarbeit sind im DOJ vereint, während ein grosser Teil der kantonalen und lokalen Jugendparlamente (und -räte) Mitglied von DSJ sind. Deshalb wurde entschieden, diese nicht einzeln und spezifisch zu untersuchen. Daneben existieren wenige Kinderparlamente in der Schweiz, die nicht Mitglied des DSJ sind und bisher von der Kinderlobby national koordiniert wurden. Diese unterscheiden sich in ihrer Funktionsweise und ihrer Form aber (abgesehen vom Alter des Zielpublikums) nicht sehr stark von anderen Jugendparlamenten, wie später erläutert wird, ausser dass sie in einem grösseren Umfang von Erwachsenen begleitet und animiert werden. Zudem führen Jugendparlamente im Gegensatz zu Kinderparlamenten auch selber eigenen Projekte durch.

Als Beispiele wurden einige weitere lokale und kantonale Organisationen und Projekte für die Studie miteinbezogen. Alle lokalen Angebote im Bereich der politischen Kinder- und Jugendpartizipation zu recherchieren, zu beschreiben und zu analysieren hätte den Rahmen dieser Studie gesprengt. Ein interessanter Spezialfall auf kantonaler Ebene ist der kantonale Dachverband *okaj Zürich*. Dieser vereint sowohl die offene, die verbandliche wie auch die kirchliche Jugendarbeit des Kantons Zürich und hat demnach eine Rolle inne, die auf nationaler Ebene nicht existiert, da sie von unterschiedlichen AkteurInnen aufgeteilt wird. Mit der stadtzürcherischen Institution *Megalphon* wurde zudem auch ein politisches Instrument der

Verwaltung auf lokaler, städtischer Ebene miteinbezogen, da es Modellcharakter hat(te). Ebenso wird das Partizipationsinstrument der *Jugendmotion* betrachtet, welches ebenfalls auf kommunaler Ebene zum Einsatz kommt. Jungparteien wurden bewusst weggelassen. Diese sind zwar auch Organisationen, in welchen Jugendliche politisch partizipieren. Doch die Jungparteien bewegen sich in einem bereits etablierten, sehr institutionalisierten und formellen Rahmen; sie sind deshalb keine Projekte an sich und sie führen auch keine Partizipationsprojekte durch. Sie sind aber selber Partizipationsformen. Jugendliche aus Jungparteien engagieren sich jedoch bei anderen politischen Partizipationsformen. So sind gerade bei kantonalen Jugendparlamenten etliche Mitglieder aus Jungparteien tätig. In einigen kantonalen Jugendparlamenten wird der Vorstand des Jugendparlaments aus jeweils einem Mitglied aller Jungparteien gestellt.

Wie sich während der Recherche nach Projekten im Rahmen dieser Arbeit gezeigt hat, existieren mehr Partizipationsprojekte für Jugendliche als für Kinder. Für einen umfassenden Überblick wird auch auf Kinderparlamente und die Kinderkonferenz eingegangen. Im Kapitel 3.1.4 wird die Frage aufgefasst, wieso der Bereich der politischen Kinderpartizipation in der Schweiz weniger ausgebaut ist.

Schulische Projekte

Um aufzuzeigen, wie sich auch schulische Projekte mit politischen Aspekten der Kinder- und Jugendpartizipation befassen, werden auch zwei schulische Projekte untersucht. Die *Stiftung Dialog* versucht durch zwei Projekte der politischen Bildung²⁶ (Jugend debattiert und Campus für Demokratie) die Kinder- und Jugendpartizipation indirekt zu fördern, wobei der Verein *Jugend und Wirtschaft* die Stiftung bei der Durchführung des Projekts Jugend debattiert unterstützt. Ein weiteres nationales Projekt ist die Schulprojektwoche *Schulen nach Bern* (des gleichnamigen Vereins), welche Schulklassen das politische System der Schweiz spielerisch und hautnah näher bringen will. Die Projekte sind also deshalb schulisch, weil sie innerhalb schulischer Strukturen stattfinden. Somit werden die Lernprozesse, welche in Folge der Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an den Projekten stattfinden, als formale Prozesse verstanden.

²⁶ Zur Unterscheidung von politischer Bildung und politischer Partizipation siehe Abschnitt [2.3](#), Punkt „Normative Sicht“ und Abschnitt [3.2.2](#).

Vorgehen

Die Landschaft der AkteurInnen und Projekte der politischen Kinder- und Jugendpartizipation wird somit also sehr breit erfasst. Um die Arbeit der AkteurInnen und ihrer Projekte möglichst genau widerzuspiegeln, wurden Interviews mit allen AkteurInnen und Projektleitern geführt. Das Ziel der Interviews war, folgende Fragen zu besprechen: Was bedeutet Kinder- und Jugendpartizipation für die AkteurInnen und welche Arten der Partizipation werden von ihnen gefördert? Wie beurteilen die AkteurInnen den Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz – wo bestehen Lücken und Bedürfnisse? Und wie sehen sie die Rolle der SAJV in diesem Bereich?²⁷ Die Interviews dauerten zwischen 1–2 Stunden und wurden schriftlich festgehalten. Die Auswertung erfolgte anhand eines Rasters mit folgenden Kriterien: Sichtweise zur Jugendpartizipation für die AkteurInnen und ihre Projekte (Kriterien 1 und 2), Sichtweise auf die Jugendpartizipation; Lücken, Bedürfnisse, Herausforderungen (Kriterien 3 und 4) und die Sichtweise der AkteurInnen auf die Rolle der SAJV (Kriterium 5). Um die Verbreitung und Koordination der Kinderparlamente zu untersuchen, wurden die Verantwortlichen der Schwyzer und Luzerner Kinderparlamente telefonisch und per E-Mail befragt. In der folgenden Tabelle werden die untersuchten AkteurInnen und Projekte kurz vorgestellt, um danach ihr Verständnis von Kinder- und Jugendpartizipation wiedergeben zu können.

²⁷ Mehr Informationen zu den Interviews im [Anhang](#).

Tabelle 1: Übersicht AkteurInnen und Projekte

AkteurInnen / Projekte	Kurzbeschreibung ²⁸
Ausserschulische AkteurInnen und Projekte	
Jugendsession (SAJV)	Hat zum Ziel, das politische und gesellschaftliche Engagement von Jugendlichen zu fördern, indem die Jugendsession ihnen durch die Teilnahme an der Session und die Mitarbeit am Projekt im OK oder im Forum einen Raum zur Partizipation und zur non-formalen Bildung liefert.
Speak Out! (SAJV)	Speak Out! gibt unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (MNA: mineurs non-accompagnées) in der Schweiz eine Stimme, um auf ihr Leben und die Bedingungen ihres Aufenthaltes in der Schweiz aufmerksam zu machen, ihnen die Teilnahme an Advocacy-Aktivitäten zu ermöglichen, ihre sozialen und integrativen Kompetenzen zu stärken und ihr Wissen zur Funktionsweise des Schweizerischen Behördensystems zu erweitern.
Youth Rep (SAJV)	Repräsentation der Schweizer Jugend durch drei jährlich gewählte Jugendvertreter an der UNO (d.h. Teilnahme an UNO-Konferenzen zusammen mit der offiziellen Schweizer Delegation) und Sensibilisierung der Jugend für die Beziehung Schweiz-UNO und Fragen der internationalen Politik in der Schweiz (bspw. durch Schulbesuche, Anlässe mit Jugendorganisationen etc.).
Jugendparlamente (DSJ)	In Jugendparlamenten wird die Meinung der Jugend (auf lokaler, regionaler, kantonaler und nationaler ²⁹ Ebene) repräsentiert und versucht, in die Politik einzubringen. Sie unterscheiden sich erheblich bezüglich ihrer Rechte und somit ihrer Art der Partizipation. Das kann reichen von Alibi-Partizipation bis hin zu weitreichenden politischen Kompetenzen in einem institutionellen Rahmen. Zudem setzen Jugendparlamente eigene Jugendprojekte selbständig um.
easyvote (DSJ)	easyvote versucht (nationale und regionale) Wahlen und Abstimmungen für die Jugend verständlicher zu machen und erhofft sich dadurch eine Erhöhung der Stimm- und Wahlbeteiligung bei Jugendlichen ab 18 Jahren. Das Projekt wird zudem von Jugendlichen selbst durchgeführt.

²⁸ Die Informationen stammen von den jeweiligen Websites und den persönlich geführten Gesprächen.

²⁹ Das Jugendrat Fürstentum Liechtenstein ist Mitglied beim DSJ.

Dachverband offene Kinder- und Jugendarbeit (DOJ)*	Der DOJ ist selbst ein Institutionendachverband der offenen Kinder- und Jugendarbeit und hat selbst keine eigenen Projekte. Der Verband fördert den Wissensaustausch und hat viele Einblicke in die Arbeit der offenen Kinder- und Jugendarbeit und deren Verständnis und Umsetzung von Partizipation im täglichen Umgang mit Kindern und Jugendlichen.
Jugend (und Kinder) mit Wirkung (Infoklick)*	Infoklick hilft Kindern und Jugendlichen, die etwas bewegen möchten und für die Verwirklichung ihrer Ideen Unterstützung brauchen. Kinder und Jugendliche sollen Entscheidungen, von welchen sie betroffen sind, selbst mitgestalten können. Dies, indem sie selbst Projekte realisieren oder zusammen mit Verantwortlichen ihrer Gemeinde Projekte durchführen. Die Partizipation erfolgt auf Gemeinde- oder sogar Quartierebene.
Stiftung Dialog	Mit den Projekten Jugend debattiert und dem sich zurzeit noch in Entstehung befindenden Campus für Demokratie möchte die Stiftung Dialog die politische Bildung von Kindern und Jugendlichen fördern. Ein Ziel dabei ist es, dadurch auch die kollektive (und insbesondere die politische) Partizipation zu fördern, weil politisch gebildete Jugendliche sich stärker für gesellschaftliche Fragen interessieren.
Mega!phon*	Die stadtzürcherische Institution Mega!phon, ist ein Angebot der Stadtverwaltung zur Umsetzung und Förderung der Kinder- und Jugendpartizipation. Mega!phon hat zum Ziel, Kinder und Jugendliche in Entscheide der Stadtverwaltung einzubinden, wenn sie davon betroffen sind.
okaj Zürich*	okaj Zürich ist der kantonale Dachverband der offenen, verbandlichen und kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit des Kantons Zürich. Unterstützt Aktionen auf lokaler Ebene, wenn der Einbezug von Kindern und Jugendlichen gewünscht wird und vertritt die Interessen der Jugendarbeit des Kantons Zürich auf nationaler Ebene.
Jugendmotionen	Ein Instrument einiger Gemeinden und Städten. Die Jugendmotion ist ein parlamentarischer Vorstoss, welcher von Jugendlichen mit einer gewissen Anzahl an Unterschriften zuhanden der Gemeinderegierung oder Gemeindeparlament eingereicht werden kann. Sie wird anschliessend formal wie eine gewöhnliche parlamentarische Motion behandelt.
Kinderparlamente*	In Kinderparlamenten können sich Kinder in regelmässigen Abständen treffen, um über politische Themen zu diskutieren. Zudem werden die Kinder auch in die Organisation miteinbezogen. Sie existieren nur im Kanton Schwyz und den in Städten Luzern und Bern.
Kinderkonferenz*	In der von der Kinderlobby Schweiz organisierten Kinderkonferenz können 50 Kinder aus der ganzen Schweiz in vier Tagen über ein bestimmtes Thema diskutieren. Die Ergebnisse werden dann PolitikerInnen und Medien präsentiert und ein Bericht wird publiziert.

Schulische AkteurInnen und Projekte

Jugend und Wirtschaft

Der Verein Jugend und Wirtschaft möchte mit ihrer Arbeit Brücke zwischen Schulen und der Wirtschaft bauen und in ihren Projekten handlungsorientiertes Aktivwerden fördern. U.a. mit dem Projekt „Jugend debattiert“, wo Kinder und Jugendliche lernen zu diskutieren und sich in Meinungen von anderen hineinzusetzen. Durch die Förderung dieser Kompetenzen erhöhen sie auch das politische Interesse und somit auch die politische Beteiligung der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen.

Schulen nach Bern*

Bei der Projektwoche Schulen nach Bern steht die politische Bildung im Zentrum. Durch das eigene, möglichst realitätsnahe „Politik machen“ (eine fiktive Initiative von fiktiven, selbst gegründeten Parteien) im Bundeshaus soll ihnen die nationale Politik näher gebracht werden. Zudem wird der Austausch mit Schülern aus verschiedenen Sprachräumen gefördert. Schlussendlich ist das Ziel, die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen zu erhöhen.

*** Bei AkteurInnen und Projekten mit Stern werden auch (oder ausschliesslich) Kinder miteinbezogen. In Bezug auf die Definition werden Kinder ab Kindergartenalter und bis ca. 6. Klasse als Kinder bezeichnet, danach bis 25 Jahre als Jugendliche.**

3.1.2 Jugendpartizipation aus Sicht der AkteurInnen und ihrer Projekte

Im ersten Teil dieser Studie wurde der Begriff der Kinder- und Jugendpartizipation aus theoretischer Sicht dargelegt. Diese Definition kann nun als Orientierungshilfe dienen, um die Frage zu klären, was die verschiedenen AkteurInnen unter politischer Partizipation von Kindern und Jugendlichen verstehen.

Der grundlegendste Unterschied zwischen den untersuchten Projekten besteht in deren normativen Ansätzen, wie sie in der Definition aufgezeigt wurden. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen Prozessen fördert die *Legitimation* von getroffenen Entscheidungen, die *Integration* durch einen Einbezug von bisher ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen und *die politische Bildung* durch das Erlernen wichtiger demokratischer und sozialer Kompetenzen in einem deliberativen Prozess (sich eine eigene Meinung bilden und diese vertreten, etc.). In den Gesprächen mit den AkteurInnen wurde klar, dass sich alle in diesem Feld bewegen. Sie unterscheiden sich aber dahingehend, dass die drei Ziele in den Projekten unterschiedlich gewichtet werden. Die erste sich aufdrängende Unterscheidung kann gemacht werden zwischen Projekten der politischen Bildung und Partizipationsprojekten. Während Partizipationsprojekte die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zum Ziel haben, und dadurch die Legitimation, Integration und politische Bildung fördern, fokussieren sich Projekte der politischen Bildung primär auf den Bildungs- und Lerncharakter. Sie liegen deshalb genau betrachtet nicht im in der Definition aufgezeigten Feld der politischen Partizipation, weil die Legitimation kein Ziel der Projekte ist. In den nächsten Abschnitten wird dieser Unterschied kurz aufgezeigt.

3.1.2.1 Politische Bildung

Am klarsten wird dies bei der Stiftung Dialog, bei Jugend und Wirtschaft und beim Verein Schulen nach Bern. Diese drei AkteurInnen im schulischen Bereich haben sich in erster Linie der politischen Bildung verschrieben. Mit ihren Projekten Campus für Demokratie (Stiftung Dialog), Jugend debattiert (Stiftung Dialog und Jugend und Wirtschaft) und Schulen nach Bern verfolgen sie das Ziel, dass Jugendliche³⁰ Kompetenzen erwerben, welche ihnen später die politische Partizipation in allen möglichen Formen erleichtert und sie zur politischen Partizipation motiviert. Zu diesen Kompetenzen gehört sowohl das Kennenlernen und Verstehen der nationalen Politik und Demokratie wie auch, dass die beteiligten Jugendlichen

³⁰ Bei den drei Projekten sind jeweils SchülerInnen der Sekundarstufe I das Zielpublikum.

lernen, eine eigene Meinung zu bilden, zu argumentieren und auch, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen. Während bei den anderen Projekten diese Kompetenzen, wie wir gleich sehen werden, auch wichtig sind und durch die Förderung der Partizipation erreicht werden sollen, sind diese Kompetenzen beim Campus für Demokratie, Jugend und Wirtschaft und Schulen nach Bern das primäre Ziel. In den Projekten wird keine Machtübertragung auf Kinder und Jugendliche angestrebt. Die Idee ist, dass die politische Partizipation durch den Erwerb der Kompetenzen indirekt gefördert wird. Beim Campus für Demokratie soll eine nationale Koordinationsstelle für politische Bildung errichtet werden, um diese national zu fördern. Bei dem Projekt Jugend debattiert lernen die Jugendlichen in Debattierwettbewerben, eine Meinung (auch wenn es nicht die eigene ist) in einer Debatte zu vertreten. In der Projektwoche Schulen nach Bern machen SchülerInnen eine Woche lang in einem Planspiel aktiv Politik, in dem sie eine fiktive Partei und eine fiktive Initiative formulieren und lernen, wie der Politikbetrieb im Bundeshaus aussieht. Die Idee dabei ist, dass diejenigen Jugendlichen, welche das politische System verstehen, sich eine Meinung bilden und diese vertreten können, demnach motivierter sind, die verschiedenen Partizipationsmöglichkeiten wahrzunehmen und allenfalls auch über alternative Partizipationsformen nachzudenken. Die Projekte sind also keine Partizipationsprojekte, weil die beteiligten Jugendlichen nur lernen, wie sie partizipieren *könnten*, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Wie sich ebenfalls gezeigt hat, ist das primäre Ziel der Projekte der politischen Bildung (vor allem explizit bei Schulen nach Bern), dass die direkte Demokratie in der Schweiz gefördert wird. Die Jugend wird deshalb fokussiert, weil sie die zukünftigen DemokratInnen sind, und weniger aus dem Ansatz, dass die Jugend „im jetzigen Moment“ gefördert und gestärkt werden soll.

Weiter zeigt sich, dass die Projekte der politischen Bildung sich vielfach in einem schulischen Rahmen abspielen (vgl. Antwort des Bundesrats auf Motion Amherd 14.3766). Die Teilnehmenden unterstehen bei den Projekten der Aufsicht ihrer Lehrpersonen und Schulen und die Teilnahme innerhalb der obligatorischen Unterrichtszeit ist nicht freiwillig. Es kann also festgehalten werden, dass die Projekte der politischen Bildung den Fokus nicht effektiv auf politische Partizipation legen, sondern auf demokratische Lerneffekte. Eine direkte Mitbestimmung ist somit nicht gegeben. Kinder und Jugendliche können durch Formen der politischen Bildung aber teilweise Kompetenzen erlangen, die ihnen bei der politischen Partizipation helfen. Weil diese in einem schulischen Rahmen stattfinden und nicht in verbandlicher oder offener Kinder- und Jugendarbeit, handelt es sich dabei auch um formales Lernen. Der Vorteil bei diesen Projekten ist, dass bei teilnehmenden Klassen alle SchülerInnen

teilnehmen und somit nicht nur bereits politisch interessierte demokratische Kompetenzen erlernen. Dies ist ein wesentlicher Vorteil gegenüber verbandlicher und offener Kinder- und Jugendarbeit.

3.1.2.2 Politische Partizipation

Bei den anderen untersuchten AkteurInnen und Projekten liegt der Fokus spezifischer (wenn auch wiederum unterschiedlich stark) auf der Förderung politischer Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Im Gegensatz zu den Projekten der politischen Bildung haben sie das Ziel, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich dort zu beteiligen, wo sie als Teil der Gesellschaft (mit-)betroffen sind.

Auch hier unterscheiden sich die Projekte aber darin, welche Art von Partizipation gefördert wird. In der Definition wurden für die Einordnung der Projekte einige Kriterien herausgearbeitet, welche in diesem Kapitel durch folgende Fragen operationalisiert werden: liegt der Fokus auf der institutionalisierten, klar politischen Partizipation oder eher auf informeller Beteiligung bei Prozessen, von welcher die politische Ebene nicht direkt miteinbezogen ist? Und in welchen Phasen können die Kinder und Jugendlichen mitwirken?

Bereits bei der Auswahl der AkteurInnen wurde darauf geachtet, dass sie diejenige Art der kollektiven Partizipation fördern, bei der es um gesellschaftsrelevante Fragen geht, also der politischen Partizipation im weiteren Sinne. Im Folgenden wird nun deshalb kurz auf das Verständnis von Partizipation der untersuchten Projekte und AkteurInnen eingegangen.

3.1.3 Politische Partizipation aus Sicht der Projekte und AkteurInnen

- Beim Projekt *Youth Rep* der SAJV geht es darum, die Interessen der Jugend auch auf internationaler Ebene zu vertreten. Dies geschieht durch die Teilnahme an bereits existierenden institutionalisierten Gefässen der UNO wie internationalen Konferenzen zusammen mit der offiziellen Schweizer Delegation. Dabei können die Youth Reps (als JugendvertreterInnen) auf die Interessen der Jugend aufmerksam machen und somit die Legitimation von Entscheidungen auf internationaler Ebene erhöhen. Durch die Sensibilisierung von Jugendlichen durch Schulbesuche und andere Aktionen wird zudem auch politische Bildung gefördert.

- *Speak Out!* setzt sich ein für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (MNA) und legt dadurch besonderen Wert auf das Ziel der Integration durch Partizipation. Die Partizipation von marginalisierten Gruppen wie den MNA an Themen, von welchen sie betroffen sind, hilft ihnen, sich selbst besser zurechtzufinden und auch, auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Dadurch würde neben der Integration auch die Legitimation von Entscheiden erhöht werden. Die MNA können an den eher informellen Anlässen Forderungen an direkt anwesende Verantwortliche stellen. Somit bekommen die MNA, welche von formalen Strukturen ausgeschlossen sind, die Möglichkeit, ihre Stimme zu erheben.
- In der *Jugendsession* wird Partizipation auf verschiedene Weise ermöglicht. An der Session können Jugendliche über (nicht nur spezifisch jugendrelevante) Themen diskutieren (u.a. auch mit ExpertInnen und PolitikerInnen), abstimmen und Petitionen verabschieden. Die Themen werden dabei durch ein öffentliches Webvoting bestimmt. Durch das Forum können Jugendliche für die Forderungen der Jugendsession im Bundeshaus lobbyieren. Zudem wird die Jugendsession auch von Jugendlichen (mit Hilfe der Projektleitung der SAJV) organisiert und durchgeführt.
- *easyvote* hat zum Ziel, die Partizipation von stimm- und wahlberechtigten Jugendlichen dadurch zu fördern, indem dass das Abstimmungsmaterial auf verständliche, übersichtliche und neutrale Weise in einer Broschüre präsentiert wird. Weiter sollen durch verschiedene Sensibilisierungsmassnahmen Jugendliche mithilfe von herkömmlichen und neuen Kommunikationskanälen zum Abstimmen und Wählen mobilisiert werden. So produziert der DSJ Clips zu den nationalen Vorlagen. Zudem wurde auch ein Vote-Wecker entwickelt, der die StimmbürgerInnen per SMS oder E-Mail an die bevorstehende Abstimmung erinnert. Ziel ist dadurch, dass sie sich einfacher eine Meinung zu den Abstimmungsvorlagen machen können sowie die langfristige Erhöhung der institutionellen Partizipation bei Abstimmungen und Wahlen. Indirekt wird damit auch die Informiertheit und die politische Bildung der Jugendlichen erhöht. Das Projekt wird zudem selbst von Jugendlichen durchgeführt. Somit wird Partizipation auch als Instrument verstanden; Jugendliche können sich bei *easyvote* beteiligen und so wichtige Kompetenzen erwerben.
- *Jugendparlamente* sind an sich kein Projekt, sondern eine mögliche Form von Jugend (und auch Kinder-) Partizipation auf allen möglichen politischen Ebenen (kommunal, re-

gional, kantonal und national³¹). In den Jugendparlamenten wird die Meinung der Jugend repräsentiert und versucht, in die Politik einzubringen. Die politischen Kompetenzen variieren jedoch sehr stark. Im direktesten und stärksten Fall sind die Jugendparlamente öffentlich-rechtlich (bspw. mit Budgetkompetenz oder Antragsrecht in der Legislative), in anderen Fällen haben sie das Recht, in Parlamenten unverbindlich mitzudiskutieren oder sich zu jugendrelevanten Themen (bspw. im Vernehmlassungsprozess) zu äussern. Das Ziel ist aber in jedem Fall eine möglichst breit abgestützte und akzeptierte Vertretung der Jugend. Jugendparlamente führen aber auch selber Projekte durch, seien dies im Bereich der politischen Bildung und der politischen Partizipation oder auch allgemeine Jugendprojekte. Somit sind Jugendparlamente Ziel und Instrumente zugleich. Jugendparlamente können in allen Partizipationsphasen involviert sein.³²

- Der Grundgedanke von *Infoklick* ist die Förderung von Kindern und Jugendlichen in ihrem direkten Lebensumfeld, also auf lokaler, oder sogar Quartierebene. Für eine gelungene Jugendpartizipation ist dabei wichtig, dass die Jugendlichen in allen Phasen beteiligt sind und auch selber die Themen festlegen können. Mit dem Projekt „Jugend (oder Kinder) Mit Wirkung“ können Kinder und Jugendliche zusammen mit Verantwortlichen der politischen Ebene Projekte lancieren. Die Themen sind dabei nicht zwingend politisch, trotzdem müssen die Jugendlichen aber meistens eng mit politischen AkteurInnen zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit zwischen Jugend und Erwachsenen in den verschiedenen Phasen ist sehr wichtig, weil dadurch der intergenerationelle Kontakt und der Zusammenhalt innerhalb der Gemeinde gestärkt werden.
- Für die Stadt Zürich und ihre Institution *Mega!phon* sollen sich Kinder und Jugendliche dann beteiligen können, wenn sie von Entscheiden der Verwaltung betroffen sind. Dabei ist es wichtig, dass die Partizipation in möglichst vielen Phasen ermöglicht wird. Mega!phon möchte auch Jugendliche ansprechen, welche sich nicht prinzipiell für Politik interessieren, aber von bestimmten Projekten betroffen sind.³³

³¹ In der Schweiz gibt es kein nationales Jugendparlament. Der Jugendrat des Fürstentums Liechtenstein ist Mitglied beim DSJ.

³² Für eine Übersicht über die Jugendparlamente siehe: <http://www.jugendparlamente.ch/aktuelle-jugendparlamente/>

³³ Mega!phon wurde Ende 2014 aus Spargründen eingestellt. Die Kinder- und Jugendförderung unterliegt neu dem städtischen Fachressort Soziale Stadtentwicklung.

- Als kantonaler Dachverband der offenen, verbandlichen und kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit unterstützt *okaj Zürich* Aktionen seine Mitglieder auf lokaler Ebene, wo der Einbezug von Kindern und Jugendlichen gewünscht wird. Dabei ist es zentral, dass bei der Mitgestaltung ein klares Resultat ersichtlich ist und die Kinder und Jugendlichen nicht einfach nur mitdiskutieren dürfen. Wenn von politischer Ebene kein Bedarf besteht, Macht zu teilen, sollte man aus Sicht von *okaj Zürich* besser nichts machen, weil dann ein Frustrationspotenzial entsteht. Es sollte also immer eine realistische Erfolgsgarantie geben.
- In der *offenen Jugendarbeit* ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein wesentlicher Teil der Arbeit. Sie bedeutet die Gestaltung des Lebensraums und hat dadurch immer eine soziale Bedeutung. Die Politik muss nicht zwingend involviert sein, Projekte und Aktionen haben dann eine politische Intention, sobald etwas Gesellschaftsrelevantes verändert wird. Dabei ist zentral, dass die Kinder und Jugendlichen in möglichst allen Phasen möglichst selbstständig beteiligt sind, um Erfahrungen zu sammeln und somit weitergebildet zu werden.
- Bei der *Jugendmotion* haben Jugendliche (meist zwischen 12-18 Jahren, der Wohnsitz ist relevant, nicht die Nationalität) die Möglichkeit, eine gewisse Zahl an Unterschriften³⁴ für ihre Forderung zu sammeln und diese zuhanden des Gemeindeparlaments oder der Gemeinderegierung einzureichen. Dadurch können sie direkt in die Politik auf kommunaler Ebene eingreifen, denn die Vorstösse werden dann als gewöhnliche parlamentarische Motion behandelt und erfahrungsgemäss sehr ernst genommen.³⁵ Die Partizipation ist also sehr institutionell, die beteiligten Jugendlichen werden direkt in den politischen Prozess miteinbezogen und wie mündige BürgerInnen behandelt.
- *Kinderparlamente* funktionieren teilweise ähnlich wie Jugendparlamente und ermöglichen Kindern, sich in einem institutionellen Rahmen regelmässig zu treffen, um politische Themen zu diskutieren. Die Begleitung und Unterstützung der Kinder durch Erwachsene spielt hier jedoch eine wichtigere Rolle – gleichzeitig haben die Forderungen eher symbolischen Charakter. Kinder können jedoch auch bei der Organisation mithel-

³⁴ Unterschiedlich in den verschiedenen Gemeinden, aber generell nicht sehr viele: in St. Gallen bspw. 15, in Bern 40, in Uster 20 (wobei die Einführung der Jugendmotion in Uster zunächst noch durch eine Volksabstimmung bestätigt werden muss).

³⁵ In der Stadt Bern bspw. haben alle 5 eingereichten Motionen seit 2004 etwas bewirkt: Entweder wurde sie angenommen, in ein Postulat umgewandelt oder es wurden konkrete Projekte realisiert.

fen und so wichtige Kompetenzen erlernen. Kinderparlamente sind nicht sehr weit verbreitet und werden schweizweit nur im Kanton Schwyz und in den Städten Bern und Luzern regelmässig durchgeführt. Wie ist die geringe Anzahl an Kinder- im Vergleich zu Jugendparlamenten zu erklären? Die existierenden Kinderparlamente können sich nicht über zu wenige Teilnehmende beschweren – vielmehr fehlen ihnen finanzielle Mittel des jeweiligen Kantons oder der jeweiligen Stadt. Im Kanton Schwyz wurde 2014 das Patronat entzogen und das Budget gestrichen, so arbeitet das Organisationsteam ehrenamtlich. Der Gedanke, dass auch Kinder eine verbindliche Meinung zu Themen, welche sie betreffen, haben, ist in der Öffentlichkeit noch nicht weit verbreitet und zeigt sich auch immer wieder in öffentlicher Kritik an den Kinderparlamenten (vgl. Fussnote 37). Oft wird den Parlamenten Alibi-Partizipation und Instrumentalisierung vorgeworfen. Kinderparlamente sind eine gute Nachwuchsförderung für Jugendparlamente. So waren viele der GründerInnen des kantonalen Jugendparlaments des Kantons Schwyz früher im Kinderparlament aktiv.

- Die *Kinderkonferenz* bezweckt, 50 Kinder von 8 bis 15 Jahren aus der ganzen Schweiz zusammenzubringen, damit sie über ein bestimmtes Thema diskutieren können. Die Ergebnisse werden dann PolitikerInnen und der Öffentlichkeit präsentiert, damit diese für die Ideen der Kinder sensibilisiert werden. Sie fand von 1997 bis 2012 jährlich statt (15 mal) und wurde wegen Finanzproblemen der Kinderlobby vorläufig eingestellt. Sie soll jedoch im Jahr 2015 wieder stattfinden.

3.1.4 Analyse der Partizipationsprojekte anhand der Definitionskriterien

Die Partizipationsprojekte lassen sich also dahingehend auf einen Nenner bringen, dass sie alle zum Ziel haben, Kindern und Jugendlichen eine Möglichkeit zu geben, sich zu Fragen und Themen für welche sie sich interessieren äussern zu können, sofern sie fähig sind, sich eine eigene Meinung zu bilden. Sie unterscheiden sich aber, mal mehr und mal weniger, in den Punkten, welche in der Definition erläutert wurden. Im Folgenden werden die Partizipationsformen in Bezug auf diese Punkte betrachtet.

1. Wann ist Partizipation politisch?

Zunächst soll einmal kurz dargelegt werden, was die AkteurInnen unter *politischer* Partizipation verstehen und wo sie die Grenze zur generell kollektiven Partizipation ziehen. Die Ansichten hierzu sind etwas auseinandergegangen. Kollektive Partizipation generell wurde

zusammengefasst als Gestaltung des Lebensraums (bspw. bereits das gemeinsame Gestalten der Wände auf dem Pausenplatz). Bei der politischen Partizipation haben sich die Meinungen dahingehend unterschieden, ob dafür öffentliche Institutionen involviert sein müssen, oder ob versucht wird, etwas in der Gesellschaft zu verändern. Letzteres kann auch ohne Einbezug von politischen AkteurInnen geschehen, beispielsweise, wenn SchülerInnenrechte gestärkt werden sollen oder ein Skatepark auf privatem Grund gebaut wird. Durch politische Partizipation wird dabei immer etwas gesellschaftsrelevantes (zumindest für einen Teil der Gesellschaft) bewirkt.

2. Alterslimite

Neben den reinen Kinderpartizipationsprojekten der Kinderkonferenz und der Kinderparlamente fördern nur Mega!phon und Infoklick (mit „Kinder Mit Wirkung“) nicht nur Jugendliche, sondern gezielt auch die Partizipation von Kindern. Die Projekte haben dabei alle den Ansatz, möglichst nah an der Lebenswelt, also möglichst lokal, partizipative Strukturen zu schaffen. Dadurch können auch gut Kinder miteinbezogen werden, weil sie sich in Fragen, welche bspw. ihr Quartier (z.B. den Spielplatz) betreffen, gut auskennen und auch stark betroffen sind. Je höher die föderale Ebene, desto schwieriger wird es, Kinder beteiligen zu lassen. Ihre Lebenswelt spielt sich hauptsächlich auf einer sehr lokalen Ebene ab.³⁶ Im Alter werden interessieren sie sich dann zunehmend auch für Fragen auf höherer Ebene. Bei easyvote ist die Zielgruppe explizit stimmberechtigt, also erwachsene SchweizerInnen. In den anderen Projekten sind Jugendliche die Zielgruppe, wobei sich die Alterslimiten nicht erwähnenswert unterscheiden.

3. Schulisch / Ausserschulisch

Die Partizipationsprojekte finden alle im ausserschulischen Bereich statt und fördern dadurch das informale und non-formale Lernen. Teilweise besteht aber eine Zusammenarbeit mit Schulen zur Rekrutierung von Teilnehmenden (z.B. Jugendsession, Easyvote). Der Vorteil dabei ist, dass in Schulen so gut wie alle Kinder und Jugendliche angesprochen und motiviert werden können. Also auch diejenigen, welche kein grundlegendes Interesse für gesellschaftliche Fragen haben. Dies ist bei Jugendverbänden und Jugendorganisationen weniger möglich, weil dort nur bereits aktive Kinder und Jugendliche tätig sind. Die Projekte der politischen Bildung hingegen sind alle auf der schulischen Ebene aktiv und werden in

³⁶ Hier unterscheiden sich jedoch die Meinungen in der Wissenschaft und auch unter den interviewten AkteurInnen. Daher sollte zu diesem Thema mehr Forschung betrieben werden.

Zusammenarbeit mit Lehrpersonen und Schulklassen durchgeführt, wie bereits weiter oben dargelegt wurde. Da easyvote die Förderung der politischen Bildung und der politischen Partizipation zum Ziel hat wird die Broschüre beispielsweise auch an Schulen in der gesamten Schweiz vertrieben.

4. *Partizipation als Ziel und Instrument*

Dieser Ansatz wird in allen Partizipationsprojekten gross geschrieben. Bei allen Projekten ist Partizipation ein Instrument. Es wird so weit wie möglich versucht, die Kinder und Jugendlichen miteinzubeziehen, und zwar in den verschiedenen Phasen des Partizipationsprozesses. Dadurch führen sie die Projekte zu einem grossen Teil selbst durch und werden von den Projektleitenden nur unterstützend begleitet. Innerhalb der Projekte hat aber immer auch wieder die Projektleitung wesentlich mehr zu sagen als die Teilnehmenden selber. Der Lerneffekt, also die politische Bildung und das Sammeln von Kompetenzen, ist aber immer sehr zentral. Partizipation als Ziel ist jedoch nicht bei allen Projekten ein Schwerpunkt. Es können nicht immer beide Seiten (Ziel und Instrument) gleichwertig einbezogen werden. Ziel und Instrument können je nach Projekt auch einander untergeordnet sein.

5. *Verantwortung*

Im Gegensatz zu den Projekten der politischen Bildung fordern alle politischen Partizipationsprojekte, wie erwähnt, dass Verantwortung und Macht (in Form von Kompetenzen und Rechten) übertragen wird. Dabei ist es jedoch zentral, dass dies in Bezug auf das Ziel der Projekte und die Fähigkeiten der beteiligten Kinder und Jugendlichen passiert. Kinderparlamente legen den Fokus zum Beispiel bewusst auf Themen, von welchen die Kinder direkt betroffen sind und zu denen sie aus ihrer Erfahrung heraus Entscheide fällen können. Werden diese Vorlagen eingehalten, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass die Meinung der Kinder auch berücksichtigt wird.³⁷ Wenn die Projekte stärker institutionalisiert sind, wie bspw. manche Jugendparlamente, so werden ihnen in der Regel auch mehr Rechte übertragen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass je mehr Verantwortung den Kindern und Jugendlichen übertragen wird, sie desto stärker unter Beobachtung der Öffentlichkeit stehen und desto höher sind deshalb auch die Anforderungen. Jugendparlamente oder die Jugendsession

³⁷ Dies zeigt sich zum Beispiel in zwei Entscheiden des Kinderparlaments der Stadt Bern (*Berner Zeitung Online*, 2014): es sprach sich sowohl gegen eine Tramverbindung von Ostermundigen in die Stadt und gegen den Kauf des Kampffjets Gripen aus. Vor allem in Folge des Entscheids gegen den Gripen kamen sogleich Diskussionen auf, ob Kinder über solche Themen diskutieren sollen, und es wurde sogar die Abschaffung des Kindesparlaments gefordert (von Vertretern der SVP).

müssen beispielsweise je mehr Rechte sie haben, auch stärker professionalisiert und repräsentativer sein, was wesentlich mehr Ressourcen erfordert. Während Jugendparlamente meistens zum Ziel haben, möglichst viele politische Rechte zu besitzen, macht bspw. die Jugendsession bewusst einen Spagat zwischen politischen Rechten und pädagogischer Wirkung. Zu lernen, wie das politische System funktioniert, und wie schwierig und aufwendig es ist, tatsächliche Veränderungen herbeizuführen, ist ebenfalls sehr wichtig für das Verständnis demokratischer Prozesse. Projekte wie easyvote möchten hingegen nicht mehr Macht und Verantwortung den Jugendlichen übertragen, sondern diese dabei unterstützen, ihre Macht und Verantwortung wahrzunehmen.

6. Phasen der Partizipation

Hier bestehen einige Unterschiede zwischen den Projekten. Grundsätzlich ist das Ziel aber überall, Kinder und Jugendliche in möglichst vielen Phasen partizipieren zu lassen, ausser der Fokus des Projekts liegt auf einer bestimmten Phase, wie dies bei easyvote der Fall ist, wo es einzig um die Entscheidungsphase geht. Bei Projekten auf lokaler Ebene ist es einfacher, Kinder und Jugendliche in möglichst vielen Phasen mitgestalten zu lassen, weil sie nur einen kleineren Kreis an Personen betreffen und die Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse einfacher sind. Auf höherer föderaler Ebene scheitert dies jedoch oft an institutionellen Hürden. Die Umsetzung von Forderungen auf nationaler Ebene ist bspw. klar geregelt, während in Gemeinden Kinder und Jugendliche auch beim Bau zum Beispiel eines Skate-Parks mithelfen können. In der offenen Jugendarbeit, bei den Jugendparlamenten, bei Jugend Mit Wirkung oder auch bei Mega!phon können sie sich deshalb sogar oft auch in der Umsetzung beteiligen.

7. Welche Fragen werden behandelt?

Die meisten Projekte haben das Ziel, dass sich die Kinder und Jugendlichen mit Fragen und Themen befassen, von welchen sie als Teil der Gesellschaft direkt betroffen sind. Gerade bei Projekten mit Kindern wird dieser Bezug deutlich, weil sich diese Projekte explizit möglichst nah an der Lebenswelt abspielen. Die Projekte Jugendsession, easyvote und Youth Rep hingegen verfolgen den Ansatz, dass die Jugendlichen ihre Sicht als Jugendliche auf Themen geben sollen, welche die Gesellschaft als Ganzes betreffen. Die Jugendlichen bieten hier die Möglichkeit, ein anderes Licht auf die Themen zu werfen. Bei Jugendsession sind es nationale Themen, bei Youth Rep internationale und bei easyvote geht es darum, dass Jugendliche kantonale und nationale Abstimmungsunterlagen in eine jugendgerechte Form zu bringen.

8. Formen der Partizipation

Die Projekte unterscheiden sich auch darin, in welcher Form partizipiert wird. Sind die Prozesse und Kompetenzen strikt formal geregelt oder läuft alles eher ausserhalb der vorhandenen Strukturen und informell ab? Generell lässt sich sagen, dass bei denjenigen Projekte, wo direkt mit politischen AkteurInnen zusammengearbeitet wird, zwangsläufig viele institutionalisierte Prozesse ablaufen. Dieser Kontakt findet jedoch nicht in jeder Phase der Projekte statt. Vor allem die Jugendparlamente mit politischen Rechten und Jugendmotionen sind stark institutionalisiert und auch das Projekt easyvote beschäftigt sich nur mit der institutionellen Form der politischen Partizipation. In allen anderen Projekten sind die Teilnahme und die Abläufe weniger strikt formal geregelt. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der offenen Jugendarbeit ist durch die offene Struktur am wenigsten institutionalisiert. Dabei ist zu beachten, dass die offene Jugendarbeit meist ein Teil der öffentlichen Verwaltung ist und somit stark in die Politik eingebunden ist. Die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen an sich ist jedoch sehr niederschwellig.

9. Ziel der Kinder- und Jugendpartizipation / Normative Sicht

Hier besteht wiederum grosse Übereinstimmung zwischen den einzelnen Partizipationsformen. Das Ziel der Projekte ist die Erhöhung der Legitimation von Entscheidungen durch den Einbezug einer betroffenen Bevölkerungsgruppe, die Integration dieser bisher ausgeschlossenen Gruppe und die Förderung der politischen Bildung. Während in den meisten Projekten die Integration darauf zielt, Kinder und Jugendliche in die politische Welt zu integrieren und mit anderen Generationen in Kontakt zu treten, hat Speak Out! das etwas spezifischere Ziel, die noch stärker marginalisierte Gruppe der MNA sichtbarer zu machen.³⁸

3.1.5 Schlussfolgerung

Die Unterschiede zwischen den Projekten sind eine Folge davon, dass die AkteurInnen verschiedene Bedürfnisse nach Partizipation decken wollen und schlussendlich eine eigene Idee haben, auf welche Art die Partizipation gefördert werden soll und wie die normativen Ziele gewichtet werden. Um dies in einem Projekt umzusetzen, wird dann versucht, die Kinder und Jugendlichen möglichst stark zu fördern und ihnen einen möglichst grossen Nutzen aus der Teilnahme zu sichern. Der Einfluss der institutionellen Rahmenbedingungen ist in allen Projekten sehr gross. Die AkteurInnen müssen ihre Projekte so gestalten, dass sie auf

³⁸ Wie genau welche Ziele in welchen Projekten erreicht werden, könnte Gegenstand von weiteren Studien sein.

der jeweiligen politischen Ebene auch beachtet und akzeptiert werden. Viele Forderungen nach mehr Machtteilung scheitern nicht an der Motivation der AkteurInnen, sondern auf politischer Ebene, wo die Macht geteilt werden müsste. Prozesse der Machtteilung sind langwierige politische Prozesse. Wie die Entwicklung der Jugendparlamente es aber zeigt, ist die institutionelle Politik bereit Macht und Verantwortung an Jugendliche zu delegieren. Dafür ist aber ein gutes parteiübergreifendes Lobbying nötig sowie ein nachhaltige Aufbauarbeit. Bei den neu gegründeten Jugendparlamenten steigt die Anzahl öffentlich-rechtliche Jugendparlamente seit zwei Jahren stark an. Meistens sind es nicht die politischen Organe, welche Macht und Verantwortung nicht teilen wollen, sondern die öffentliche Verwaltung, welche mehr Arbeit und kompliziertere Prozesse durch den Einbezug der Kinder und Jugendlichen fürchtet.

Trotzdem kann man zusammenfassend festhalten, dass die untersuchten AkteurInnen und ihre Partizipationsprojekte dasselbe Ziel haben: sie wollen Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich zu Fragen und Themen, für welche sie sich interessieren und von welchen sie betroffen sind, äussern zu können. Wichtig ist auch, dass diese Äusserungen von den jeweiligen Verantwortlichen in den Entscheidungs- und Partizipationsprozessen miteinbezogen werden – dass Kinder und Jugendliche etwas bewirken und mitbestimmen können.

3.2 Lücken und Bedürfnisse

Die AkteurInnen wurden in den Interviews auch gebeten, ihre Sichtweise auf den Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz generell darzulegen und darauf einzugehen, wo Lücken, Bedürfnisse und Herausforderungen bestehen. Das Ziel war herauszufinden, ob die Sicht der SAJV geteilt wird, also ob auch die anderen wichtigen AkteurInnen ein Bedürfnis nach mehr Koordination sehen. Dabei wurden im Wesentlichen die im Kasten unten stehenden Lücken genannt. Diese werden Punkt für Punkt kurz erläutert und mit der Frage verbunden, inwiefern die Lücken auch zu Bedürfnissen führen. Die Schlüsse werden dann in einer Tabelle zum Schluss des Kapitels zusammengefasst.

Eruierte Lücken

- 1. Bereich unkoordiniert*
- 2. Systemlogik (Organisationsziel wichtiger als normatives Ziel)*

3. *Ungenügende Erfahrung der AkteurInnen in der Verwaltung*
4. *Politische Landschaft (Föderalismus)*
5. *Partizipation von den Kindern und Jugendlichen selbst gefordert (bottom-up)*
6. *Fokus zu wenig auf Integration von marginalisierten Gruppen*
7. *Langfristige Institutionalisierung schwierig, weil Jugendliche rauswachsen*
8. *Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Aufwind*

1. Einig waren sich alle AkteurInnen in der Ansicht, dass der Bereich der Kinder und Jugendpartizipation sehr unübersichtlich und unkoordiniert ist. Alle arbeiten in ihren Projekten und versuchen diese voranzubringen, ohne gross zu beachten, was die anderen AkteurInnen machen. Eine Zusammenarbeit findet nur punktuell statt. Begründet wurde diese nicht vorhandene Koordination und Zusammenarbeit von den AkteurInnen teilweise damit, dass sie mit ihren Projekten alle ein etwas anderes Bedürfnis nach Partizipation decken. Die offene Jugendarbeit fokussiert sich beispielsweise auf SchülerInnen von 12–18, Speak Out! auf MNA und Mega!phon auf Kinder und Jugendliche, welche spezifisch von einem bestimmten Projekt der Verwaltung betroffen sind. Das Berner und Luzerner Kinderparlament tauschen sich etwa alle zwei Jahre lediglich in einem informellen Rahmen aus, bei dem das Schwyzer Kinderparlament jedoch nicht dabei ist.

Trotzdem besteht klar ein Bedürfnis nach mehr Koordination. Dadurch würde es ermöglicht werden, Wissensaustausch zu fördern, Ressourcen zu sparen und gegenseitig aufeinander aufmerksam zu machen. Dabei ist es wichtig, dass auch die offene Jugendarbeit miteinbezogen wird, da sie auf lokaler Ebene sehr stark verankert ist und Zugang zu den politischen und öffentlichen Institutionen hat, wenn nicht gar Teil davon ist.

Manche Projekte sind bereits jetzt teilweise koordiniert. So arbeiten zum Beispiel Jugend (oder Kinder) Mit Wirkung mit Jugendparlamenten und der offenen Jugendarbeit zusammen, oder Jugend debattiert mit easyvote und den Jugendparlamenten. Zudem gibt es aber auch eine Zusammenarbeit zwischen einzelnen Jugendparlamenten und der lokalen offenen Kinder- und Jugendarbeit. Die Zusammenarbeit geschieht, wie die AkteurInnen festhielten, aber eher zufällig, projektbezogen und aufgrund bereits bestehender Kontakte. Eine koordinierte nationale Zusammenarbeit wurde mit dem Campus für De-

mokratie angestrebt. Dieses Vorgehen ist nicht vorangeschritten. Neue Bestrebungen wurden jüngst eingeleitet.

2. Als weiterer Grund, weshalb die Zusammenarbeit zwischen den AkteurInnen nicht sehr fortgeschritten ist, wurde häufig ein Argument genannt, welche von einem Akteur treffend als „Systemlogik“ beschrieben wurde. Die AkteurInnen möchten ihre Projekt- und Organisationsziele erreichen und das Projekt möglichst gut präsentieren. Diese Logik der Selbstprofilierung kann sich dadurch stark mit dem normativen Ziel der Partizipationsförderung schneiden. Denn obwohl Zusammenarbeit für den Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation meistens förderlicher wäre, würde sie manche Organisationen in ihrer Stellung in diesem Bereich schwächen. Ein gutes Beispiel wie Synergien genutzt werden können und nicht nur die Partizipation sondern auch zwei Organisationen von einer Zusammenarbeit profitieren können zeigt das Beispiel der Zusammenarbeit zwischen dem DSJ und dem DOJ. Anfangs 2014 haben beide Organisationen eine Vereinbarung unterzeichnet für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Jugendparlamenten und der offenen Kinder- und Jugendarbeit auf lokaler Ebene. Solche gemeinsamen Ziele – welche nicht zwingend in einer direkten Zusammenarbeit erfolgen müssen – können helfen, die Eigeninteressen den Zielen stärker unterzuordnen und dadurch das Ziel der Partizipationsförderung weiter voran zu bringen.
3. Die verantwortlichen AkteurInnen auf politischer Ebene haben wenig Erfahrung mit Kinder- und Jugendpartizipation und sind oft überfordert. Dies zeigt sich auch darin, dass oft nur mehr Partizipation gefordert wird, wenn bereits Probleme bestehen („erst wenn’s bereits brennt“). Dies hängt auch zusammen mit dem eher kritischen Bild auf die Jugend in der Öffentlichkeit und Politik. Wenn von der Politik mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gewünscht wird, dann eher deshalb, weil die Jugendlichen (und, seltener, auch Kinder) sich wehren und mehr Beteiligung fordern und weniger aus normativen Überlegungen. Der Einbezug von Kindern und Jugendlichen in Projekten dient daher oft eher als Brandlöscher. Zudem sind Jugendliche als Gruppe sichtbarer als andere. Probleme werden nicht als gesellschaftlich betrachtet, sondern oft auf Jugendliche reduziert. Der Ansatz in der Politik ist deshalb in der Regel, die Jugendlichen durch Verbote zu „schützen“, anstatt sie in die Problemlösung miteinzubeziehen. Partizipation ist dadurch eher ein Instrument für Problemlösungen anstatt eine Chance für die Jugendförderung und die Demokratie. Allerdings wird von manchen AkteurInnen auch die Ansicht vertre-

ten, der partizipative Zugang in der Verwaltung in den letzten Jahren immer stärker am Kommen ist und zwar aus Überzeugung vor der Wichtigkeit der Kinder- und Jugendpartizipation. Zudem kann die Erfahrung gemacht werden, dass Politiker auch aus normativer Sicht überzeugt werden können, warum die Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen sinnvoll ist. Trotzdem wird Partizipation oft noch als Alibi verwendet, um politische Projekte besser dastehen zu lassen. Um dies zu ändern, wäre es sinnvoll, verstärkt für das Thema und die Notwendigkeit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu sensibilisieren, sodass AkteurInnen in der Öffentlichkeit ein stärkeres Bewusstsein dafür bekommen.

4. Der Föderalismus ist eine Hürde für mehr Koordination auf nationaler Ebene, weil die Kompetenzen sehr breit verteilt sind und die Hauptverantwortung bei den Gemeinden und Kantonen liegt. Dies führt auch zu einer starken Verflechtung von Kompetenzen. Auf kommunaler und kantonaler Ebene hat die Jugendpartizipation durch den Föderalismus guten Boden, auf nationaler Ebene wird es dafür aber umso komplizierter. Der Föderalismus bietet jedoch auch die Chance, dass Projekte in einer bestimmten Gemeinde oder Kanton getestet werden können. Andere Gemeinden und Kantone könnten dann davon profitieren. Gerade durch diese föderalistische Struktur sind ein Erfahrungsaustausch und mehr Koordination sehr wichtig. Zudem würde die bereits erwähnte parlamentarische Initiative von Viola Amherd die Koordination auf institutioneller Ebene vereinfachen.
5. Für manche AkteurInnen ist es sehr wichtig, dass die Partizipation von unten kommt (also bottom up). Dadurch wird gewährleistet, dass die Prozesse nah an den involvierten Kindern und Jugendlichen liegen und diese sich somit eng und konkret den Themen befassen können. Das bedeutet, dass der Ansatz möglichst lokal sein sollte. Nationale Projekte sind deshalb schwieriger durchzuführen, weil jeweils nur ein sehr kleiner Teil der tatsächlich betroffenen partizipieren kann. . Zudem garantieren solche Bottom-up-Formen auch, dass die Partizipationsprozesse auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet sind. Dies ist auch eine Forderung der Unicef-Studie von Rieker (2014). Dafür ist auf nationaler Ebene die Öffentlichkeitswahrnehmung wesentlich höher. Wenn es um Sensibilisierung der Förderung der Kinder- und Jugendpartizipation geht, sollte die Breitenwirkung also möglichst umfassend, das heisst national, sein.
6. Der Fokus bei den untersuchten Projekten liegt oft darauf, die politische Partizipation von Jugendlichen zu fördern, welche bereits sehr am politischen Geschehen interessiert

sind. Marginalisierte Gruppen oder Kinder und Jugendliche, welche nicht gerne in der Öffentlichkeit stehen sind aber genauso wichtig. Sie müssen stärker gefördert werden, in dem sie sensibilisiert werden und sich in partizipativen Strukturen beteiligen können. Dies funktioniert am besten mit möglichst niederschweligen Angeboten. Zudem müssen auch die Öffentlichkeit und bestehende Projekte für den Einbezug diese marginalisierten Jugendlichen sensibilisiert werden. In der offenen Jugendarbeit ist dieser Ansatz stärker verankert als in den Jugendverbänden. Es besteht aber auch die Ansicht, dass Partizipation zunächst vorgelebt werden muss. Weniger interessierte Kinder und Jugendliche können motiviert werden, wenn sie sehen, wie einige gleichaltrige sich an Prozessen beteiligen. Wenn zuerst eine „Elite“ angesprochen wird, kann ein Anreiz für die breite Masse geschaffen werden. Es gibt aber auch Projekte wie Jugend Mit Wirkung, Kinder- und Jugendparlamente oder die Jugendsession, welche alle Jugendliche einer Altersspanne ansprechen – unabhängig ihrer sozialen Herkunft. Ein solches Vorgehen ist jedoch sehr ressourcenintensiv. Es hängt also von den jeweiligen Projekten ab, inwiefern marginalisierte Gruppen involviert werden sollen, deshalb ist es schwierig, Bedürfnisse daraus abzuleiten. Es lässt sich jedoch daraus schliessen, dass unabhängig davon, welche Kinder oder Jugendliche zu Beginn angesprochen werden, zum Schluss die gesamte junge Bevölkerung abzudecken ist. Vor allem auch, weil diese ja gesamtgesellschaftlich selbst marginalisiert wird. Ebenso ist es ein Bedürfnis, Projekte nur für diese spezifischen Gruppen zu machen. Beispielsweise erstellt die SAJV im Auftrag von Geldgebenden eine Studie zu den KindermigrantInnen mit dem Auftrag, für weitere spezifische Gruppen allfällig ein Partizipationsprojekt zu starten.

7. Eine langfristige Institutionalisierung ist schwierig, weil Kinder und Jugendliche ihre Bedürfnisse schnell ändern können und immer älter werden. So ist es bei institutionalisierten Projekten, welche langfristig funktionieren sollen, schwierig, immer genug geeigneten Nachwuchs zu finden. Zahlreiche Jugendverbände und auch der DSJ haben daher in den letzten Jahren ihre Anstrengungen in diesem Bereich verstärkt, eine Nachwuchsförderung aufzubauen. Das Einarbeiten und Einbeziehen neuer interessierter Jugendlichen in die Projekte sollte möglichst unkompliziert möglich sein.

8. Die Entwicklung sieht aber positiv aus, Kinder- und Jugendpartizipation wird immer mehr gefordert und auch eingeführt.³⁹ Mit dem Kinder- und Jugendförderungsgesetz besteht auf Bundesebene eine gesetzliche Grundlage für die finanzielle Jugendförderung, welche explizit Partizipationsprojekte fördert sowie politische Partizipationsprojekte auf nationaler Ebene. Projekte wie die Jugendsession, easyvote oder Jugend debattiert werden auch in den Medien immer wieder aufgenommen. Wie sich in den Gesprächen gezeigt hat, befinden sich die Projekte der AkteurInnen in sehr gutem Zustand und erfreuen sich grossem Andrang von interessierten Kindern und Jugendlichen und grosser Akzeptanz der Behörden.

Allerdings zeigt die Einstellung von Mega!phon in Zürich und die Probleme für das Kinderparlament in Schwyz aber auch, dass Partizipationsprojekte immer wieder Sparprogrammen weichen müssen.

Die eruierten Lücken sind grösstenteils mit konkreten Bedürfnissen verbunden. Bevor im nächsten Kapitel darauf eingegangen wird, wie diese Bedürfnisse in Handlungsfelder umgewandelt werden können, damit sie konkret befriedigt werden können, werden die Befunde nochmals in einer Tabelle festgehalten.

	Eruierte Lücken	Bedürfnisse
1.	Bereich unkoordiniert	verstärkte Koordination
2.	Systemlogik (Organisationsziel wichtiger als normatives Ziel)	verstärkt Synergien nutzen, mehr Zusammenarbeit. Gemeinsam Ziele festsetzen
3.	Ungenügende Erfahrung der AkteurInnen in der Verwaltung	stärkere Sensibilisierung für die Vorteile und Relevanz von Kinder- und Jugendpartizipation
4.	Politische Landschaft (Föderalismus)	mehr Erfahrungsaustausch und stärkere Koordination. Initiative Amherd: politische Verankerung von nationalen Regelungen.
5.	zu wenig Bottom-up-Partizipation	Fokus bei nationalen Projekten eher auf Sensibilisierung, bei lokalen Projekten auf konkreten Einbezug von Kindern und Jugendlichen
6.	Fokus zu wenig auf Integration von marginalisierten Gruppen	Stärkerer Miteinbezug von und Fokus auf marginalisierte Gruppen im Laufe der Projekte, mehr Projekte für spezifische Gruppen
7.	Schwierige langfristige Institutionalisierung	Abbauen von Hürden für neue Mitglieder

Abbildung 8: Lücken und Bedürfnisse

³⁹ Vgl. dazu auch die SWOT-Analyse im Anhang.

4 Soll-Analyse: Handlungsfelder

Nachdem nun aufgezeigt wurde, welche AkteurInnen im Bereich der politischen Kinder- und Jugendpartizipation tätig sind und wo diese AkteurInnen Lücken und Bedürfnisse sehen, wird in diesem Teil skizziert, was unternommen werden kann, um die Lücken zu decken und die Bedürfnisse zu befriedigen. Dabei werden folgende Fragen geklärt: In welchen Handlungsfeldern kann der Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation weiter entwickelt werden? Wie kann eine stärkere Koordination der verschiedenen AkteurInnen erreicht werden?

Am 25. März 2014 fand in der SAJV in Bern ein Austauschtreffen mit AkteurInnen der Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz statt. Dabei wurde diskutiert, welche Schlüsse aus den eruierten Lücken und Bedürfnissen gezogen werden können. Wie soll die Landschaft der Kinder- und Jugendpartizipation in Zukunft aussehen und wie kann die Partizipation gestärkt werden? Dabei haben sich in den Diskussionen in zwei Gruppen und in der Synthese einige interessante Punkte abgezeichnet.⁴⁰ Für die Analyse in diesem Kapitel wurden dann diejenigen Punkte wiederaufgenommen und diskutiert, in welchen die involvierten AkteurInnen und die SAJV selbst wichtige Arbeit leisten können, um so die identifizierten Lücken zu decken und den Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation vorwärts zu bringen. Als Ergebnis des Austauschtreffens und der Gespräche mit den AkteurInnen folgte, dass vier Handlungsfelder skizziert werden können, in welchen konkreten Verbesserungen für den Bereich der politischen Kinder- und Jugendpartizipation möglich sind. Es sind dies: (1) Stärkung von Partizipation durch Projekte und Stellvertretung, (2) Sensibilisierung, (3) Koordination und (4) weitere Forschung.

4.1 Partizipation und/oder Stellvertretung stärken

Folgende zwei Fragen sollen in diesem Kapitel erörtert werden um zu analysieren wie die Anliegen und Interessen der Jugend besser in die politischen Planungs- Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen einbezogen werden können: Braucht es auf nationaler Ebene ein Instrument oder sogar eine Institution, welche/s den Anspruch hat und es ermöglicht, die jeweils betroffenen Kinder und Jugendlichen der Schweiz vollständig zu repräsentieren? Oder

⁴⁰ Der Sitzungsbericht dazu findet sich im Anhang.

bräuchte es eher Organisationen, welche durch ihre Mitglieder legitimiert sind, die Interessen von Kindern und Jugendlichen auf der nationalen Ebene zu vertreten?

Auf nationaler Ebene partizipiert die Jugend heute wie folgt bzw. wird wie folgt vertreten:

- *Partizipation*: Es existieren nationale Partizipationsprojekte, mit denen die Jugendlichen selbst ihre Meinung einbringen, beispielsweise die Eidgenössische Jugendsession, easyvote oder Speak Out. Zudem können sich volljährige Jugendliche auch über die klassischen institutionellen Kanäle wie Abstimmungen und Wahlen an politischen Fragen beteiligen.
- *Stellvertretung (Advocacy)*: Verschiedene nationale Organisationen wie der DOJ, die Kinderlobby, die SAJV und die Koalition für eine wirkungsvolle schweizerische Kinder- und Jugendpolitik betreiben stellvertretend für die Jugend Interessenvertretung.
- *Mischform*: Mit der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) besteht ein Beratungsgremium des Bundesrates. Einsitz haben ExpertInnen und Jugendliche selbst und es handelt sich um eine öffentlich-rechtliche Institution.

4.1.1 Partizipation: Grundlagen für ein nationales Partizipationsprojekt

Langfristige Partizipationsprojekte auf nationaler Ebene existieren nur wenige in der Schweiz. Im Bereich der institutionellen Partizipation fördert das Projekt easyvote die Teilnahme der Jugendlichen an Wahlen und Abstimmungen. Bedient werden dabei Partizipationsformen, die nicht jugendspezifisch sind. Easyvote erreicht alle Jugendlichen einer Gemeinde, wenn diese beim Projekt mitmacht, ohne dass die Jugendlichen dafür sich aktiv anmelden müssen.⁴¹ Im Bereich der nicht-institutionellen Partizipation geben nur die Jugendsession und Speak Out! der Jugend (und spezifisch MNA) die Möglichkeit, ihre Interessen zu auf *nationaler* Ebene relevanten Themen einzubringen. Dabei wird nach Alter, jedoch nicht nach Nationalität unterschieden. Wie wir bei diesen Projekten aber gesehen haben, ist der effektive Einfluss auf die nationale Politik bei diesen Projekten eher gering.

Diese beiden letztgenannten nationalen Partizipationsprojekte haben nicht den Anspruch, die gesamte Jugend vollständig zu repräsentieren, sondern versuchen einfach, die Interessen

⁴¹ Ausgenommen sind nicht stimmberechtigte Jugendliche: Jugendliche unter 18 Jahren sowie Ausländerinnen und Ausländer

der Jugend als StellvertreterInnen⁴² möglichst legitim vertreten zu können. Die nationalen „Partizipationsprojekte“ dienen nicht nur der Partizipation als Ziel gemäss einer gewissen Phase, sondern sind auch ein Instrument und haben andere wichtige Effekte. Erstens führen sie zu einem Lerneffekt der Teilnehmenden, also zur Förderung der politischen Bildung. Die Jugendlichen lernen politische Partizipation (kennen). Zweitens werden sie dadurch motiviert, sich in anderen Formen politischer Partizipation – auch lokal – zu engagieren. Drittens sensibilisieren diese Projekte die AkteurInnen: Sie sehen, dass sich die Partizipation lohnt. So hat beispielsweise die Eidgenössische Jugendsession öfters Forderungen lanciert, die erst später vom Erwachsenenparlament aufgenommen wurden. Das heisst, dass die Anliegen der Jugendlichen durchaus ernst zu nehmen sind und für die Erwachsenen von Vorteil sind, da Jugendliche oft einen guten Riecher für zukünftige Entwicklungen haben.

Projekte auf nationaler Ebene sind somit sehr wichtig für die Förderung der politischen Kinder- und Jugendpartizipation. Sie erhöhen teilweise die Legitimation von Entscheiden, wenn die politische Ebene die Forderungen der Projekte berücksichtigt, erhöht die Integration der Jugend, fördert die politische Bildung und sensibilisiert die Öffentlichkeit für Kinder- und Jugendanliegen. Die effektiven Folgen der Partizipation auf nationaler Ebene sind dabei nur ein relevanter Faktor unter anderen, darf jedoch auch nicht unterschätzt werden, damit solche Projekte nicht zu Alibi-Partizipation führen.

Wäre es möglich, auf nationaler Ebene ein Projekt neben den bereits bestehenden Partizipationsformen zu lancieren, bei welchem die politische Partizipation als Ziel stärker gewichtet ist als bei den bestehenden Projekten, also bei dem die Jugendlichen direkte, verbindliche Forderungen an AkteurInnen in Politik und Verwaltung auf der nationalen Ebene formulieren können,? Dies wurde in verschiedenen parlamentarischen Vorstössen immer wieder gefordert (siehe unten). Ebenso verlangen ParlamentarierInnen mehr Rechte für die Jugendsession (siehe hinten). Wie sind die Forderungen nach verstärkter verbindlicher politischer Partizipation für Jugendliche auf nationaler Ebene einzuschätzen?

Der Bundesrat hat sich auf verschiedene parlamentarische Vorstösse⁴³, welche mehr politische Rechte für die Jugend auf nationaler Ebene forderten (durch Stärkung der Jugendsession oder Einrichtung neuer nationaler Institutionen wie ein virtuelles Jugendparlament),

⁴² In der Jugendsession sind die Teilnehmenden auch quasi möglichst repräsentativ ausgewählte StellvertreterInnen der Jugend. Die Youth Rep's legitimieren sich dadurch, dass sie sich in einer Kommission regelmässig mit Jugendverbänden austauschen.

⁴³ Siehe bspw. die parlamentarischen Vorstösse [13.4311](#), [13.4304](#), [01.3350](#), [04.3110](#) und [05.3885](#).

immer wieder kritisch gezeigt. Er betont, dass es im Hinblick auf die Rechtsgleichheit fragwürdig erscheint, Massnahmen vorzuschlagen, die einer bestimmten sozialen Gruppe ein beträchtliches politisches Gewicht beimessen würden. Dies wäre unter Umständen sogar auch zu Ungunsten von anderen Gruppen, die in politischer Hinsicht möglicherweise genauso untervertreten sind und ebenfalls einer besseren Wahrnehmung bedürften.⁴⁴

Es lässt sich deshalb also festhalten, dass ein nationales Partizipationsprojekt erstens nur dann vollständig legitimiert ist, wenn es die gesamte Jugend repräsentiert und von den nationalen politischen Institutionen verankerte politische Rechte zugesprochen erhält. Zweitens muss aber festgehalten werden, dass, auch wenn die Repräsentation gewährleistet wäre, immer noch das Argument bestehen würde, dass – wie der Bundesrat festgehalten hat – nicht einer bestimmten sozialen Gruppe ein stärkeres politisches Gewicht als anderen beimessen sollte. Die Erfahrungen mit der Errichtung von Jugendparlamenten zeigen, dass sich bereits auf kommunaler Ebene einige PolitikerInnen aus diesen Gründen gegen einen stärkeren Einbezug von Jugendlichen wehren.⁴⁵ Die Erfahrung zeigt jedoch auch, dass auf lokaler und kantonaler Ebene, wo es einige Jugendparlamente mit rechtlich verankerten politischen Kompetenzen gibt, es bisher noch nie eine staatsrechtliche Beschwerde gab, dass eine Personengruppe bevorzugt behandelt wurde. Schlussendlich handelt es sich unseres Erachtens um einen politischen und keinen rechtlichen Entscheid.

Aus unserer Sicht greift dieser Einwand auch fachlich zu kurz. Erstens ist jeder Mensch einmal in seinem Leben Teil der Gruppe der Jugendlichen. Zweitens gibt es für Kinder und Jugendliche viele rechtliche Sonderbestimmungen auf allen gesetzlichen Ebenen. Drittens verfügen Jugendliche über weit weniger institutionalisierte Kanäle, um ihre Meinung und Interessen zu vermitteln als andere Bevölkerungs- oder Berufsgruppen (nicht-jugendgerechtes Politsystem, Ausschluss von Minderjährigen, schwächere Lobby). Sie sind somit stärker von Partizipationsprojekten abhängig, welche ihnen spezifisch jugendgerechte Instrumente wie die Jugendparlamente, die Jugendsession oder andere Formen anbieten. Viertens besitzen Jugendliche wesentlich weniger zeitliche und finanzielle Ressourcen als Erwachsene, womit sie einen schlechteren Zugang zu institutionalisierten Partizipationsformen haben. Und fünftens sollte die Jugend als zukünftige Entscheidungsträger in der Ge-

⁴⁴ Stellungnahme des Bundesrates (2004) auf die Motion 04.3110 von Evi Allemann: „Schaffung eines virtuellen Jugendparlaments“

⁴⁵ Berichtet von Jonas Hirschi, Verantwortlicher Jugendparlamente beim DSJ.

sellschaft wichtige politische und demokratische Kompetenzen erlernen, um sie dann auch im Erwachsenenleben anwenden zu können und so für eine lebendige Demokratie zu sorgen.

Wie sich in den Gesprächen mit den AkteurInnen und auch in der Auseinandersetzung mit der Literatur gezeigt hat, ist es, je höher die politische Ebene ist⁴⁶, umso schwieriger, Partizipationsprojekte durchzuführen. Auf lokaler Ebene ist es viel einfacher, die Meinung der betroffenen Kindern und Jugendlichen einzuholen. Hingegen ist eine Repräsentation der Interessen aller betroffenen Kinder und Jugendlichen auf nationaler Ebene extrem aufwendig und es existiert kein Instrument (wie ein „Methodenkoffer“), welches es ermöglichen würde, die Meinung aller schweizweit Betroffenen einzuholen (bspw. durch Abstimmungen oder Wahlen). Dies ist jedoch ein allgemeines Problem der Repräsentation, dass diese umso schwieriger zu bewerkstelligen ist, je mehr Menschen repräsentiert werden (sollen).

Immer wieder wird deshalb die Forderung nach einem eidgenössischen Jugendparlament laut⁴⁷. Was würde dies für die Landschaft der nationalen politischen Partizipation bedeuten, welche zurzeit aus den verschiedenen Stellvertretern (SAJV, DOJ etc.) und nationalen Projekten wie der Jugendsession besteht?⁴⁸ Ein nationales Jugendparlament wäre je nach Ausgestaltung eine eher institutionalisierte Form von Partizipation, wo Jugendliche sich regelmässig in Sessionen treffen würden. Eine Möglichkeit wäre, dass die Teilnehmenden von Schweizer Jugendlichen gewählt werden und somit eine legitimierte Stimme der Jugend auf nationaler Ebene wären. In diesem Fall würde das nationale Jugendparlament es ermöglichen, legitimierte Forderungen zu stellen und somit den Druck zu erhöhen, dass die Forderungen von der nationalen Politik ernst genommen werden. Damit bestünde eine Partizipationsform, die Kindern und Jugendlichen wirkungsvolle Partizipation ermöglicht, um Partizipation als Ziel auf nationaler Ebene zu verankern. Falls ein solches Jugendparlament rechtlich verankerte politische Kompetenzen hätte, könnten die Jugendlichen auf nationaler Ebene bei der Einbindung der Interessen und Anliegen der Jugendlichen eine Wirkung erzielen und wären nicht auf das Goodwill der PolitikerInnen angewiesen. Zudem könnten die lokalen und kantonalen JugendparlamentarierInnen ihre Erfahrungen auf nationaler Ebene einbringen.

⁴⁶ Quartierebene als tiefste politische Ebene, nationale Ebene (oder sogar internationale) als höchste.

⁴⁷ Der DSJ beispielsweise hat die Frage bereits im Jahr 1999 mit der Eidgenössischen Jugendsession und der EKKJ besprochen.

⁴⁸ Wie später erwähnt wird der DSJ hierzu eine eigene ausführliche Analyse durchführen. Es wird daher nur auf die allgemeinen Grundsätze eingegangen und nicht eine Beurteilung je nach Ausgestaltung eines nationalen Jugendparlaments.

Kritisch zu begutachten ist, dass je stärker das nationale Jugendparlament institutionalisiert ist, die Gefahr besteht, dass deren Mitglieder nicht ein Abbild der Jugendlichen sind. Diese Problematik stellt sich jedoch auch bei den „Erwachsenenparlamenten“. Diejenigen Jugendlichen, welche sich zur Wahl stellen, gewählt werden und dann regelmässig an den Sessions teilnehmen, werden in der Regel bereits sehr politisch interessiert sein, ein gutes Netzwerk haben und auch schon Erfahrungen in der Politik gesammelt haben. Es werden also primär diejenigen Jugendlichen gefördert, welche sich sowieso politisch beteiligen und bereit sind, viel Zeit und Ressourcen dafür aufzuwenden. Dadurch werden Jugendliche, welche niederschwellige Angebote bevorzugen und sich weniger verpflichten möchten ausgeschlossen. Die Integration von Jugendlichen, welche sich vorher nicht stark an gesellschaftlichen Fragen beteiligt haben / beteiligen konnten, und die politische Bildung durch das Gewinnen von demokratischen Kompetenzen, könnte bei einem nationalen Jugendparlament zu kurz kommen. Beim Projekt Jugendsession wird beispielsweise explizit darauf geachtet, dass das Angebot niederschwellig ist und auch Jugendliche mitmachen, welche sonst wenige Ressourcen haben, sich zu beteiligen.⁴⁹ Ebenso zeigen die Erfahrungen aus einigen Jugendparlamenten, dass je nach Ausgestaltung der Institutionalisierung die Jugendparlamente mehr oder weniger hoch- bzw. niederschwellig sind. Es lässt sich also kein genereller Schluss ziehen wie ein nationales Jugendparlament bezüglich der normativen Ziele der Integration und der politische Bildung dastehen würde. Zudem besteht die Gefahr, dass die politisch erfahrenen JugendparlamentarierInnen klassische politische Karrieren anstreben und deshalb nicht primär Jugendinteressen vertreten und die Sicht der Jugend einbringen wollen, sondern sich bereits parteipolitisch binden und somit klassische Links-Rechts-Politik betreiben. Bei niederschwelligeren Angeboten wäre die Wahrscheinlichkeit höher, dass auch Jugendliche abseits der klassischen Politik und der Parteienlandschaft spezifisch ihre Interessen als Jugendliche einbringen würden. Die Vorteile einer höhergradigen Partizipation mit verbindlichen rechtlichen Kompetenzen eines Partizipationsprojekts auf nationaler Ebene müssen gegen die Vorteile wie die Integration durch Niederschwelligkeit und die politische Bildung sowie damit die Sensibilisierung und Motivation für weiteres (politisches) Engagement tiefergradiger Partizipation bei „einfacheren“ Partizipationsprojekten auf nationaler Ebene abgewogen werden. Eine höhergradige Partizipation schliesst nicht automatisch eine niederschwelligere Teilnahme aus. Diese Herausforderung muss aber besonders

⁴⁹ Die Jugendsession gewährt dies durch niedrige Kriterien bei der Auswahl der Teilnehmenden: politische Vorbedingungen sind keine nötig und werden auch nicht abgefragt, die Beteiligung ist kostenlos und die Anmeldung ist sehr einfach.

berücksichtigt werden. Diese Aspekte werden beim Vorschlag der Ausgestaltung eines nationalen Jugendparlaments vom DSJ in seiner eigenen Bedürfnisanalyse genau erhoben.

Parallel wird daher diskutiert, das niederschwellige nationale Partizipationsprojekt der Jugendsession mit grösseren verbindlichen Rechten auszustatten. Der aktuell jüngste Nationalrat Mathias Reynard (SP, VS) hat hierzu eine Motion⁵⁰ eingereicht. Der Bundesrat empfiehlt diese zur Annahme. Bei Redaktionsschluss wurde sie vom Nationalrat noch nicht behandelt. Wird sie angenommen, wird das zuständige BSV einen Bericht verfassen, wie die Rechte der Jugendsession allenfalls gestärkt werden können. Aus den oben genannten Überlegungen ist aus Partizipationssicht ein Ausbau der Rechte wünschenswert. Auch hierbei sollte jedoch auf die genannten Vorteile der jetzigen Niederschwelligkeit der Jugendsession und damit die oben formulierten Bedenken einer grösseren Institutionalisierung geachtet werden. Eine nur leicht stärkere Verbindlichkeit der Petitionen der Jugendsession sollte hier jedoch nicht zu negativen Auswirkungen führen.

Insgesamt zeigt sich, dass es eine Herausforderung ist, effektive formale Partizipation auf nationaler Ebene durch nationale Partizipationsformen zu fördern. Projekte, welche zu konkreten Forderungen führen und demokratisch legitimiert sind, sind auf tieferer föderaler Ebene einfacher umzusetzen. Nicht-institutionelle Partizipationsformen auf nationaler Ebene hingegen haben es schwer, ihre Forderungen durchzusetzen. Dafür bietet sich bei nicht-institutionellen Projekten wie der Jugendsession die Möglichkeit, die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einer breiten Öffentlichkeit aufmerksam zu machen und die Bevölkerung und die politischen AkteurInnen schweizweit für Kinder- und Jugendpartizipation zu sensibilisieren und zudem wichtige soziale und demokratische Kompetenzen bei den Teilnehmenden zu fördern. Dafür bleiben dann die rechtlichen Kompetenzen und damit die Stärkung der Legitimation als normatives Ziel auf der Strecke und die Gefahr besteht, dass solche Partizipationsformen als Alibi verwendet werden und im politischen Alltagsgeschäft untergehen. Eine Beteiligung in kinder- und jugendpolitischen Fragen auf nationaler Ebene könnte durch Lobbying von einer Stellvertretung einfacher durchgeführt werden. Dabei stellen sich aber genau die gleichen Herausforderungen wie bei einem nationalen Jugendparlament bezüglich der Niederschwelligkeit und der Vertretung der Jugendlichen

⁵⁰[Interpellation 13.4311: Wie können die Petitionen der Jugendsession aufgewertet werden?](#) und [Postulat 13.4304: Die Jugendsession stärken](#)

4.1.2 Stellvertretung (Advocacy)

Unter Advocacy wird verstanden, dass zivilgesellschaftliche Akteure anwaltschaftlich die Anliegen einer Gruppe im politischen Prozess wahrnehmen. Die Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure hat sich in den letzten Jahrzehnten in den entwickelten Demokratien stark verändert, wobei die so genannten Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) an Bedeutung und Einfluss gewonnen haben (vgl. dazu bspw. Ghadar 2005: 10ff.). Ebenso sind sie im Lobbying und in den Kampagnen auch deutlich sichtbarer als die Verbände, die eigentlich dieselbe Funktion ausüben, ihren Anliegen jedoch eher diskret Nachdruck verleihen. Als Beispiele für solche anwaltschaftlichen NGO sind die Umweltorganisationen, Menschenrechtsorganisationen, Konsumentenorganisationen oder Arbeitnehmendenorganisationen zu nennen.

Die Fragestellung bei der Advocacy ist häufig die Legitimation und Abstützung ihrer Anliegen. Mit welchem Recht dürfen sie ihre Interessengruppe vertreten? Eher die traditionellen Verbände, aber auch einige neue NGO sind verbandlich organisiert. Ihre Meinung wird daher in einem demokratischen Prozess von den Mitgliedern beschlossen. Sie vertreten somit die Anliegen ihrer Mitglieder, haben jedoch den Anspruch, die gesamte Zielgruppe, anwaltschaftlich zu vertreten. Andere NGO, wo die zu vertretende Gruppe sich nicht artikulieren kann zu ihren Rechten und Anliegen – selbstredend insbesondere diejenigen im Bereich Umwelt und Tiere –, formulieren Anliegen, von denen sie aufgrund ihres Fach-Know-hows davon ausgehen, dass sie zum Wohl der vertretenden Gruppe sind. Ein Vorteil dieser Art von Interessenvertretung ist zudem, dass die Stellvertretung sehr institutionalisiert abläuft und somit leicht langfristig zu etablieren ist. So besteht bei weniger institutionalisierten Partizipationsprojekten oft das Problem, dass immer wieder neue motivierte Jugendliche gesucht werden müssen, welche die Instrumente der Projekte nutzen wollen. Ein Nachteil dieser Art von Interessenvertretung ist, dass die Kinder und Jugendlichen von ExpertInnen vertreten werden und keine eigentliche Partizipation stattfindet.

Im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation agieren die SAJV, der DOJ, zum Teil die Kinderlobby und die Koalition für eine wirkungsvolle schweizerische Kinder- und Jugendpolitik als anwaltschaftliche NGO. Alle drei Akteure gehen davon aus, dass sie aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung und ihrem engen Austausch mit den Kindern und Jugendlichen legitimiert sind, die Anliegen der Jugendlichen zu vertreten.

In der SAJV beispielsweise ist klar festgehalten, welche Kriterien relevant sind, damit die SAJV zu einer Thematik anwaltschaftlich für die Jugend auftritt. Insbesondere muss das politische Geschäft jugendspezifische Aspekte aufweisen, das heisst beispielsweise, dass die Jugend besonders betroffen ist. Eine alleinige Jugendsicht zu generellen Themen (z.B. zu Wirtschaftsfragen) wird von der SAJV nicht vertreten. Bei der SAJV kommt zudem hinzu, dass die politischen Entscheide von Delegiertenversammlung und/oder Vorstand bestimmt und vorgängig mit den Mitgliedsorganisationen abgestimmt werden. Die Stellungnahmen sind damit demokratisch abgestützt von Organisationen, die insgesamt etwa 400'000 Kinder und Jugendliche als ihre Mitglieder haben. Der DOJ hingegen ist der Zusammenschluss der Jugendarbeitenden, also der ExpertInnen und nicht der Jugendlichen selbst.

4.1.3 Mischform

Abgesehen von Wahlen, Abstimmungen und dem Einbringen von konkreten Forderungen im Parlament durch junge PolitikerInnen können und sollen die Interessen von Kindern und Jugendlichen auch in anderen Phasen und in anderen Formen vertreten werden. Und zwar nicht nur in der Diskussions- und Entscheidungsphase (wie bei den Wahlen, Abstimmungen und im parlamentarischen Prozess), sondern auch wenn es um die Umsetzung, Planung und Evaluation von gefällten Entscheiden geht (das heisst i.d.R. auf Verwaltungsebene).⁵¹ In vielen Partizipationsprojekten wird deshalb versucht, in allen Phasen Kinder und Jugendliche miteinzubeziehen. Auf institutionalisierter nationaler Ebene ist dafür die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) eine wichtige Akteurin. Die EKKJ hat den Auftrag, die Entwicklung des Verhältnisses von Kindern und Jugendlichen zur Gesellschaft zu beobachten und zu deuten. Sie soll Anliegen der heranwachsenden Generation formulieren, entsprechende Vorschläge ableiten und als ausserparlamentarische Kommission den Bundesrat und andere Behörden des Bundes beraten und die Öffentlichkeit sensibilisieren. Mitglieder sind 20 unabhängige ExpertInnen aus dem Bereich Kinder- und Jugendpolitik und aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wissenschaft – wobei momentan (Stand 2014) effektiv nur 5 Mitglieder unter 30 Jahre alt sind.⁵² Die Rolle und der Nutzen der EKKJ werden von verschiedenen AkteurInnen jedoch immer wieder kritisch beleuchtet. Könnte das Expertengremium EKKJ nicht sinnvollerweise durch ein Gremium ersetzt oder ergänzt werden, wo

⁵¹ Vgl. dazu Abbildung 2: Phasen der Partizipation, S. 16.

⁵² Ab der nächsten Erneuerungswahl der EKKJ existiert jedoch eine Klausel, dass mindestens ein Drittel unter 30 Jahre alt sein muss.

Kinder und Jugendliche direkt mitbeteiligt sind? Also eine Art Jugendgremium? Ausserhalb der Schweiz gibt es verschiedene Instrumente, wie Jugendliche in Prozessen konsultiert und miteinbezogen werden, ähnlich, wie es in der Schweiz durch die EKKJ geschieht.⁵³

Auf der europäischen Ebene gibt es beispielweise einen *Structured dialogue* und ein *Advisory Council on Youth*. Beim *Structured dialogue* erarbeiten Jugendliche (bottom-up, d.h. angefangen auf Gemeindeebene und dann immer eine Ebene höher gehend) zusammen mit Jugendorganisationen und den für das jeweilige Thema relevanten PolitikerInnen zuerst in den einzelnen Staaten und danach gemeinsam „youth declarations“ oder „action plans“, welche dann der Europäischen Kommission und dem Rat der Jugendminister vermittelt werden (vgl. European Commission 2008). Dies wäre durchaus auch auf die nationale Ebene übertragbar. Der *Advisory Council on Youth* ist ein beratendes Jugendgremium des Europarats, welches aus 30 gewählten VertreterInnen von Jugendorganisationen besteht. Das Jugendgremium bietet Inputs und Meinungen zu verschiedenen Themen im Europarat aus Sicht der Jugend und versucht zu erreichen, dass diese vermehrt berücksichtigt werden. Auch auf Schweizer Ebene wäre ein Jugendgremium möglich, welcher zu jugendrelevanten Themen konsultiert wird (vgl. dazu Graff et al. 2013).

Infobox 4: Statement von Fanny Charmey, Projektleiterin Youth Rep bei der SAJV und Mitglied des Advisory Council on Youth des Europarats

« Le Conseil Consultatif de la Jeunesse du Conseil de l'Europe a la particularité d'être non seulement le pendant "jeune" du secteur jeunesse dans le système de co-gestion, mais également le répondant jeunesse pour tous les organes du Conseil de l'Europe. Le travail ne manquant pas, cela montre bien l'importance de la thématique pour une organisation internationale. Malgré cette importance reconnue, il est important de se rendre compte que la parité théorique des deux organes de co-gestion est, dans les faits, biaisée par la durée limitée du mandat et le nombre moins élevé des membres du Conseil consultatif par rapport au Comité directeur européen pour la jeunesse d'une part, mais d'autre part ce déséquilibre est pallié par la qualité indépendante des membres du Conseil Consultatif. »

Die jetzige EKKJ setzt sich nur teilweise aus VertreterInnen der Jugend(organisationen) zusammen. Vornehmlich werden ExpertInnen gewählt, ebenfalls unter Berücksichtigung einer angemessenen Verbandsvertretung.

⁵³ Für Kinder ist dies schwieriger, da sie weniger direkt von nationalen Themen betroffen sind und eher auf lokaler und Quartier-Ebene involviert werden sollten. Vgl. dazu Abschnitt Alterslimite S. 36.

Angesichts dessen ist zu prüfen, ob statt des Expertengremiums der EKKJ ein Jugendgremium analog dem Advisory Council geschaffen wird oder ob ein solches Gremium neben der EKKJ geschaffen werden kann. Das Jugendgremium würde Jugendlichen die Möglichkeit geben, am politischen Alltag zu schnuppern und so wichtige politische Kompetenzen zu gewinnen, und zudem gewährleisten, dass tatsächlich die Interessen der Jugend vertreten werden. Dieses wäre eine willkommene Ergänzung zur Advocacy der Verbände und zu den Partizipationsprojekten. Das Gremium könnte sich regelmässig zu jugendrelevanten Themen äussern. Zudem würde es mehr Partizipation der Jugendlichen als das heutige Gremium der EKKJ bringen. Denn die ausgewählten ExpertInnen vertreten – wie bei allen Gremien mit Verbandseinsitz – teilweise ihre Organisation statt die Kinder und Jugendlichen, womit die Gesamtsicht verloren geht.

Entweder könnte das Gremium von Jugendlichen gewählt werden – repräsentativ aus den Kantonen und Sprachregionen zusammengesetzt (bspw. 1 Person pro Kanton) – oder die Jugendlichen werden wie nach dem bisherigen Verfahren im EKKJ von Verbänden vorgeschlagen und vom Bundesrat gewählt. Es gibt zum Beispiel kantonale Jugendparlamente die rechtlich gesehen regierungsrätliche Kommissionen sind und durch den Regierungsrat gewählt werden (VD, BL). Zur Wahl kann sich jeder Jugendliche im Kanton stellen. Die Wahl erfolgt nach diversen Kriterien wie Alter, Geschlecht, Ausbildung, Region etc.

Ein von Jugendlichen oder Jugendverbänden gewähltes Gremium wäre demokratisch legitimer als das ExpertInnengremium, weil die Teilnehmenden direkt von den Jugendlichen gewählt werden könnten, während die ExpertInnen top-down ausgesucht werden. Trotzdem stellen sich auch bei einem Jugendgremium ähnliche Probleme wie diejenigen, die oben stehend zu institutionalisierten Partizipationsprojekten auftreten können. Die Form der Partizipation ist wie auch ein nationales Jugendparlament sehr institutionell und es würden sich vermutlich hauptsächlich diejenigen Personen beteiligen, welche sich sowieso für Politik interessieren und die später sowieso in die Politik einsteigen wollen. Weil wie nach dem hier aufgeführten Modell pro Kanton nur eine Person gewählt werden könnte, würde es zu Majorzwahlen kommen. Dabei werden wiederum nur die gut vernetzten und erfahrenen Jugendlichen profitieren und Jugendliche, welche niederschwelligere Angebote schätzen wären weniger angesprochen. Angesichts dessen erscheint die Beibehaltung des heutigen Verfahrens, mit dem sich auch andere ausserparlamentarische Kommissionen neben der EKKJ legitimieren, vorteilhaft. Die Jugendorganisationen könnten VertreterInnen vorschlagen. Ein

ähnliches Verfahren wird beim Advisory Council on Youth erfolgreich angewandt. Dort werden die Jugendlichen, welche Jugendverbände vertreten, nicht direkt von Jugendlichen, sondern vom Ministerkomitee des Europarats gewählt. Da die Jugendorganisationen bei den Jugendlichen abgestützt sind, ist anzunehmen, dass sie weniger eine Verbandsmeinung vertreten als es die heutigen ExpertInnen allenfalls tun. Ergänzend wäre eine öffentliche Ausschreibung zu prüfen, damit auch ein Teil verbandsunabhängige Jugendliche Einsitz nehmen können, womit die Vertretung eher niederschwellig ist.

4.1.4 Förderung der lokalen Kinder- und Jugendpartizipation

Auch auf lokaler Ebene kann die Partizipation und die Stellvertretung der Kinder- und Jugendinteressen weiter gefördert werden. Wie oben ausgeführt, ist es auf diesen Ebenen einfacher, konkrete Projekte oder Organe zu institutionalisieren, welche auch konkrete Forderungen stellen können. Denn auf tieferer föderaler Ebene ist es einfacher, die Interessen betroffenen Kindern und Jugendlichen zu erfassen (weil eine kleinere Menge betroffen ist als bspw. auf nationaler Ebene) und somit legitime Forderungen stellen zu können. Somit können jeweils möglichst viele betroffene Kinder und Jugendliche miteinbezogen werden, und nicht einfach die bereits politisierte „Elite“ der Kinder und Jugendlichen. Dabei werden auch die Integrationsfunktion und die politische Bildung stärker gewichtet. Beispiele für politische Kinder- und Jugendpartizipation auf lokaler Ebene sind die Einführung von Kinder- und Jugendparlamenten(oder -räten), die Einführung einer Jugendmotion, die Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 16 Jahre, SchülerInnenräte oder der Einbezug und die Anhörung von Kindern und Jugendlichen bei spezifischen Projekten von denen sie betroffen sind (wie z.B. der Umgestaltung eines Spiel- oder Sportplatzes oder mit dem Projekt Jugend Mit Wirkung von Infoklick). Diese Projekte existieren in unterschiedlichen Graden in einigen Gemeinden und verdienen es, in allen Gemeinden in situationsgerechter Form eingeführt werden. Wie auch VertreterInnen von Kinderparlamenten betont haben, ist es vor allem für Kinder zentral, dass sich die Partizipationsprojekte auf Themen festlegen, welche möglichst nah an ihrer Lebenswelt sind, weil sie dort selbst eine eigene ausgereifte Meinung einbringen können.

4.2 Koordination

Bei den AkteurInnen ist unbestritten, dass der Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation unkoordiniert ist und dass die Projekte kaum aufeinander abgestimmt sind. Alle AkteurInnen führen ihre eigenen Projekte durch und schauen, dass die Projekte und die Organisation erfolgreich sind, wahrgenommen werden und nachhaltig finanziert werden können. Trotzdem sehen alle AkteurInnen ein, dass mehr Koordination der Förderung der Kinder- und Jugendpartizipation an sich und deren Projekte dienlich wäre. Wie diese Koordination aussehen könnte, ist jedoch sehr offen. Es wäre bereits ein Fortschritt, wenn die verschiedenen AkteurInnen sich in irgendeiner Form regelmässig austauschen könnten und über die anderen Projekte Bescheid wissen. So könnten der Wissensaustausch gefördert, Ressourcen gespart werden und innerhalb der Projekte verstärkt gegenseitig aufeinander aufmerksam gemacht werden.

Um eine Koordination zu erreichen, könnten die im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation tätigen AkteurInnen ein Konzept ausarbeiten, wie die Vernetzung und das gemeinsame Wirken in diesem Bereich aussehen sollten. Dabei ist es, wie es sich in den Gesprächen mit den AkteurInnen gezeigt hat, wichtig, dass die Form und die Verantwortung klar und im Austausch mit den anderen AkteurInnen definiert und geregelt werden. Falls irgendeine Organisation den Lead übernehmen sollte, dann sollte dies von den anderen AkteurInnen auch so gewünscht werden. Dabei müssen Risiken beachtet und Transparenz gewahrt werden. In diesen Treffen soll die Koordination durch Erfahrungsaustausch und engere Zusammenarbeit gefördert werden. Die Vernetzungstreffen sollen als Drehscheiben dienen. Wie genau die Koordination aussehen soll, soll in weiteren Vernetzungstreffen mit den relevanten AkteurInnen besprochen werden. Das Interesse ist zweifellos da und im ersten Treffen wurde auch klar für weitere Treffen plädiert.

Die Idee für diese Koordination ist selbstverständlich nicht neu. Die Stiftung Dialog koordiniert die AkteurInnen der politischen Bildung, wobei hier die Partizipationsakteure nicht dabei sind. Ausgearbeitet wurde eine Idee eines Campus für Demokratie, welcher diese Vernetzung vorantreibt. Diese Vorschläge sind jedoch aktuell nicht umgesetzt, voraussichtlich, da jemand fehlt, der den Lead bzw. die Initiative übernimmt.

4.3 Sensibilisierung

Ein Punkt, welcher innerhalb der SAJV und auch von den anderen involvierten AkteurInnen immer wieder genannt wurde, ist die Sensibilisierung und die Öffentlichkeitsarbeit. Sensibilisierung kann dabei auf drei Arten verstanden werden: Sensibilisierung der Jugend, Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Sensibilisierung der Verwaltung.

Bei der Sensibilisierung der Jugend geht es darum, Kindern und Jugendlichen aufzuzeigen, wieso es sich lohnt, sich an gesellschaftlichen Fragen zu beteiligen und wie sie dies tun könnten. Die Argumente dafür wurden in dieser Studie bereits dargelegt: die Anliegen von Kindern und Jugendlichen sind in politischen Entscheiden auf allen Ebenen unterrepräsentiert und Politik wird hauptsächlich von älteren Generationen gemacht. Deshalb ist es sehr wichtig, dass auch Minderjährige und junge Erwachsene verstärkt für ihre Anliegen eintreten. Die nationalen Wahlen 2015 könnten gut dazu genutzt werden, die institutionelle Partizipation von Jugendlichen zu fördern und auf die unverhältnismässig Vertretung der Jugend und der älteren Generationen in den Parlamenten. Eine solche Sensibilisierung wird von easyvote in Zusammenarbeit mit weiteren AkteurInnen angestrebt. Dazu wird 2014 eine Analyse durchgeführt, unter anderem mit einer Umfrage durch den gfs.Bern.

Die Beteiligung von minderjährigen Kindern und Jugendlichen an anderen Prozessen, von welchen sie betroffen sind, ist aber ebenso relevant. Sie können sich schliesslich auch anders beteiligen als nur ihre Stimme abzugeben. Deshalb sollte auch für andere Partizipationsmöglichkeiten sensibilisiert werden und aufgezeigt werden, inwiefern sie durch die Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen – sei es bei Diskussionen, der Organisation oder der Durchführung von gesellschaftsrelevanten Anlässen oder Projekten – auch persönlich profitieren, in dem sie wichtige demokratische und soziale Kompetenzen gewinnen und wichtige Kontakte knüpfen können. Beispielsweise können verschiedene Möglichkeiten der Partizipation und ihre Vorzüge aufgezeigt werden; und zwar auf die verschiedenen Arten in Jugendverbänden, der offenen Jugendarbeit, den Jugendparlamenten oder in der Politik (also in der Gemeinde, im Kanton oder auf nationaler Ebene). Dabei könnten auch Beispiele zur Veranschaulichung herbeigezogen werden.

Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit würde eher darauf abzielen, auf den Mehrwert der Kinder- und Jugendpartizipation für die Gesellschaft als Ganzes aufmerksam zu machen. Ziel dabei wäre, dass die Kinder- und Jugendpartizipation durch Veränderungen auf der poli-

tischen Ebene gefördert wird. Beispiele dafür wären das Verankern lokaler Musterprojekte in der ganzen Schweiz, die Verankerung der politischen Bildung im Lehrplan 21, eine stärkere Gewichtung der Forderungen (Petitionen) der Jugendsession, die Einführung eines nationalen Jugendparlaments oder die Einführung eines konsultativen Jugendgremiums (für Projekte und Formen siehe 4.1.1. im Detail). Dafür ist es wichtig, dass sowohl in der Politik als auch in der Öffentlichkeit, also bei der Bevölkerung, dafür Werbung gemacht wird. Je stärker ein Teil der Öffentlichkeit die Forderungen nach mehr Kinder- und Jugendpartizipation mitträgt, desto stärker ist – erfahrungsgemäss in der Schweizerischen halbdirekten Demokratie – auch der Druck auf politischer Ebene und Veränderungen sind wahrscheinlicher. Damit die Bevölkerung auf das Thema der Kinder- und Jugendpartizipation aufmerksam wird, wären verschiedene Aktionen möglich. In den Aktionen wären dann nicht (oder nicht nur) Kinder und Jugendliche die Adressaten, sondern explizit die gesamte Bevölkerung. Der Fokus läge darauf zu zeigen, wieso mehr Partizipation von Kindern und Jugendlichen für die ganze Gesellschaft wichtig ist, in dem beispielsweise die drei Ziele der Integration, der Legitimation und der politischen Bildung aufgezeigt würden. Idealerweise wird dabei eng mit Kindern und Jugendlichen zusammengearbeitet, so dass diese ihre Forderungen auch selbst einbringen können und ihnen damit mehr Gewicht zu verleihen.

Zudem haben die Gespräche mit den verschiedenen AkteurInnen gezeigt, dass auch in der Verwaltung mehr Sensibilisierungsarbeit nötig wäre, damit vermehrt auch die Interessen von Kindern und Jugendlichen angehört und berücksichtigt werden. Die AkteurInnen in der Verwaltung sollten verstärkt dafür geschult und ausgebildet werden, wie Kinder und Jugendliche miteinbezogen werden, weil sich – je nach Alter der Minderjährigen – die Arbeit von der Arbeit mit Erwachsenen unterscheidet und aufgepasst werden muss, dass die Kinder und Jugendlichen auch immer ernst genommen werden und nicht nur als Alibi wirken.

Konkret könnte beispielsweise eine Kampagne oder Ausbildung vorgenommen werden. Ein Beispiel ist die Kampagne des Netzwerks Kinderrechte bei Gemeinden und Kantonen zu den Kinderrechten, oder das Label für Kinderfreundliche Gemeinden von UNICEF.⁵⁴ Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz diskutiert dabei mit verantwortlichen AkteurInnen der Kinder- und Jugendpolitik auf lokaler und kantonaler Ebene über Kinderrechte und versucht, die

⁵⁴ Im Jahr 2013 in sechs Gemeinden (siehe <http://www.kinderrechte.ch/>), u.a. bei der Kommission für Kinderschutz des Kantons Zürich, der Fachstelle Jugend Graubünden oder der Mittagsveranstaltung „WissenStadtEssen“ der Stadt Bern. Für das Label von UNICEF siehe <http://www.unicef.ch/de/so-helfen-wir/kampagnen/kinderfreundliche-gemeinde>

bewusste Auseinandersetzung mit der UN-Kinderrechtskonvention anzuregen und auf Hindernisse bei der Umsetzung der Kinderrechte aufmerksam zu machen. Solche direkte Kontakte mit Verantwortlichen auf den verschiedenen politischen Ebenen wären auch der Förderung der politischen Kinder- und Jugendpartizipation dienlich.

4.4 Weitere Forschung

Eine grosse Lücke sowie ein Bedarf bestehen auch nach der Erarbeitung der vorliegenden Bedürfnisanalyse bei den wissenschaftlichen Grundlagen im Bereich der politischen Partizipation bei Kinder- und Jugendlichen. Vor allem wissenschaftliche Studien zu den Bedürfnissen und der Wirkung einer solchen Partizipation sollen initiiert werden. Zudem können auch auf der vorliegenden Publikation aufbauend die theoretischen Grundlagen aus Kapitel 2 weiter entwickelt werden und für die Praxis als Instrumente zugänglich gemacht werden. Dabei sollen verschiedene wissenschaftliche Fachrichtungen miteinbezogen werden und die Fragen nach den Partizipationsmethoden im Vordergrund stehen sowie die bisherigen Ansätze und Ergebnisse in diesem Wissenschaftsbereich kritisch hinterfragt werden. Neben diesen wissenschaftlichen Publikationen, die auch als Webblog oder an einer Fachtagung der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können, könnte auch eine wissenschaftliche Community zu diesem Thema aufgebaut werden. Wichtig ist jedoch, dass diese nicht nur aus theoretischen, sondern aus praxisnahen Forschern und Instituten besteht. Die beste Möglichkeit in diesem Bereich etwas zu bewegen ist dabei die Forderung nach einem Nationalfondsschwerpunkt, welcher die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen erforschen soll.

Da die vorliegende Bedürfnisanalyse den Fokus auf die nationalen Partizipationsmethoden und -projekte gelegt hat, sollte als erstes eine Übersicht über die lokalen Methoden und Projekte im Bereich der politischen Partizipation gemacht werden, sowie zu den Methoden und Instrumente in anderen Ländern. Für diese Arbeit sollte wenn möglich eine Erfassungsmethode auf der Basis von Kapitel 2 entwickelt werden, um die vorhandenen Methoden besser zu erfassen und zu vergleichen. Auf der Grundlage einer solchen Arbeit können dann neue Methoden und Instrumente erarbeitet werden.

5 Die Rolle der SAJV

In diesem Kapitel sollen die Fragen beantwortet werden, wie die Rolle der SAJV im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation eingeordnet werden soll, welche möglichen Wege sie einschlagen könnte und wie die SAJV die Erkenntnisse dieser Studie ihren Mitgliedsorganisationen (MIO) zu Nutzen machen kann.

In einer internen SWOT-Analyse wurde untersucht, wie die SAJV selbst ihre Rolle im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation auffasst.⁵⁵ Mithilfe der Analyse wurde untersucht, wo Stärken, Schwächen, Chancen und Gefahren der/für die SAJV im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation liegen. Dabei hat sich gezeigt, dass die SAJV sich selbst unter anderem als nationales Sprachrohr für Jugendanliegen sieht. In den Gesprächen mit den verschiedenen AkteurInnen der politischen Partizipation wurde dann auch eine Aussenperspektive eingeholt und die Rolle der SAJV als nationaler Dachverband wurde von den AkteurInnen beurteilt.

Dabei wurde deutlich, dass die SAJV von allen AkteurInnen als eine zentrale, sehr wichtige Organisation angesehen wird. Jedoch unterscheidet sich die Ansicht, in welchem Bereich sie zentral ist und wo weniger. Im Folgenden ein paar anonyme Statements von den AkteurInnen:

- Stark im formalen Rahmen auf nationaler Ebene → Repräsentantin der Jugend als Sprachrohr (Medienmitteilungen, Lobbying und Einsitz in Gremien).
- Grösste Stärke im Bereich der Jugendpartizipation sind die nationale Abstützung und ihre Kompetenzen im Lobbying und der Sensibilisierung (also ihre Funktion als Sprachrohr) für jugendrelevante Themen wie eben Partizipation.
- Wichtige Aufgabe der SAJV ist es, die Jugend im bisherigen politischen Rahmen auf nationaler Ebene zu verstärken. Im Bereich der Jugendpartizipation ist sie nur eine Akteurin unter anderen, auch auf nationaler Ebene.
- Wichtige Akteurin auf nationaler Ebene, vor allem wegen der Durchführung der eidgenössischen Jugendsession.

⁵⁵ Die Auswertung der Analyse findet sich im Anhang.

- Stark in der nationalen Verbandsarbeit und der politischen Partizipation auf nationaler Ebene. Offene Jugendarbeit ist jedoch gleichwertig wichtig, auch auf nationaler Ebene.
- SAJV national sehr wichtig, aufgrund ihrer unterschiedlichen MIO aber nicht rein politisch. Zudem ist die SAJV bei weniger stark organisierten Partizipationsformen, wie sie in der offenen Jugendarbeit gelebt werden, nicht sehr erfahren.
- Vertretung der Jugendorganisationen auf nationaler Ebene in ihrer Funktion als Dachverband
- In der offenen Jugendarbeit ist die SAJV zu wenig vernetzt, obwohl dort ein grosser, zentraler Teil der Jugendpartizipation abläuft. Nationale Partizipationsprojekte wie Youth Rep oder die Jugendsession können die Interessen der Jugendlichen kaum direkt repräsentieren. Nur die offene Jugendarbeit, die Jugendverbände und Partizipationsprojekte arbeiten direkt mit den jeweils betroffenen Jugendlichen zusammen und sind somit näher an deren Bedürfnissen.

Was lässt sich nun daraus schliessen? Die AkteurInnen sind sich in dem Punkt einig, dass die SAJV auf nationaler Ebene als Sprachrohr der Jugend anerkannt ist oder sein sollte und wichtige Sensibilisierungsarbeit leistet. Im Bezug zur politischen Partizipation unterscheiden sich die Ansichten jedoch ein wenig. Von manchen werden die Partizipationsprojekte als zu wenig Output-orientiert beurteilt und auch kritisiert, dass die SAJV nur die verbandliche Jugendarbeit, nicht aber die sehr partizipative und Output-orientierte offene Jugendarbeit abdeckt. Demnach besteht in der Schweiz kein/keine HauptakteurIn der nationalen politischen Kinder- und Jugendpartizipation. Die SAJV ist aber eine wichtige Akteurin unter anderen, wie zum Beispiel dem DOJ, Infoklick und dem DSJ, welche den Bereich zusammen aber stark abdecken.

5.1 Partizipation und/oder Stellvertretung stärken

Im Teil 5 dieser Arbeit werden verschiedene Handlungsfelder aufgezeigt, in welchen die politische Kinder- und Jugendpartizipation gefördert werden soll. In diesem Abschnitt wird nun aufgezeigt, wie sich die SAJV selbst in diesen Handlungsfeldern betätigen kann. Die SAJV nimmt beide herausgearbeiteten Formen der Förderung der Kinder- und Jugendpartizipation wahr, sowohl die Stellvertretung als Organisation als auch die Förderung der Partizipation:

- Betreffend der Stellvertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen ist die SAJV bereits sehr aktiv. Gemäss ihrer Organisationsstrategie seit 2011 ist es eines der drei strategischen Ziele der SAJV, ein Sprachrohr der Jugend zu sein.⁵⁶ Die SAJV versteht darunter, zu jugendspezifischen Anliegen auf nationaler Ebene die Stimme der Jugendlichen in den politischen Prozess einzuspeisen und damit auch den Anliegen der Jugend zum Durchbruch zu verhelfen. Aktuelle Beispiele im Frühjahr 2014 sind das Engagement der SAJV für die Beibehaltung der Jugendaustausche im Rahmen des Programms Erasmus+ und gegen die Pädophilie-Initiative.⁵⁷ Damit sie diese Funktion legitimiert ausführen kann, ist es wichtig, dass sie je nach Sachfrage mit ihren MIOs zusammenarbeitet und sich mit anderen nationalen Akteuren koordiniert, die eine Sprachrohrfunktion im Bereich Kinder und Jugend haben. Dazu zählt insbesondere der Dachverband offene Kinder- und Jugendarbeit (DOJ), damit die gesamte Jugendarbeit (also die offene und die verbandliche) abgedeckt werden und die SAJV und der DOJ sich somit gemeinsam als Stimme der Jugend bezeichnen können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der DOJ in seiner Arbeit teilweise andere Gruppen von Jugendlichen wie die SAJV abdeckt, seine politischen Haltungen jedoch nicht wie bei der SAJV von Jugendlichen bzw. JugendvertreterInnen entschieden und mit Jugendlichen abgestimmt werden.
- Ebenfalls bietet die SAJV bereits Partizipationsprojekte an, welche die politische Partizipation von Jugendlichen auf nationaler und internationaler Ebene fördern und öffentlichkeitswirksam auf die Interessen der Jugend aufmerksam machen. Allenfalls könnten die Projekte jedoch noch ausgebaut werden, in dem die Partizipation innerhalb der Projekte weiter gestärkt wird. Ein Beispiel dafür ist das Projekt Speak Out!, wo im Jahr 2014 ein Forum mit MNA gegründet wird. Die Mitglieder des Forums sollen verstärkt in die Projektstätigkeiten miteinbezogen und dadurch die Partizipation gestärkt werden. Auch die Jugendsession hat die Partizipation gestärkt, in dem seit letztem Jahr die Themen durch die Jugendlichen selbst in einer schweizweiten Online-Abstimmung bestimmt werden können und nicht durch ein internes Gremium des Projekts Jugendsession oder gar die SAJV entschieden werden. Wie erwähnt wird die Stärkung der Rechte der Jugendsession aktuell vom BSV geprüft und die SAJV wird

⁵⁶ Siehe hierzu auch das Leitbild der SAJV:

http://www.sajv.ch/media/medialibrary/2013/04/Leitbild_d.pdf

⁵⁷ Medienmitteilung zur [Pädophilie-Initiative](#) sowie [offener Brief](#) und [Medienmitteilung](#) betreffend der Zukunft von Erasmus+.

hierzu gemeinsam mit den freiwillig Engagierten der Jugendsession ihre Ansichten einbringen. Zudem führt die SAJV zurzeit eine Studie durch, in der untersucht wird, ob es neue Projekte zur Förderung der Partizipation von jungen MigrantInnen braucht.

5.2 Koordination

Die Ideen für mehr Koordination sind da. Doch für die Umsetzung braucht einen potenten Initiator/eine potente Initiatorin. Dies könnte unseres Erachtens die SAJV oder eine Gruppe der wesentlichen AkteurInnen mit starker Rolle der SAJV übernehmen. Die SAJV sieht sich dadurch legitimiert, dass sie (1) eine nationale Akteurin ist, (2) als Sprachrohr der Jugend agiert und (3) selber eigene Partizipationsprojekte durchführt. Andere zentrale und potente AkteurInnen, beispielsweise DOJ, DSJ und Infoklick, erfüllen diese drei genannten Punkte nicht alle und streben dies auch nicht an. Dabei ist klar, dass die SAJV lediglich den Koordinationslead, jedoch nicht den Anspruch hat, der alleinige potente Akteur im Bereich Kinder- und Jugendpartizipation sein zu wollen. Allenfalls könnten für die Umsetzung dieser Koordinationsstruktur bestehende Strukturen, Ressourcen und Ideen der Stiftung Dialog und des Campus für Demokratie genutzt werden.

5.3 Sensibilisierung

Die Sensibilisierung sollte gemeinsam von allen AkteurInnen, auch auf den verschiedenen politischen Ebenen, durchgeführt werden. Dies wäre neben der Vernetzung eine weitere Hauptaufgabe des Koordinationsorgans. Das heisst, die SAJV sollte nicht alleine sensibilisieren, sondern sich dafür einsetzen, dass diese Aktivitäten koordiniert werden.

5.4 Aktivitäten mit den SAJV-Mitgliedsorganisationen

Wie könnte die SAJV das erworbene Wissen zur politischen Kinder- und Jugendpartizipation ihren Mitgliedsorganisationen (MIO) und ihren Partnern zur Verfügung stellen und damit als Kompetenzzentrum wirken?

Dabei stellt sich zunächst die Frage, welche Art von Kinder- und Jugendpartizipation damit gemeint ist. Die Mitgliedsorganisationen der SAJV sind Jugendverbände, in welchen Kinder

und Jugendliche sich intensiv an den jeweiligen Aktivitäten beteiligen. Partizipation im politischen (sowohl im engeren als auch im breiteren, gesellschaftsrelevanten) Sinn ist jedoch weniger verbreitet. Wenn es darum geht, die Kinder und Jugendlichen innerhalb der Verbände partizipieren zu lassen, verfügen die MIO sehr viel Know-how und Erfahrung und führen selbst auch immer wieder Projekte durch, um die Partizipation innerhalb der Organisation zu fördern.⁵⁸ Es ist deshalb fragwürdig, ob die SAJV als Dachverband der Jugendverbände die Partizipation innerhalb der MIO fördern soll, weil die MIO selbst ExpertInnen darin sind. Es scheint sinnvoller, die Art von Partizipation versuchen zu fördern, auf welche auch in dieser Studie der Fokus gelegt wurde, nämlich auf die politische Partizipation.

Wie sollen die MIO also von dieser Bedürfnisanalyse profitieren? Die SAJV kann ihren MIO das erworbene Wissen in attraktiver und übersichtlicher Form zugänglich machen, damit die MIO sich ein Bild machen können, was politische Kinder- und Jugendpartizipation ist und auch, was ihr Nutzen für Kinder und Jugendliche und für die MIO selbst ist. Denn dies ist zweifellos der Fall: Jugendorganisationen sind oft auch betroffen von politischen Entscheidungen, wie es sich in letzter Zeit zum Beispiel bei der Masseneinwanderungs- und der Pädophilieinitiative gezeigt hat. Die Organisationen könnten bei stärkerer Mobilisierung ihrer Mitglieder deshalb auch mehr auf ihre Sicht aufmerksam machen und so von stärkerer politischer Partizipation ihrer Mitglieder und ihrem Umfeld profitieren.

In den Mitgliedsorganisationen wird intern hauptsächlich die soziale Partizipation der eigenen Mitglieder gefördert. Es liegt daher nahe, diese auch für die politische Partizipation zu sensibilisieren. Ein Beispiel ist die Initiative der Jubla, die ihren Mitgliedern neu die DSJ-Broschüre easyvote vor den Abstimmungen zukommen lässt. Derlei sollte von der SAJV vorangetrieben werden. Die MIO sollten sich bewusst sein, dass ihre Mitglieder auch AkteurInnen der politischen Partizipation sein sollen, also bei Gemeindeprojekten mitwirken oder an SAJV-Projekten teilnehmen können und sollen.

Um die MIO über die Bedürfnisanalyse zu informieren, sollte die Studie und insbesondere die zentralen Erkenntnisse an die MIO verbreitet werden. Wegen des grossen Umfangs der Studie könnte die SAJV insbesondere die folgenden Teilaspekte einfach darstellen, welche für die MIOs von Nutzen wären:

⁵⁸ Bspw. Jungwacht Blauring Schweiz (JuBla Schweiz) mit dem Jahresthema 2014 „Lautsprechohr“, http://www.jubla.ch/aktivitaeten/jahresthema/aktuelles_jahresthema/.

1. Was ist Partizipation (Zusammenfassung des Theorieteils / der Definition)
2. Vorstellen der verschiedenen Partizipations- und politischen Bildungsprojekte. Eventuell anhand eines anschaulichen Modells, welche aufgrund einiger Punkte die Partizipationslandschaft der Schweiz aufzeigt.
3. Sammlung von relevanter Literatur zur Kinder- und Jugendpartizipation mit kurzen Kommentaren dazu.
4. Weitere wichtige Punkte wie: nächste Schritte; was kann man tun, um Partizipation zu fördern; etc.

Diese Infoblätter könnten zum Download auf der Homepage zur Verfügung gestellt werden und können so von den MIO, aber auch von der SAJV selber zu jeder Zeit benutzt werden.

Zudem ist es wichtig, dass die MIO auch bei den Austausch-/Vernetzungstreffen konsultiert werden. Sie sind zusammen mit der offenen Jugendarbeit die Vertretung eines grossen Teils der Kinder und Jugendlichen in der Schweiz und sollten deshalb auch die Möglichkeit bekommen, Inputs zur Gestaltung des Bereichs der Kinder- und Jugendpartizipation abzugeben.

6 Schluss

Die Studie hatte folgende zwei Ziele:

- den Begriff der Kinder- und Jugendpartizipation mit Bezug auf eine breite wissenschaftliche Literatur genauer zu durchleuchten, einzugrenzen und zu definieren.
- eine Bedürfnisanalyse über die politische Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz durchzuführen.
- die Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz zu stärken.

Für die Eingrenzung des Begriffs „Partizipation“ wurden einige zentrale Punkte herausgearbeitet, welche genauer erläutert wurden. Besonders wichtig ist die Unterscheidung von individueller, kollektiver, sozialer und politischer Partizipation. Diese Unterscheidung wurde dargelegt, um den Begriff der Partizipation für die Definition in einem ersten Schritt auf die kollektive Partizipation einzugrenzen. Kollektive Partizipation bedeutet demnach die freie, altersgerechte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Fragen. Diese Beteiligung findet in einem kollektiven Kontext statt und kann sowohl politisch als auch sozial sein. Diese erste Unterscheidung wurde vorgenommen, weil die SAJV und ihre Mitglieder sich in ihrer Arbeit nur mit kollektiver Partizipation beschäftigen. Für die Bedürfnisanalyse wurde der Begriff noch etwas enger auf die politische Partizipation eingegrenzt. Dies, weil die SAJV durch ihre Projekte auf nationaler Ebene eine starke Akteurin im Bereich der politischen Jugendpartizipation ist und auch der DSJ, mit dem die SAJV zu dieser Studie zusammengearbeitet hat, sich mit der politischen Partizipation beschäftigt. Eine Bedürfnisanalyse über die breitere kollektive Partizipation hätte den Rahmen gesprengt. Nachdem eine Definition dargelegt wurde, werden die einzelnen Punkte wie das Alter, die Verantwortung, die Fähigkeit und der Bereich, die Formen und die Phasen der Partizipation und die Unterscheidung von schulischer und ausserschulischer Partizipation genauer diskutiert.

In der Bedürfnisanalyse wurde also folglich der Bereich der politischen Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz genauer untersucht mit dem Ziel herauszufinden, welche AkteurInnen und Projekte existieren, wo Lücken und Bedürfnisse bestehen und wie diese Herausforderungen angegangen werden könnten, und wie der Bereich in der Schweiz weiter entwickelt werden kann. Politische Partizipation blieb bewusst breit definiert und bezieht sich

nicht nur auf die Beteiligung an der institutionalisierten Politik in Form von Wahlen, Abstimmungen oder Parlamenten, sondern generell auf die Beteiligung an Fragen, welche gesellschaftsrelevante Folgen haben. Sie kann somit auch sehr informell, niederschwellig und unverbindlich sein, z.B. einfachere Formen der Projektpartizipation auf Gemeinde- oder Quartierebene.

Die Bedürfnisanalyse wurde aufgeteilt in eine Ist- und eine Soll-Analyse. Bei der Ist-Analyse wurden zentrale Projekte und AkteurInnen beleuchtet und in Interviews auf deren eigene Konzeption und Sicht auf die politische Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz befragt. Dabei hat sich gezeigt, dass sie alle Kindern und Jugendlichen ermöglichen wollen, sich zu gesellschaftsrelevanten Fragen und Themen, für welche sie sich interessieren und von welchen sie betroffen sind, äussern zu können. Zudem fördern die Projekte und AkteurInnen, dass diese Äusserungen von den jeweiligen Verantwortlichen auch ernst genommen werden. Dieses Ziel wird von den verschiedenen AkteurInnen jedoch in unterschiedlicher Weise und anhand unterschiedlicher Projekte zu erreichen. Dabei ist bedeutsam, welche Art der Partizipation genau gefördert werden soll und wie die institutionellen Rahmenbedingungen des politischen Umfelds den Spielraum der Projekte eingrenzen. In den Gesprächen mit den AkteurInnen wurde klar, dass wohl verschiedene gut funktionierende Projekte zur Förderung der Partizipation existieren, jedoch noch einige Lücken und unbefriedigte Bedürfnisse bestehen. So ist der Bereich zu unkoordiniert und jeder AkteurIn macht sein/ihr eigenes Ding, die Ziele der Organisationen sind wichtiger als der Gedanke der Partizipationsförderung, die politische Landschaft des Föderalismus ist hemmend, die AkteurInnen in der Verwaltung haben nur wenig Erfahrung bei der Realisation und/oder Umsetzung von Partizipation und es existieren zu wenige *Bottom-up*-Projekte, Projekte mit marginalisierten Kindern und Jugendlichen sowie Partizipationsprojekte explizit nur für Kinder. Zudem zeigt sich, dass vielfach die gesetzlichen Grundlagen für die politische Kinder- und Jugendpartizipation fehlen.

Im Soll-Teil der Bedürfnisanalyse wurde versucht herauszuarbeiten, was unternommen werden könnte, diese Bedürfnisse zu befriedigen und die Lücken zu decken, um den Bereich der politischen Kinder- und Jugendpartizipation weiter vorwärts zu bringen. Dazu wurde die Ist-Analyse ausgewertet und in einem Austauschtreffen zusammen mit den AkteurInnen verschiedene Ideen diskutiert. In der Analyse wurde aufgezeigt, dass zum einen die Stellvertretung durch Organisationen auf nationaler Ebene in Themen, welche Kinder und Jugendli-

che betreffen, eine gute Möglichkeit ist, die Berücksichtigung der Kinder- und Jugendanliegen zu gewährleisten, sofern die Organisationen ihre Legitimität durch engen Kontakt mit Mitgliedsorganisationen und/oder regelmässiger Konsultation von Kindern und Jugendlichen gewährleisten. Zum anderen sind auch die existierenden Partizipationsprojekte wichtige Instrumente, um Kindern und Jugendlichen direkt die Möglichkeit zu geben, sich zu beteiligen und wichtige Kompetenzen zu erwerben. Zudem werden die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einer breiten Öffentlichkeit sichtbar gemacht und die Bevölkerung und die politischen AkteurInnen werden schweizweit für Kinder- und Jugendpartizipation sensibilisiert. Auf nationaler Ebene ist es jedoch schwierig, eine Balance darin zu finden, wie stark die Projekte institutionalisiert und die Forderungen der Partizipationsformen tatsächlich verbindlich für die institutionelle Politik sein sollen, ohne den niederschweligen und weniger verbindlichen Charakter der Projekte einzuschränken. Denn die Niederschwelligkeit gewährleistet, dass auch Kinder und Jugendliche angesprochen werden, welche nicht bereits politisch geschult sind und klassische politische Karrieren anstreben, sondern in einem informellen Rahmen die Interessen der Jugend vertreten wollen. Zudem sind Projekte mit expliziten rechtlichen Kompetenzen einfacher auf tieferen politischen Ebenen wie beispielsweise der Gemeinde durchzusetzen, weil es besser gelingt, die Interessen der betroffenen Kinder und Jugendlichen einzuholen. Weiter existieren auch Mischformen wie die EKKJ, wo sowohl ExpertInnen wie auch JugendvertreterInnen die Politik zu kinder- und jugendrelevanten Themen beraten. Diese Form kann noch optimiert werden, da zum Beispiel auf internationaler Ebene partizipativere und gut funktionierende Instrumente (wie dem Advisory Council on Youth) existieren, wo die Jugend besser eingebunden ist, mehr Kompetenzen hat und die Vertretung besser abgestützt ist.

Als weiterer Punkt könnte die Koordination unter den AkteurInnen gestärkt werden: eine verstärkte Koordination und Zusammenarbeit zwischen den AkteurInnen der Kinder- und Jugendpartizipation würde den Wissensaustausch fördern, Synergien schaffen und es verstärkt ermöglichen, aufeinander aufmerksam zu machen und sich so gegenseitig zu unterstützen. Die SAJV sieht sich dabei als Akteurin, welche den Koordinationslead übernehmen sollte, weil sie gleichzeitig eine nationale Akteurin ist, als Sprachrohr der Jugend agiert und selber eigene Partizipationsprojekte durchführt. Allenfalls könnten für diese Vernetzung bereits bestehende Strukturen, Ressourcen und Erkenntnisse der Stiftung Dialog und des Campus für Demokratie genutzt werden. Weiter müsste die Sensibilisierung für die Förderung und die Vorteile der Kinder- und Jugendpartizipation gestärkt werden. Diese sollte vor

allem auf nationaler Ebene geschehen, weil die Resonanz dort am Grössten ist und gemeinsam von allen AkteurInnen durchgeführt werden.

Als Dachverband von rund 60 Jugendverbänden ist es zudem wichtig, dass mit den Erkenntnissen dieser Studie die Mitgliedsorganisationen ermuntert werden, ihre gesellschaftlich interessierten Mitglieder zu animieren, sich zu informieren über lokale und nationale politische Partizipationsprojekte und sie zu einem Engagement in diesen zu animieren.

Die SAJV wird diese Vorschläge zu Projekten und Struktur intern und zusammen mit den involvierten AkteurInnen besprechen. Ziel ist es, die Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz zu stärken.

7 Literaturverzeichnis

- Banik, Katja (2001): „Das Leiden der Kinder von Belfast“ in Die Welt. Verfügbar unter : <http://www.welt.de/print-wams/article615081/Das-Leiden-der-Kinder-von-Belfast.html> [Zugriff am 17.02.2014].
- Barnes, Samuel und Max Kaase (1979): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. London
- Berner Zeitung online (2014) : “Kinderparlament lehnt Tram Region Bern ab“. Verfügbar unter : <http://www.bernerzeitung.ch/region/bern/Kinderparlament-lehnt-Tram-Region-Bern-ab/story/23417895> [Zugriff am 22.01.2015].
- BSV (2008): *Pour une politique Suisse de l'enfance et de la jeunesse*. Rapport du Conseil fédéral.
- Dermont, Clau (2014): “Politische Partizipation “à la carte”. Die selektive Partizipation der Schweiz.“ Masterarbeit, Institut für Politikwissenschaften, Universität Bern.
- Education, Audiovisual and Culture Executive Agency EACEA (2013): *Youth Participation in Democratic Life, Final Report*. London: LSE Entreprise.
- Eidgenössische Kommission für Jugendfragen (2001): *Verantwortung tragen – Verantwortung teilen*. Bern: Eidg. Kommission für Jugendfragen (EKJ).
- European Commission (2001): *Communiqué Making a European Area of Life- long Learning a Reality*. Brussels: Communication from the Commission.
- European Commission (2008): *The new concept of the European structured dialogue with young people*. Brussels: European Commission. Youth, Sport And Citizenship.
- Fatke, Reinhard und Matthias Niklowitz (2003): *Den Kindern eine Stimme geben: Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz*. Zürich: Universität Zürich, Pädagogisches Institut, Fachbereich Sozialpädagogik im Auftrag des Schweizerischen Komitees für Unicef.
- Forbrig, Joerg (2005): *Revisiting youth political participation. Challenges for research and democratic practice in Europe*. Strasbourg: Council of Europe Publishing.
- gfs.bern (2010): *VOX-Trendauswertungen, Stand Februar 2010*. Verfügbar unter: <http://www.gfsbern.ch/Blog/tabid/93/entryid/207/Stimmbeteiligung-der-Jungen-sinkt.aspx> [Zugriff am 4.11.13].
- Ghadar, Fariborz (2005): „Governance: The Rising Role of NGOs“ *Industrial Management*, Mar–Apr 2005.

- Gozdzick-Ormel, Zaneta (2008): *Have Your Say! Manual on the Revisited European Charter on the Participation of Young People in Local and Regional Life*. Strasbourg: Council of Europe Publishing.
- Graff, Emilie; Alex Pedrazzi und Steve Rufenacht (2013) : *Le conseil consultatif des jeunes*. Lausanne: idheap.
- Harris, Anita; Johanna Wyn und Salem Younes (2010): „Beyond apathetic or activist youth: “Ordinary” young people and contemporary forms of participation” *Young 18*, S. 9–32.
- Hart, Roger (1992): *Children’s Participation: From Tokenism to Citizenship*. Florenz: UNICEF International Child Development Centre.
- Imhof, Kurt (2006): „Theorie der Öffentlichkeit = Theorie der Moderne.“ *fög discussion papers GL-2006-0009*. Zürich: fög-Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft.
- Kaase, Max (2003): „Politische Beteiligung.“ In: Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hrsg.): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. 5., aktual. Auflage, Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Knauer, Raingard und Benedikt Sturzenhecker (2005): „Partizipation im Jugendalter“ In: Hafenerger, Benno; Mechtild M. Jansen und Torsten Niebeling (Hrsg.): *Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Akteuren und Interessen*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 63–94.
- Ladner, Andreas (2007): „Das Alter der Parlamentarierinnen und Parlamentarier in den kantonalen Parlamenten“ *Working paper de l’IDHEAP*, No. 1/2007.
- Ladner, Andreas (2008): „Kinder und Jugendliche in der Politik – Wie soll ihr Interesse geweckt werden? (PP-Präsentation)“ *1. Kongress für Kinder- und Jugendförderung*. Moosseedorf: infoklick.ch
- Landsown: Gerison (2001): *Promoting Children’s Participation in Democratic Decision-Making*. UNICEF, Innocenti Insight.
- Lauritzen, Peter (2005): „Preface: participation revisited“ In: Forbrig, Joerg (Hrsg.): *Revisiting youth political participation. Challenges for research and democratic practice in Europe*. Strasbourg: Council of Europe Publishing, S. 5–6.
- Rey-Lefebvre, Isabelle (2014): „Pourquoi les jeunes se détournent de la politique“ in *le monde*. Verfügbar unter : http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/02/15/pourquoi-les-jeunes-se-detournent-de-la-politique_4367430_823448.html#xtor=AL-32280270 (Zugriff am 17.02.2014).
- Rieker, Peter (2014): *Von der Stimme zur Wirkung*. Erste Grafiken der Studie zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz. Zürich: Universität Zürich, Institut für Erziehungswissenschaft, im Auftrag der Unicef.

- Rossteutscher, Sigrid (2009): „Soziale Partizipation und soziales Kapital“ In: Kaina, Viktoria und Andrea Römmele (Hrsg.): *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 163–180.
- Rothenbühler, Martina; Franziska Ehrler und Kathrin Kissau (2012): *CH@YOUPART. Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz*. Lausanne: FORS.
- Schillemans, Leen und Maria Bouverne-De Bie (2005): „Opportunities for local youth participation: Flemish experience.“ In: Forbrig, Joerg (Hrsg.): *Revisiting youth political participation. Challenges for research and democratic practice in Europe*. Strasbourg: Council of Europe Publishing, S. 93–102.
- Schweizerischer Bundesrat (2010): *Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (KJFG)*. Bern.
- Statistik Stadt Zürich (2012) : „Zürich hat gewählt. Soziodemografisches Profil der Wählenden bei den National- und Ständeratswahlen 2011“ *Zur Zeit 4/2011*.
- Stoeklin, Daniel (2009) : „L'enfant acteur et l'approche participative“ In: Zermatten, Jean und Daniel Stoeklin (Hrsg.) : *Le droit des enfants de participer. Norme juridique et réalité pratique : contribution à un nouveau contrat social*. Sion: Institut International des Droits de l'Enfant. S. 47–72.
- UNO (2009): *General Comment No. 12. The right of the child to be heard*. CRC/C/GC/12. Geneva: Committee on the Rights of the Child.
- UNO (2010): *Übereinkommen über die Rechte des Kindes (Kinderrechtskonvention)*. Stand am 8. April 2010, verfügbar unter: <http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19983207/201004080000/0.107.pdf> (Zugriff am 25.09.13).
- van Deth, Jan W. (2009): „Politische Partizipation“ In: Kaina, Viktoria und Andrea Römmele (Hrsg.): *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 141–161.
- Vollmer, Thomas (2008): „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ In: *Schweizerische Kinder- und Jugendpolitik: Ausgestaltung, Probleme und Lösungsansätze. Expertenberichte in Erfüllung des Postulates Janiak (00.3469) vom 27. September 2000*. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen, S. 119–148.
- Zaugg, Julie (2012): „La malbouffe, un droit sacré“ in *Le Temps*: Verfügbar unter: <http://www.letemps.ch/Page/Uuid/42c52272-22cb-11e2-bc7b-923f0c67d65d|0#.UnEDSVMLhK4> (Zugriff am 31.10.2013).
- Zermatten, Jean (2009) : „Le droit de l'enfant d'exprimer son opinion et d'être entendu (Art. 12 CDE)“ In: Zermatten, Jean und Daniel Stoeklin (Hrsg.) : *Le droit des enfants de participer. Norme juridique et réalité pratique : contribution à un nouveau contrat social*. Sion: Institut International des Droits de l'Enfant. S. 11–44.

8 Anhang

a) Die Rolle der SAJV im Bereich der politischen Kinder- und Jugendpartizipation (Resultate einer internen SWOT-Analyse)

Eine intern durchgeführte SWOT-Analyse hat sich mit der Frage befasst, wie die Rolle der SAJV im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation aussieht. Mithilfe der Analyse soll aufgezeigt werden, wo Stärken, Schwächen, Chancen und Gefahren der/für die SAJV im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation liegen. Die Stärken und Schwächen beziehen sich auf interne Eigenschaften der SAJV. Die Chancen und Gefahren auf externe Einflüsse, wie allgemeine politische Entwicklungen und das Umfeld, in dem sich die SAJV bewegt. Im Folgenden werden die Resultate der Analyse zusammengefasst.

Die Analyse hat gezeigt, dass die Stärken der SAJV im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation zunächst in ihrer Organisation liegen, d.h. in ihrer Erfahrung (seit 1933), ihrer Grösse und ihrem Status als schweizweit agierender, breit abgestützter Dachverband. Zusätzlich zu diesen eher institutionellen Faktoren wird Partizipation nicht nur als Ziel angestrebt, sondern auch innerhalb der Organisation täglich gelebt. Sie fungiert als Sprachrohr der Jugend in politischen Fragen und führt gleichzeitig auch selbst Projekte mit Jugendlichen durch. Durch ihre intensive Beziehung mit zentralen AkteurInnen auf nationaler und internationaler Ebene ist sie zudem auch bestens vernetzt.

Schwächen zeigen sich darin, dass die SAJV hauptsächlich auf nationaler Ebene präsent ist und deshalb auf lokaler und regionaler Ebene weniger Knowhow besitzt. Zudem fehlt, ausser in den eigenen Projekten, der direkte Kontakt mit Kindern und Jugendlichen. Im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation fehlt ein klares Profil, d.h. ein Konzept, eine Definition und konkrete Forderungen. Dies führt auch dazu, dass sie in den nationalen und internationalen Netzwerken und Gremien vorwiegend als Dachverband und Interessensvertretung von Kindern- und Jugendlichen betrachtet wird und weniger als eigenständiges Kompetenzzentrum im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation.

Bezogen auf das Umfeld des Bereichs Kinder- und Jugendpartizipation zeigt sich, dass der Bereich in der Schweiz aus Sicht von sich für Kinder und Jugendliche einsetzende NGOs ein fast leeres Feld ist, welches die SAJV als anerkanntes Kompetenzzentrum in kinder- und

jugendpolitischen Fragen füllen kann. Es existieren jedoch AkteurInnen, welche sich der politischen Partizipation widmen (z.B. DSJ, Infoklick, DOJ), sodass hier das Potenzial zu Zusammenarbeit und damit zur Stärkung der politischen Partizipation gegenüber anderen Anspruchsgruppen besteht. Auf politischer Ebene ist mit dem KJFG ein Gesetz in Kraft getreten, welches explizit zum Ziel hat, Partizipationsprojekte zu fördern. Die Politik hat das Bedürfnis und die Notwendigkeit von Kinder- und Jugendpartizipation also ebenfalls erkannt. Zudem ist die Schweiz Sitz von wichtigen wissenschaftlichen Instituten, welche sich mit Kinderrechten befassen. Die SAJV kann auch auf Ressourcen von wissenschaftlicher Seite zählen. Die offene Jugendarbeit kann der SAJV zudem ihre Erfahrung im direkten Kontakt mit Jugendlichen weitergeben.

Gefahren im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation ergeben sich dadurch, dass der Bereich durch die unterschiedlichen AkteurInnen unübersichtlich und unkoordiniert ist. Damit kann das Potenzial der Zusammenarbeit nicht immer ausgeschöpft werden. Vielmehr besteht die Gefahr, dass die AkteurInnen (von Zeit zu Zeit) ihre eigene Agenda verfolgen, um sich zu profilieren, anstelle zu kooperieren. Zudem erschwert die föderalistische Struktur der Schweiz die Koordination der Projekte.

b) Interviews AkteurInnen und Projekte

Leitfrage: *Wie wird der Bereich der Jugendpartizipation in der Schweiz beurteilt? Wo bestehen Lücken? Welche Rolle wird der SAJV zugeschrieben?*

→ *Ziel: Sichtweise der AkteurInnen auf den Bereich der Jugendpartizipation in der Schweiz.*

Relevante Punkte für das Interview:

1. Jugendpartizipation in den eigenen Projekten der AkteurInnen
2. Was bedeutet politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen für die AkteurInnen?
3. Sichtweise auf den Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz generell
4. Lücken, Bedürfnisse, Herausforderungen für die AkteurInnen und ihre Projekte

5. Sichtweise auf die Rolle der SAJV im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation

Wichtige Punkte für Übersicht Projekte/AkteurInnen

a. Welche Form der Partizipation

Institutionell, nicht-institutionell, konventionell, unkonventionell, klar politisch, eher sozial, ...

Können Kinder und Jugendliche auch bei der Durchführung des Projektes helfen?

Bsp. OK und Forum Jugendsession (→ Partizipation als Ziel und Instrument)

b. Partizipation in welcher Phase

Beteiligung in Diskussions-, Planungs-, Entscheidungs-, Umsetzungs- und Evaluationsprozessen, Organisation, Durchführung

c. Resultate

Output: was ist das direkte Resultat des Projektes?

Outcome: was sind die Folgen des Resultats/Outputs?

Bezug zur Stärkung der Legitimität, Integration, Deliberation.

c) Sitzungsbericht Austauschtreffen der AkteurInnen der politischen Kinder und Jugendpartizipation in der Schweiz

25. März 2014, 15.00 bis 17.00 Uhr, SAJV Bern

Anwesend:

- Blumenthal Maurus, Dachverband Schweizerische Jugendparlamente
- Gander Markus, Infoklick
- Grob Annina, Bereichsleiterin Politik SAJV
- Konstantinidis Elena, Dachverband offene Kinder- und Jugendarbeit
- Kreuer Pascal, Mega!phon Stadt Zürich
- Kuchler Micha, Jugendsession, SAJV
- Tschöpe Andreas, Geschäftsleiter SAJV
- Ursprung Georgiana, Speak Out!, SAJV
- Wittwer Stefan, Verfasser Studie, SAJV

Entschuldigt:

- Andres Dora, Schulen nach Bern
- Charmey Fanny, Youth Rep, SAJV
- Dallo Giacomo, Offene Jugendarbeit Zürich

- Hirschi Jonas, Jugendparlamente DSJ
- Marti Urs, Jugend und Wirtschaft und Jugend debattiert
- Molinaro Alexandra, easyvote, DSJ
- Petrušić Ivica, okaj Zürich
- Steiert Jean-François, Stiftung Dialog

Fragestellung:

- Wie soll die Landschaft der Jugendpartizipation in der Schweiz in Zukunft aussehen?
- Was könnte sinnvoll sein, um die festgestellten Lücken zu schliessen und die Bedürfnisse zu befriedigen?

Grundlagen:

- Eruierte Lücken und Bedürfnisse aus den geführten Gesprächen mit den AkteurInnen
- Übersicht über die Definition der Kinder- und Jugendpartizipation

Sitzungsnotiz:

Am 25. März 2014 fand in der SAJV in Bern das erste Austauschtreffen der AkteurInnen der Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz statt. Zunächst wurde die „Studie Kinder- und Jugendpartizipation in der Schweiz“ nochmals vorgestellt, um dann kurz die in den Gesprächen mit den AkteurInnen eruierten Lücken und Bedürfnisse zu besprechen. Danach wurde diskutiert, welche Schlüsse aus den eruierten Lücken und Bedürfnissen gezogen werden können: Wie soll die Landschaft der Kinder- und Jugendpartizipation in Zukunft aussehen? Wie kann die Partizipation von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden?

Dabei haben sich in den Gruppendiskussionen und in der Synthese folgende sechs Punkte abgezeichnet:

1. Um die vielen unterschiedlichen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu befriedigen, sind verschiedene, bunte und vielfältige Partizipationsformen nötig, auf welche man zurückgreifen kann. Eine Übersicht über die existierenden Formen wäre dafür sehr hilfreich. Ebenfalls sollen auch neue Methoden untersucht werden.
2. Der Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation soll stärker koordiniert werden. In Vernetzungstreffen soll die Koordination durch Erfahrungsaustausch und engere Zusammenarbeit gefördert werden. Die Vernetzungstreffen sollen als Drehscheiben dienen.
3. Stärkere Sensibilisierung für Kinder- und Jugendpartizipation, und zwar in der Öffentlichkeit, der Politik und in der Verwaltung. Dafür ist jedoch zentral, dass zuvor geklärt wird, wie genau, in welche Richtung sensibilisiert wird. Es müsste ein gemeinsamer Nenner der verschiedenen Organisationen gefunden werden, damit man im Namen aller sensibilisiert kann. Denn jede Organisation würde wohl unterschiedlich „Werbung“ machen.

4. Mehr Verbindlichkeit bei Partizipation von Kindern und Jugendlichen: Keine Alibi-Partizipation – die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss verbindlich sein und nicht nur als Feigenblatt fungieren.
5. Auf politischer Ebene wurde das Ziel formuliert, dass die kantonale und kommunale Ebene stärker über die nationale Ebene gefördert wird. Dies würde eine Umsetzung der parlamentarischen Initiative von Viola Amherd (Verfassungsgrundlage zur Kinder- und Jugendförderung) zumindest teilweise ermöglichen.
6. Es sollte verstärkt unterschieden werden zwischen Partizipation *bottom up* und *top down*. D.h. dass Partizipation entweder von Kindern und Jugendlichen selbst gefordert wird und sie sich dadurch Gehör verschaffen und andererseits auch von der politischen Ebene verlangt werden kann, also Kinder und Jugendliche zu bestimmten Fragen angehört werden.

Die Ergebnisse des Austauschtreffens werden nun ausgewertet und in die Bedürfnisanalyse integriert. Für weitere Schritte kommen wir wieder auf die AkteurInnen zu.